

Afrika im Aufbruch?!

Sicherheits- und stabilitätspolitische Herausforderungen in einem Kontinent im Umbruch

Sammelband zur Tagung vom 19. November 2019

Hrsg. vom

German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS)



GIDS | GERMAN INSTITUTE
FOR DEFENCE AND
STRATEGIC STUDIES



HELMUT SCHMIDT
UNIVERSITÄT
Universität der Bundeswehr Hamburg

Afrika im Aufbruch?! Sicherheits- und stabilitätspolitische
Herausforderungen in einem Kontinent im Umbruch

Sammelband zur Tagung vom 19. November 2019

Hrsg. vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS)



GIDS

GERMAN INSTITUTE
FOR DEFENCE AND
STRATEGIC STUDIES



HELMUT SCHMIDT
UNIVERSITÄT

Universität der Bundeswehr Hamburg

Afrika im Aufbruch?! Sicherheits- und stabilitätspolitische Herausforderungen in einem Kontinent im Umbruch

Sammelband zur Tagung vom 19. November 2019

Hrsg. vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS)

GIDS und FüAkBw, Hamburg

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-948752-02-6

Dieser Sammelband ist in Zusammenarbeit mit *#ALEX! – Das Alumni- und Expertennetzwerk der Führungsakademie der Bundeswehr* entstanden. Weitere Informationen finden Sie unter <https://alex-fueakbw.de/>

Dieser Sammelband gibt die Meinungen der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Dieser Sammelband steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



© 2021 German Institute for Defence and Strategic Studies, Hamburg.

Bearbeiter: Christoph Weigmann, #ALEX!
Lektorat, Satz: Jessica Dreschert und Roland Schedel, GIDS

German Institute for Defence and Strategic Studies
Führungsakademie der Bundeswehr
Manteuffelstr. 20 · 22587 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 8667 6801
buero@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

Inhalt

Oberst i. G. Prof. Dr. Matthias Rogg

Afrika – ein Kontinent der Widersprüche, Hoffnungen und Chancen 1

Prof. Dr. Matthias Basedau

Positive Entwicklungen in Afrika?

Möglichkeiten für die deutsche und europäische Afrikapolitik*9

Prof. em. Dr. Leonhard Harding

Militärinterventionen in Mali

„Gescheiterter Staat“ – Islamische Republik?15

Catherina Hinz und Daniel Hegemann

African Ownership – Entwicklung mit Zukunft!

Afrikas demografische Herausforderungen – und Chancen73

Dr. Georg Lammich

China und die afrikanische Sicherheitsarchitektur 91

Oberst i. G. Prof. Dr. Matthias Rogg

(German Institute for Defence and Strategic Studies, Hamburg)

Afrika – ein Kontinent der Widersprüche, Hoffnungen und Chancen

Afrika hat es nicht leicht. Der Kontinent kämpft mit seinen vielfältigen Herausforderungen und ringt um dringend benötigte Aufmerksamkeit. Afrika ist uns nah und fern zugleich. Einerseits ist der Kontinent nicht weit weg, sondern unmittelbarer Nachbar Europas und damit auch Deutschlands. Und Afrika kommt uns immer näher, nicht zuletzt über Medien, kulturellen Austausch und durch Zuwanderungen.

Zugleich ist Afrika weit entfernt. Viel zu lang war Afrika aus der Sicht Europas ein rückständiger Kontinent – im wahrsten Sinne des Wortes ein ‚schwarzes Loch‘: finster, fremd, feindlich und verkümmert. Defizite beim Staatsaufbau und beim Etablieren von Menschenrechten, Korruption, hohe Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die schleppende wirtschaftliche Entwicklung zeichnen ein Bild in düsteren Farben. Die Vorstellungen von Afrika waren und sind teilweise bis heute, von Stereotypen und Klischees bestimmt, die tief in kolonialistischen und rassis-

tischen Vorstellungen wurzeln.¹ Für viele beginnt die Geschichte Afrikas sogar erst mit der Kolonialzeit im 16. Jahrhundert, als die Europäer den unbekanntem schwarzen Kontinent entdeckten. Wo keine Geschichte, so das einfache Bild, kann auch keine Kultur und damit auch kein Zutrauen in Entwicklung sein.

Schon die Zuschreibung ‚Afrika‘ ist problematisch, denn es gibt nicht ‚ein Afrika‘. Selbst bei flüchtiger Betrachtung zeigt sich eine enorme geographische, kulturelle und ethnische Vielfalt. Neben den territorialen Trennlinien weist der Kontinent vielfältige historisch gewachsene politische, wirtschaftliche und soziale Unterscheidungen auf.² Bis heute wird Afrika in den Medien häufig mit dramatischen Ereignissen oder Defiziten in Verbindung gebracht. Das Bild vom Kontinent der Krisen, Krie-

1 Mit Blick auf die historische Perspektive vgl. die meisterhafte Studie von Charlie English: English 2018.

2 Mair/Werenfels 2009: 4–5.

ge, Krankheiten und Katastrophen hat sich im kollektiven Gedächtnis der westlichen Gesellschaften eingenistet. Wo es Initiativen gibt, scheinen sich diese nur schleppend zu entwickeln und Korruption, ethnische Spannungen und fragile Staatlichkeit jede hoffnungsvolle Entwicklung schnell im Keim zu ersticken. Blickt man genauer hin, dann scheint sich der Befund zu bestätigen. Allein in Deutschland fällt die Vielzahl der Anstöße auf, die in den letzten Jahren gestartet wurden und man muss sich fragen, was diese bewirkt haben, beispielsweise:

- die *Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung* 2014,³
- die *Afrikapolitischen Leitlinien* im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) 2015,⁴
- die *G20-Konferenz zur Afrika-Partnerschaft* 2017,⁵
- den damit verbundenen, vom Bundesfinanzministerium (BMF) koordinierten *Compact with Africa*,⁶
- die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) be-

förderten *Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika* 2017,⁷

- die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ins Leben gerufene Initiative *Pro! Afrika* 2017,⁸
- und schließlich den im Mai 2018 von Bundesminister Müller vorgestellten *Fünf-Punkte-Plan für die Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und Afrika*.⁹

Gemessen an dem, was auf den Weg gebracht wurde und wird, scheint der Ertrag ernüchternd. Daneben lässt sich aber auch zunehmend eine andere Sichtweise beobachten, die Afrika nicht nur als Absatzmarkt, sondern als „Chancen- und Zukunftskontinent“ begreift, vor allem mit Blick auf Rohstoffe oder wirtschaftliche Wachstumszahlen. Die Leitlinien deutscher Afrikapolitik sprechen hier eine deutliche Sprache, indem sie einen umfassenden Ansatz gestützt auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit fordern. Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler formulierte dies bereits 2007 so: „Wir haben uns hierzulande angewöhnt, bei Afrika fast automatisch an Armut, Korruption, Krankheit und auch Krieg zu denken. Das alles gibt es leider. Doch es ist Zeit, genau-

3 Bundesregierung 2014.

4 Bundesministerium der Verteidigung 2015.

5 Bundesregierung o. J.

6 Bundesfinanzministerium 2020.

7 Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2017.

8 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie o. J.

9 Müller 2018.

er hinzuschauen und Klischees über Bord zu werfen. Ich habe bei meinen Besuchen ein anderes Afrika kennengelernt ein Afrika voller Potenzial und Kreativität.“¹⁰

Doch diese Einschätzung setzt sich nur langsam durch. Allein, dass der missverständliche Terminus der „Entwicklungshilfe“ nur mühsam der „Entwicklungszusammenarbeit“ weicht, spricht eine deutliche Sprache. Es lohnt sich genauer hinzuschauen und die positiven Entwicklungen in Afrika deutlicher herauszustellen. Die Beispiele lassen sich mit nackten Zahlen fassen. So ist die Lebenserwartung seit 1990 um 10 Jahre gestiegen, das Pro-Kopf-Einkommen hat sich seit 1990 mehr als verdoppelt, der Anteil der absolut Armen ist von 55 auf 40 Prozent gesunken und auch die Entwicklungschancen von Frauen haben sich spürbar verbessert, was man an einer gesteigerten Alphabetisierungsrate und deutlich verbesserter Gleichstellung ablesen kann.¹¹ Während Fachleute schon zu Beginn der COVID-19-Pandemie einen katastrophalen Verlauf in Afrika prognostizierten, haben sich die schlimmsten Befürchtungen nicht erfüllt, im Gegenteil: die afrikanischen Staaten haben die größte Gesundheitskrise

der neuesten Geschichte bislang erstaunlich erfolgreich gemeistert.¹²

Und dann sind da natürlich die dynamischen Wirtschaftsmärkte mit großen Wachstumszahlen und einer individuellen Kreativität, die ihresgleichen suchen kann. Die 2001 gegründete *New Partnership for Africas Development* (NEPAD) hat Wichtiges auf dem Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kontinents bewirkt.¹³ Ähnliches gilt für die sichtbaren Fortschritte beim Aufbau einer afrikanischen Sicherheitsarchitektur. Vor allem die Afrikanische Union, aber auch mehrere Regionalorganisationen spielen bei Konfliktregelungen eine zunehmende Rolle und hegen autoritäre Staatsführungen ein bzw. reagieren auf Putschversuche.¹⁴ Mit der *African Peace and Security Architecture* (APSA) verfügt die Afrikanische Union über ein Instrument zur Prävention und Lösung von Konflikten.¹⁵ Und tatsächlich sind gewaltsame Machtübernahmen und Militärputsche in Afrika seltener geworden.

Oder ist es vielleicht ganz anders? Haben wir in Europa ein Wahrnehmungsproblem, sind die Erwartungshaltungen zu hoch und die Mittel am Ende zu gering, wie steht es wirklich um Afrika? Und schließ-

¹⁰ Köhler 2007.

¹¹ Basedau 2019: 7–10.

¹² Vgl. International Crisis Group 2020; Exx Africa 2020; Stigant 2020.

¹³ Jakobeit 2006: 20.

¹⁴ Bundesregierung 2014.

¹⁵ Schmidt 2009.

lich: welche Rolle spielt Afrika für die deutsche und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik? Wie lassen sich die Instrumente und Ergebnisse zur regionalen Konfliktlösung bewerten? Welche Interessen stehen im Vordergrund und wo und in welcher Form muss Deutschland seine Verantwortung wahrnehmen? Auch hier zeigt die Bestandsaufnahme ein überraschendes Bild: Aktuell ist die Bundeswehr in mehreren Missionen im Sudan, im Südsudan, in der Westsahara, in Niger sowie mit der Marine am Horn von Afrika und im Rahmen von *Sea Guardian* im Mittelmeer und in Mali.¹⁶ Nimmt man die abgeschlossenen Missionen in Somalia (1993), in Ruanda (1994), in Äthiopien/Eritrea (2004–2008), in der Demokratischen Republik Kongo (2006), im Sudan (2004–2005), in der Zentralafrikanischen Republik (2014–2015), in mehreren westafrikanischen Staaten zur Bekämpfung des Ebola-Virus (2014–2015) und schließlich in Liberia (2014–2015) hinzu, dann zeigt allein dieses Engagement, wie wichtig Afrika für uns ist.¹⁷

¹⁶ Bundesministerium der Verteidigung o. J.

¹⁷ Einen guten Überblick ermöglicht die Reihe „Wegweiser zur Geschichte“, herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften, komprimiert in: Auslandseinsätze der Bundeswehr, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (Chiari/

Gerade weil sich das Thema so vielschichtig darstellt und so viele Punkte unserer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik berührt, wurde entschieden, Afrika zum inhaltlichen Schwerpunktthema des nationalen Generalstabs-/Admiralstabslehrgangs (LGAN) 2018–2020 zu machen. Zwei Jahre haben sich knapp einhundert angehende Generalstabs-/Admiralstabsoffiziere intensiv mit Afrika beschäftigt und die Ergebnisse in einer Broschüre und in einem Sammelband zusammengefasst.¹⁸ Parallel dazu wurden vielfältige themenbezogene Projektarbeiten im Lehrgang sowie Masterarbeiten im berufsbegleitenden Studiengang „Militärische Führung und Internationale Sicherheit“ (MFIS) erstellt. Begleitend dazu hat das German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) im November 2019 eine Fachtagung durchgeführt unter dem Titel „Afrika im Aufbruch?! – Sicherheits- und stabilitätspolitische Herausforderungen in einem Kontinent im Umbruch. Der Einfluss zentraler Entwicklungs-

Pahl 2010). Alle Bände online unter: <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/zentrum-militaer-geschichte-sozialwissenschaften/publikationen-des-zmsbw/buchreihen-des-zmsbw/wegweiser>, zuletzt aufgerufen am 19.05.2021.

¹⁸ Schöne/Günther 2020; Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst National 2018 2020.

faktoren im Afrika vom Maghreb bis zum Äquator“.¹⁹ Wieder einmal konnten vielfältige Verknüpfungsmöglichkeiten genutzt werden, vor allem aus dem Lehrbetrieb der Führungsakademie der Bundeswehr, dem nationalen und internationalen Expertennetzwerk ehemaliger Angehöriger der Führungsakademie, den Streitkräften, den Universitäten und Forschungsinstituten, insbesondere in Hamburg und hier vor allem der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg, dem German Institute for Global and Area Studies (GIGA), zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, Vertretern aus Politik, Botschaften und Konsulaten sowie der Wirtschaft.

Einige gewichtige Themen unserer Konferenz „Afrika im Aufbruch?“ finden sich nun im vorliegenden Tagungsband mit Beiträgen von Prof. Dr. Matthias Basedau (Direktor des German Institute for Global and Area Studies/GIGA für Afrika-Studien, Hamburg), Dr. Georg Lammich (Research Associate an der Universität Duisburg-Essen), Prof. em. Dr. Leonard Harding (Professor em. für Afrikanische Geschichte an der Universität Hamburg) sowie Catharina Hinz (geschäftsführende Direktorin und Vorstand des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung) und Daniel Hegemann (wissenschaftli-

cher Mitarbeiter am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung). Sie fassen die Expertisen aus Militär- und Sicherheitspolitik, Wissenschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Praxis zusammen. Gerade die unterschiedlichen, teilweise stark divergierenden Afrikabilder machen deutlich: Es sind nicht nur die Risiken, sondern vor allem die Chancen, die ein Band zwischen den beiden Kontinenten Afrika und Europa knüpfen.

Literaturverzeichnis

- Basedau, Matthias (2019): Die „African Renaissance“ - Möglichkeiten für die deutsche und europäische Afrikapolitik, in: Metis Perspektiven, Afrika – der aufsteigende Kontinent?, 1/2019, S. 7–10, https://metis.unibw.de/assets/pdf/metis-perspektiven01-2019_06-afrika.pdf, zuletzt aufgerufen am 19.05.2021.
- Bundesfinanzministerium (2017): G20 Compact with Africa, in: BMF.de vom 29.06.2017, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/G7-G20/2017-06-29-g20-cwa.html, zuletzt aufgerufen am 18.05.2021.
- Bundesministerium der Verteidigung (2015): Umsetzung der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung im Geschäftsbereich des BMVg. Partnerschaft mit Zukunft – Partnerschaft für die Zukunft, in: BMVg.de vom 08.02.2015, <https://www.bmvg.de/resource/blob/12810/fe3f44a6e3b-12bec5ee3bc9c7880f570/strategische-leitlinie-zur-umsetzung-der-af->

¹⁹ German Institute for Defence and Strategic Studies 2020.

- rikapolitischen-leitlinien-data.pdf, zuletzt aufgerufen am 12.05.2021.
- Bundesministerium der Verteidigung (o. J.): Einsätze in Afrika, in: BMVg.de, <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/engagement-in-afrika/einsaetze-in-afrika>, zuletzt aufgerufen am 12.05.2021.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (o. J.): Pro! Afrika, Perspektiven fördern, Chancen nutzen, Wirtschaft stärken, in: BMWi.de, https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/strategiepapier-pro-afrika.pdf?__blob=publicationFile&v=8, zuletzt aufgerufen am 12.05.2021.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017): Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika, in: Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft, <https://www.bmz.de/resource/blob/23392/d4a9a-25994c0b817c1a78a55d0ea170d/materialie310-afrika-marshallplan-data.pdf>, BMZ: Berlin.
- Bundesregierung (2014): Afrikapolitik der Bundesregierung. Verstärktes Engagement in Afrika, in: Bundesregierung.de vom 21.05.2014, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/verstaerktes-engagement-in-afrika-424438>, zuletzt aufgerufen am 12.05.2021.
- Bundesregierung (o. J.): Afrikakonferenz, G20-Konferenz zur Afrika-Partnerschaft, in: Bundesregierung.de, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/g20-konferenz-zur-afrika-partnerschaft-227128?view=renderNewsletterHtml>, zuletzt aufgerufen am 12.05.2021.
- Chiari, Bernhard/Pahl, Markus (Hgg.) (2010): Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wegweiser zur Geschichte - Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/zentrum-militaergeschichte-sozialwissenschaften/publikationen-des-zmsbw/buchreihen-des-zmsbw/wegweiser>, Schöningh Verlag: Paderborn.
- English, Charlie (2018): Die Bücherschmugler von Timbuktu. Von der Suche nach der sagenumwobenen Stadt und der Rettung ihres Schatzes, Hoffmann und Campe Verlag: Hamburg.
- Exx Africa (2020): COVID-19 & Insecurity: Armed Groups Exploit the Coronavirus in Africa, in: Exx Africa Insight vom 16.04.2020, <https://exxafrica.com/wp-content/uploads/2020/04/COVID-19-INSECURITY-ARMED-GROUPS-EXPLOIT-THE-CORONAVIRUS-IN-AFRICA.pdf>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2021.
- German Institute for Defence and Strategic Studies (2020): Afrika meldet sich zu Wort. Afrikatagung an der Führungsakademie der Bundeswehr, <https://gids-hamburg.de/afrika-meldet-sich-zu-wort/>, zuletzt aufgerufen am 19.05.2021.
- International Crisis Group (2020): COVID-19 and Conflict: Seven Trends to Watch, in: Crisisgroup.org vom 24.03.2020, <https://www.crisisgroup.org/global/sb4-covid-19-and-conflict-seven-trends-watch>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2021.
- Jakobeit, Cord (2006): Fünf Jahre NEPAD, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 32–33, S. 20.
- Köhler, Horst (2007): „Zukunftskontinent Afrika“, in: Frankfurter Rundschau vom 01.06.2007, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/>

- den/2007/06/20070601_Rede.html, zuletzt aufgerufen am 29.03.2021.
- Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst National 2018 (2020): Afrika – Ein Kontinent im Aufbruch. Ergebnisse der Studienphase des Lehrgangs Generalstabs-/Admiralstabsdienst National (LGAN) 2018 – Sammelband, https://gids-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/09/LGAN2018_Ergebnisband_Afrika.pdf, zuletzt aufgerufen am 06.05.2021.
- Mair, Stefan/Werenfels, Isabelle (2009): Afrika – Schwerpunktthemen. Ein Afrika gibt es nicht, in: Informationen zur politischen Bildung 303/2009, S. 4–5.
- Müller, Gerd (2018): Afrika darf nicht vergessen werden, in: www.gerd-mueller.de vom 03.05.2018, <https://www.gerd-mueller.de/bmz-afrika-darf-nicht-vergessen-werden/>, zuletzt aufgerufen am 29.03.2021.
- Schmidt, Siegmund (2009): Die Afrikanische Union (AU), in: Informationen zur politischen Bildung 303/2009, S. 52–55.
- Schöne, Florian/Günther, Michelle (2020): Afrika – Ein Kontinent im Aufbruch. Broschüre zur Studienphase des LGAN 2018, https://gids-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/07/Brosch%C3%BCre_LGAN18_Studienphase.pdf, zuletzt aufgerufen am 06.05.2021.
- Stigant, Susan (2020): COVID-19 and Conflict: Horn of Africa, in: United Institute of Peace vom 30.04.2020, <https://www.usip.org/blog/2020/04/covid-19-and-conflict-horn-africa>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2021.

Prof. Dr. Matthias Basedau

(German Institute of Global and Area Studies, Hamburg)

Positive Entwicklungen in Afrika?

Möglichkeiten für die deutsche und europäische Afrikapolitik*

Afrika, besonders südlich der Sahara, gilt vielen als hoffnungsloser Fall. Krisen, Kriege, Krankheiten und Katastrophen bestimmen das mediale Bild. Dies steht in starkem Kontrast zu zahlreichen positiven Entwicklungen, die sich durch Zahlen belegen lassen.¹ Im Folgenden soll zunächst ein kurzer Überblick über diese Trends gegeben werden. Im Anschluss erfolgt – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – eine Erörterung zu Chancen und Möglichkeiten, die sich daraus für Deutschland und Europa ergeben.

Die sozioökonomische und politische Entwicklung in Afrika ist langfristig positiv

Zunächst lässt sich festhalten, dass die sozioökonomische und politische Entwicklung in Afrika langfristig positiv ist. Dies gilt für die „longue durée“ seit Ende des 19. Jahrhunderts,² aber besonders seit Ende des Kalten Krieges.³ Die Lebenserwartung hat sich seit 1990 um 10 Jahre auf mehr als 60 Jahre erhöht und das Prokopfeinkommen hat sich auf mehr als 3.500 USD pro Jahr verdoppelt. Der Anteil der absolut Armen ist von etwa 55% deutlich auf 35–40% gesunken. Auch bei Bildung und Entwicklungschancen von Frauen gibt es Verbesserungen. Frauen haben bei der Alphabetisierung deutlich aufgeholt. In vielen Staaten gab es zuletzt ein hohes Wirtschaftswachstum: in einigen Ländern wie Äthiopien, Kenia oder Ruanda lässt sich dies nicht nur auf höhere Preise für Rohstoffe zurückführen, von de-

* Dieser Beitrag ist eine leicht überarbeitete Fassung des Beitrags in den „Metis-Perspektiven“ (Basedau 2019b), der wiederum auf einem Vortrag des Autors am 12. März 2019 im Bundesverteidigungsministerium beruht. Alle der genannten Fakten sind, sofern nicht anders gekennzeichnet, von Basedau (2019a) entnommen.

1 Vgl. Basedau 2019a; Rosling et al. 2018

2 Prados de la Escosura 2013.

3 Eberlei 2009.

ren Export viele Länder abhängen, denn offenbar wachsen auch die Mittelschichten, die weltweit häufig als Trägerinnen des sozialen und politischen Fortschritts gedient haben.

Auch in der Politik sind viele Fortschritte nachweisbar:⁴ die Zahl der Kriegstoten hat sich deutlich verringert: von etwa 70.000 Opfern in 1990 auf weniger als 7.000 in 2017. Fast alle afrikanischen Staaten führen Mehrparteienwahlen durch. Noch nie fanden so viele friedliche Machtwechsel statt. Seit 1990 ist der Anteil von Machtwechseln durch Wahlen dramatisch angestiegen und die Häufigkeit gewaltsamer Machtübernahmen ist deutlich zurückgegangen. Auch Militärputsche sind seltener geworden. Präsidenten auf Lebenszeit und Militärdiktaturen sowie dominante Parteiensysteme sind „vom Aussterben bedroht“. Nach Yaya Jammeh in Gambia und Robert Mugabe in Zimbabwe mussten zuletzt Abdelaziz Bouteflika in Algerien und Omar Al-Bashir im Sudan ihren Stuhl räumen. Die politische Gleichstellung von Frauen macht spürbare Fortschritte. Der Anteil weiblicher Abgeordneter in den nationalen Parlamenten hat sich seit Mitte der 1990er-Jahre fast verdoppelt und bewegt sich mit etwa 24% auf einem Niveau, das dem der USA entspricht und auch vom bundesdeutschen Anteil von etwa 30% nicht allzu weit entfernt ist. Offenbar steigt auch die

Wirksamkeit von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union (AU) oder subregionalen Organisationen wie ECOWAS (Economic Community of West African States) oder SADC (Southern African Development Community). Nicht verfassungsmäßige Machtwechsel werden nicht mehr akzeptiert und Friedensmissionen werden zunehmend von den afrikanischen Regionalorganisationen durchgeführt – beides möglicherweise Ursachen für den Rückgang an Gewalt und Autoritarismus in der Politik.

„Besser“ heißt nicht notwendigerweise „gut“

Die Gründe für die fehlende Aufmerksamkeit für Fortschritte finden sich vor allem in der Logik der Berichterstattung: positive Entwicklungen sind langsam und langfristig, während negative Ereignisse medial fortlaufend für Aufmerksamkeit sorgen. Die soeben erwähnten positiven Entwicklungen dürfen freilich nicht zu einem „feel good narrative“ führen, das Untätigkeit zur Tugend erhebt.⁵ Trends sind umkehrbar – dies sei vor dem Hintergrund der „Coronaviruskrise“ besonders betont – und zahlreiche Probleme, besonders im Vergleich zu anderen Regionen, bestehen fort. „Besser“ heißt nicht „gut“. Die Entwicklungen bedeuten so keinesfalls, dass

⁴ Vgl. Basedau 2019a.

⁵ Wadongo 2014.

Migrations- und Fluchtursachen kurzfristig entfallen, da eine höhere Lebenserwartung auch zum Bevölkerungswachstum beiträgt. Die positiven Entwicklungen in Afrika sind jedoch als Chance zu begreifen: Die Wissenschaft ist aufgerufen, die positiven Trends einer kritischen Analyse zu unterziehen, um die Treiber von (und wie gehäuft die Hindernisse für) positiven Entwicklungen zu identifizieren. Diese Erkenntnisse sind direkte Anknüpfungspunkte für die Afrikapolitik und Entwicklungszusammenarbeit, die afrikanische Lösungen für afrikanische Herausforderungen unterstützen sollte.

Anknüpfungspunkte für Deutschland und Europa: Was, Wie, Wer?

Wie sehen solche Anknüpfungspunkte aus deutscher, europäischer oder westlicher Sicht konkret aus? Der erste Schritt besteht darin, die eigenen Interessen zu formulieren (*Was?*). Interessen und wertebasierte Außenpolitik sind keine Widersprüche, solange die Interessen nicht auf Kosten anderer verfolgt werden. Eine in diesem Sinne „aufgeklärte Interessenpolitik“ Deutschlands in Bezug auf Afrika sollte daher die konkreten und „harten“ Interessen benennen und auch mögliche Spannungsverhältnisse mit der Wertebasierung aufzeigen.

Durch die Ereignisse der letzten Jahre ist Afrika vermehrt Gegenstand solcher „harten“ Interessen geworden. Die Gestaltung der Migrationsströme hat bereits zu einer verstärkten Kooperation mit afrikanischen Regierungen wie z. B. im Niger geführt. Der Sahel ist eine wichtige Durchgangsrouten für die Migration aus dem Herzen Afrikas, aber auch ein Schauplatz dschihadistischer Gewalt. Weitere Hot Spots sind diesbezüglich Nigeria und am Horn von Afrika Somalia. Alle drei Konflikttherde haben bereits auf andere Länder übergegriffen. Die Eindämmung solcher Sicherheitsrisiken ist ein legitimes und wichtiges Anliegen für die deutsche Außenpolitik.

Die meisten anderen europäischen und westlichen Staaten sind Handelsnationen und Deutschland hat eine besonders ausgeprägte Außenhandelsorientierung. Bisher ist das Handelsvolumen mit Afrika marginal und trotz der positiven Entwicklungen ist Afrika nicht der Markt für die nahe Zukunft. Dies heißt aber nicht, Handel als langfristiges Ziel aus den Augen zu verlieren. Überdies mehren sich die Initiativen, nicht zuletzt seitens der Bundesregierung, die Entwicklungszusammenarbeit mit den Mitteln des Handels und privatwirtschaftlicher Initiativen voranzutreiben.

In der näheren Zukunft liegt es also im Interesse Deutschlands und Europas, die beschriebenen positi-

ven Entwicklungen zu verstetigen und zu verstärken sowie negative Entwicklungen zu stoppen und umzukehren. Die Frage ist: *Wie?* Hier gilt es zuallererst, den Erwartungshorizont zu dämpfen. Es gehört bereits zu den 2019 neu fortgeschriebenen Leitlinien der deutschen Afrikapolitik, das eigene Potential nicht zu überschätzen.⁶

Über die neuen privatwirtschaftlich orientierten Ansätze wie dem Compact with Africa (CwA) oder dem Marshallplan für Afrika werden Weg und Ziel im Bereich der sozioökonomischen Entwicklung in gewisser Weise vereint. Der durchaus nachvollziehbare Ansatz besteht darin, an Eigeninteresse vor Ort anzuknüpfen. Freilich sollten „Compact“ und „Marshallplan“ nicht mit zu vielen Erwartungen überfrachtet werden. Privatwirtschaftliche Initiative ist jedoch auch für Deutschland und Europa eine wesentliche Quelle von Wohlstand – insbesondere, wenn Marktwirtschaft sozial und ordnungspolitisch eingehegt wird.

Ziel und Weg zugleich sind auch die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie die Förderung von Regionalorganisationen. Soziale und wirtschaftliche Entwicklung gedeiht dort, wo es verlässliche rechtstaatliche Rahmenbedingungen gibt. In den letzten Jahren wird das Ziel der Demokratie auch von Deutschland deutlich weniger of-

fensiv verfolgt. Dies ist einerseits verständlich, da gesellschaftliche und politische Idealvorstellungen nicht unbesehen auf verschiedene Kontexte anwendbar sein mögen und insbesondere missionarische Oktroyierung vor dem Hintergrund des Kolonialismus nicht angebracht scheinen. Allerdings zeigen Untersuchungen des Afrobarometers aus dem Jahr 2019, dass Afrikanerinnen und Afrikaner durchaus Demokratie auch im westlichen Sinne in großer Mehrheit wünschen.⁷

Gesellschaften mit weniger Repression und mehr Rechtssicherheit werden auch weniger Flucht und Migration hervorrufen. Dies gilt ebenso für Gewalt und Krieg. Oben wurde bereits angedeutet, dass Regionalorganisationen offenbar zu weniger Gewalt und Autoritarismus beigetragen haben. Insofern ist es ein zielführender Ansatz, diese zu unterstützen – und zwar insbesondere bei Friedensmissionen und der Stärkung demokratischer Normen. Langfristig sollte Afrika in der Lage sein, die eigenen Sicherheitsprobleme selbst zu lösen. Das heißt nicht, dass europäische Einsätze wie in Mali, trotz aller auftretenden Schwierigkeiten, nicht sinnvoll wären. Vielmehr gilt es auch weiterhin, die Kapazität afrikanischer Sicherheitsorgane im Rahmen von soge-

⁶ Bundesregierung 2019.

⁷ Afrobarometer 2019: <http://afrobarometer.org/>, zuletzt aufgerufen am 04.01.2019.

nannter Ertüchtigung zu stärken. Dies sollte nicht nur konventionelle militärische Fähigkeiten, sondern auch polizeiliche und nachrichtendienstliche Kapazitäten einschließen.

Die notwendige Berücksichtigung von Sicherheit steht nicht im Gegensatz zur Erkenntnis, dass Sicherheit langfristig durch sozioökonomische Entwicklung gewahrt wird. Die „Vernetzung“ von Sicherheit und Entwicklung hat sich als Leitmotiv auch in der deutschen Entwicklungspolitik durchgesetzt. Die allenfalls schleppenden Fortschritte in Mali sollten nicht dazu führen, ein Engagement grundsätzlich infrage zu stellen. Es sollten aber bessere Wege gefunden werden, Sicherheit und Entwicklung wirksamer miteinander zu verbinden und zu stärken.

Die deutsch-afrikanischen Beziehungen zum wechselseitigen Nutzen können durch die Bildung von Netzwerken befördert werden. Diese sollten langfristig entwickelt werden, indem es zu Austauschprogrammen mit afrikanischen Nachwuchspolitikern und -wissenschaftlern⁸ kommt. Dabei können Werte und Fertigkeiten gleichermaßen gestärkt und vermittelt werden. Der Austausch zwischen Afrikanern und Deutschen

oder Europäern sollte dabei wechselseitig ausgestaltet sein. „Augenhöhe“ sollte kein Schlagwort sein. Gegenseitiger Respekt ist insbesondere vor dem Hintergrund des europäischen Kolonialismus von eminenter Bedeutung.

Politikempfehlungen müssen einschließen, welche Akteure geeignete Maßnahmen durchführen (*Wer?*). Die Bundesregierung bekennt sich auch in der Afrikapolitik nachhaltig zum Multilateralismus. Dieser Ansatz hat nicht nur normative Argumente auf seiner Seite, sondern folgt auch der Erkenntnis, dass nur gemeinsam mehr erreicht werden kann und dass inklusive Politik auch zu mehr Akzeptanz führt. Die Kehrseite des Multilateralismus ist natürlich, dass unterschiedliche Interessen unterschiedlicher Akteure leicht gemeinsames Handeln verhindern können. Die afrikapolitischen Ziele Deutschlands sind so nicht immer deckungsgleich mit den Vorstellungen Frankreichs – des wichtigsten bilateralen Verbündeten in Europa –, dessen Regierungen mitunter eine stark an Vorstellungen von Einflusszonen orientierte Afrikapolitik betreiben. Dies zeigte sich etwa in der Krise um die Sezessionsversuche von „Ambazonien“ in Kamerun. Zudem hat Frankreich in der Zusammenarbeit mit Deutschland in Afrika durchaus einen Führungsanspruch. Dem entspricht auch, dass die deutsche Präsenz in Mali auch durch das Bündnis mit

⁸ Die Verwendung der männlichen Formen erfolgt aus Gründen der Lesbarkeit und schließt weibliche Politikerinnen und Wissenschaftlerinnen selbstredend ein.

Frankreich und nicht nur durch die Situation vor Ort motiviert ist.

Eine unilaterale deutsche Afrikapolitik ist jedoch keine Alternative. Mitunter wenig vereinbare Ziele sind das Wesen der Politik. Ohne Zusammenarbeit mit europäischen und – vor allem – afrikanischen Partnern werden sich deutsche Ziele ohnehin nicht verwirklichen lassen. Dies ist die letzte wichtige Erkenntnis, die es zu betonen gilt. Alle Politiken sollten an den ureigenen Interessen der Menschen vor Ort anknüpfen, um nachhaltig wirksam zu werden. Vor dem Hintergrund der Krise und die vermutlich erheblichen Folgen der Pandemie durch das Coronavirus ist dies dringlicher denn je.

Literaturverzeichnis

- Basedau, Matthias (2019a), Der unbemerkte Fortschritt: Ein Plädoyer für mehr „Afropositivismus“ (GIGA Focus Afrika 02/2019), https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_afrika_1902.pdf, zuletzt aufgerufen am 18.06.2020.
- Basedau, Matthias (2019b), Die „African Renaissance“: Möglichkeiten für die deutsche und europäische Afrikapolitik, in: Metis Perspektiven: Afrika – der aufsteigende Kontinent), S. 6–10, https://metis.sowi.unibw-muenchen.de/img/publications/metis-perspektiven_1_06-2019_afrika.pdf, zuletzt aufgerufen am 18.06.2020.
- Bundesregierung (2019), Eine vertiefte Partnerschaft mit Afrika. Fortschreibung und Weiterentwicklung der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2204146/61736c06103e9a28e328371257ee34f7/afrikaleitlinien-data.pdf27>, zuletzt aufgerufen am 17. April 2019.
- Prados de la Escosura, Leandro (2013), Human Development in Africa: A Long-Run Perspective, in: *Explorations in Economic History* 50 (2), S. 179–204.
- Eberlei, Walter (2009), *Afrikas Wege aus der Armutsfalle*, Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel.
- Rosling, Hans/Rosling Rönnlund, Anna/Rosling, Ola (2018), *Factfulness: Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist*, übersetzt von Hans Freundl, Hans-Peter Remmler und Albrecht Schreiber, Berlin: Ullstein.
- Wadongo, Evans (2014), Africa Rising? Let's Be Afro-Realistic, in: *The Guardian* online vom 7.11.2014, www.theguardian.com/global-development-professionals-network/2014/nov/07/africa-rising-lets-be-afro-realistic, zuletzt aufgerufen am 28.12.2018.

Prof. em. Dr. Leonhard Harding
(Universität Hamburg)

Militärinterventionen in Mali

„Gescheiterter Staat“ – Islamische Republik?

Seit Anfang 2013 kämpfen ausländische Truppen in Mali gegen aufständische und islamistische Gruppen sowie zahlreiche Milizen. Mittlerweile haben die radikalen Organisationen ihre Angriffe auch auf die Nachbarstaaten Niger und Burkina Faso ausgedehnt. Deshalb fragt der Chef der radikalen Linken (La France insoumise) in Frankreich, Jean-Luc Mélenchon: „Hat sich die Lage verbessert? Sind die Malier heute fähiger, ihr Geschick in die eigenen Hände zu nehmen? Werden die Franzosen in Mali geschätzt? Auf all diese Fragen ist die Antwort Nein. Die Gesamtheit der Akteure in Mali denkt so, auch die Forscher. Manche sprechen gar von einem Desaster [...]“ Er fordert: „Wir müssen die französischen Truppen schnell nach Frankreich zurückholen.“¹

1 Journal du Dimanche, zitiert nach: Le Monde 2019: Le Monde führt weiter aus: „Trotz einer ununterbrochenen sechsjährigen Gegenwart (der französischen Eliteeinheit Barkhane mit 4500 Soldaten), mit 41 Toten auf französischer Seite, gehen die gewalttätigen Angriffe im Norden Malis weiter und haben sich auf das Zentrum des Landes sowie auf die Nachbarstaaten Burkina Faso und

In dem vorliegenden Beitrag werden folgende zentrale Fragen gestellt:

- Welche Aufgaben haben die Militärinterventionen?
- Haben sie diese Ziele erreicht?
- Ist der malische Staat heute gestärkt oder ist er ein „gescheiterter Staat“?
- Welche Alternativen sind denkbar: Ist eine „Islamische Republik“ eine Alternative?

Der Beitrag will Hintergrundinformationen zum Konflikt in Mali und der Sahelzone, besonders zur militärischen Intervention fremder Staaten aus Westafrika, Frankreich, der EU und aus anderen Staaten bieten. Es geht um die Kampfmissionen Serval, Barkhane und G5 Sahel² und die Friedensmissionen AFISMA, MINUSMA, EUTM und EUCAP. Die deutschen Medien berichten über diese Interventionen nur, wenn spektakuläre Ereignisse stattgefunden ha-

Niger ausgeweitet.“ (Eigene Übersetzung).

2 G5 Sahel ist die Bezeichnung der fünf Sahelstaaten, die gemeinsam gegen die terroristischen Gruppen kämpfen: Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger, Tschad.

ben oder wenn die Verlängerung des Mandats der Bundeswehr im Bundestag ansteht. Die Hintergründe bleiben meistens unerwähnt. Über die Meinung der Bevölkerung der betroffenen Gebiete erfährt man nichts. Auch über die Bedeutung der Bodenschätze der Region und die strategischen Interessen der ausländischen Staaten wird nur selten berichtet.

Unter Terroristen oder terroristischen Gruppen, unter Islamisten oder islamistischen Gruppen in Westafrika verstehe ich bewaffnete Gruppen, die versuchen, ihre politischen oder religiösen Ziele mit Terror gegen Repräsentanten des Staates, gegen nationale oder internationale Militär- oder Polizeieinheiten oder gegen Bevölkerungsteile durchzusetzen.

Dschihadistische Gruppen sind Organisationen, die den heiligen Krieg für die Errichtung eines islamischen Staates, eines Kalifats, führen.

Salafisten sind ultrakonservative islamische Gruppen, die eine geistige Rückbesinnung auf die „Altvordere“ (*Salaf* – arabisch für Altvordere) und deren Verständnis des Islam anstreben und jede Form einer Modernisierung des Islam ablehnen.³

Aufständische sind in diesem Zusammenhang Gruppen, die sich gegen die staatliche Autorität wen-

den, um andere Rechte, auch das der Selbstbestimmung, für sich durchzusetzen.

Zum besseren Verständnis der Militärinterventionen stelle ich zunächst die Frage, was eine militärische Intervention fremder Einheiten ist und was sie bewirken kann. Es kann eine Intervention in einen Krieg zwischen Staaten oder in einen Bürgerkrieg sein. Es kann sich auch, wie bei der Intervention der USA im Irak, um das Ziel der Beseitigung eines Regimes und die Einführung eines anderen politischen Systems, also um den Transfer gesellschaftlicher und politischer Werte, handeln. Eine Militärintervention kann auch die Bekämpfung terroristischer Gruppen und die Unterstützung bedrohter Regierungen sowie ihrer Grenzen oder den Schutz unterdrückter Gruppen anstreben. Schließlich können fremde Staaten auch zum Schutz eigener Investitionen auf fremdem Gebiet militärisch intervenieren.

Was dadurch bewirkt werden kann, hängt in hohem Maße von den Zielen ab, die verfolgt werden, aber auch von der Frage, ob sich diese Ziele im Laufe der Operationen verändern, als Ergebnis der Reaktionen der Menschen und Regierungen vor Ort oder der Reaktionen anderer Mächte oder Machtblöcke. Auch die Einsicht in die Verwirklichungschancen können die intervenierenden Staaten zur Revision ihres Handelns veranlassen.

³ Eine ausführliche Beschreibung in Pérouse de Montclos 2018: 232.

Im Falle Malis handelt es sich um eine von der Regierung des Landes erbetene Intervention zur Abwehr aufständischer und islamistischer bewaffneter Verbände, welche die territoriale Einheit des Staates zu bedrohen schienen. Die Ziele der Intervention haben sich schnell in einen Kampf gegen islamistischen Terror gewandelt, der nicht nur die territoriale Einheit Malis bedroht, sondern auch die eigenen Ziele weiter steckt und einen islamischen Staat gründen will. Terror und islamischer Staat bedrohen größere Teile Westafrikas und werden von Frankreich und seinen Verbündeten als Bedrohung Europas angesehen. Diese Konstellation wirft die Frage auf, ob diese militärische Intervention aufständische und vor allem radikale islamistische Organisationen überhaupt besiegen kann.⁴ Schließlich handelt es sich bei diesem Konflikt nicht um einen Krieg zwischen Staaten oder um einen Bürgerkrieg, sondern um den bewaffneten Kampf dschihadistischer Gruppen zur Abschaffung des Staates und des demokratischen Systems sowie die Vorbereitung eines islamischen Staates, der auf der ideologisch ausformulierten Vorstellung basiert, der Wille Allahs allein sei die Grundlage von

4 Eine grundlegende Studie „Erfolg oder Misserfolg von internationalen Interventionen“ sucht Antworten auf diese Problematik: Jurekovic/Feichtinger 2019.

Gesellschaft und Staat. Kann ein solches religiöses, gesellschaftliches und politisches Weltbild militärisch bekämpft und besiegt werden?

Der nachfolgende Text basiert nicht auf eigener Feldforschung. Es wird versucht, aus öffentlich zugänglichen Quellen – wie staatlichen Dokumenten, Erklärungen internationaler Organisationen, Aussagen von Politikern, Inhalten deutscher und internationaler Medien, Internet und Forschungsberichten – Informationen und Interpretationen verständlich zusammenzuführen.

Die Vorgeschichte der Interventionen in Mali

Die vom Staatspräsidenten Malis erbetene militärische Intervention fremder Einheiten ist vor dem Hintergrund der Zuspitzung eines Konflikts im Norden Malis erfolgt: Truppen des Volkes der Tuareg⁵ und der islamistischen Organisation Ansar Dine⁶ hatten zu Beginn des Jahres 2012 die nationale Armee aus dem Norden vertrieben und die größten Städte des Nordens besetzt. Die Re-

5 Die Tuareg sind kein einheitlich organisiertes Volk. Mit dieser Bezeichnung sind tamasheq sprechende Gruppen in der Sahara und im Sahel gemeint, die vorwiegend von der Viehzucht leben.

6 Ansar Dine ist die Bezeichnung einer islamistischen Gruppe, deren Ursprung in Algerien liegt.

gierung in Bamako fürchtete, die Islamisten schickten sich an, in Richtung Hauptstadt weiterzuziehen.

Der Konflikt hatte schon Jahrzehnte zuvor begonnen. Tuareg-Einheiten hatten zahlreiche Rebellionen gegen die Regierung angezettelt. Schon während der Kolonialzeit war es zu blutigen Aufständen gegen jede Form von Fremdherrschaft gekommen. Zunächst gegen die Kolonialmacht Frankreich, seit der Unabhängigkeit im Jahre 1960 gegen den neuen Staat Mali, der von Sprechern der Tuareg als Fremdkörper, von Fremden, d.h. Schwarzafrikanern, beherrscht, empfunden wurde. Sprecher der traditionellen Autoritäten, zahlreiche Händler und Honoratioren aus der Region des Nigerbogens hatten in einem offenen Brief an den französischen Staatspräsidenten General de Gaulle vom 30. Mai 1958 vergeblich für die Schaffung eines Saharastaates plädiert. Angestrebt war eine „Organisation Commune des Régions Sahariennes“, die den Lebensraum der Tuareg und anderer Nomadenvölker umfassen sollte und in der alle Bewohner der Region, vor allem die Tuareg, nach der Beendigung der Kolonialzeit ihre politische Heimat finden könnten. Nur so könne ihre kulturelle Identität gewahrt bleiben.⁷ Mit dieser

⁷ „Nos intérêts et nos aspirations ne pourraient dans aucun cas être valablement défendu tant que nous sommes rattachés à un territoire valab-

Forderung betonten die Unterzeichner ihre Ablehnung der Einordnung ihres Lebensraumes in einen neuen Staat Mali.

Seit der Unabhängigkeit des neuen Staates wird von Sprechern der Tuareg der Vorwurf erhoben, dass die Regierung sie nicht als gleichberechtigtes Volk anerkennt, nicht in den Staat integrieren will, ihnen die Staatsangehörigkeit verweigert⁸ und entsprechend ihre Lebensweise als Nomaden zerstören will. Der malische Staat ist von Sprechern der Rebellenbewegung MNLA⁹ im Jahre 2013 sogar als „Völkermordstaat, der seit mehr als 50 Jahren eine ethnische Säuberung betreibt“, bezeichnet worden.¹⁰ Welche Rolle dabei auch heute noch ein ethnischer Antagonismus zwischen Tuareg und Schwarzafrikanern aus dem Süden des Landes spielt, ist schwer

lement représenté et gouverné par une majorité noire dont l'ethnique, les intérêts et les aspirations ne sont pas mêmes que les nôtres“ (Text in Auszügen bei Boilley 2012: 292–293. Auch in: Mali Demain 2012.

⁸ Alexander zeigt, dass „zum Zeitpunkt, als viele Afrikaner zum ersten Mal eine Staatsangehörigkeit und das Wahlrecht erhielten, die Tuareg systematisch von jeder Form der Teilhabe in ihrem Staat ausgeschlossen wurden.“ (Alexander 2017: 30; eigene Übersetzung).

⁹ Mouvement National de libération de l'AZAWAD.

¹⁰ MNLA – Communiqué 05.06.2013. Eigene Übersetzung.

einzuschätzen. Offensichtlich hat es zahlreiche „Mischehen“ gegeben und „decades of peaceful cohabitation between Tuareg, Arabs, Songhai, Fulani, Bambara, Malinke, Sarakollé, Bozo, Dogon and numerous other communities across the north and south of the vast country“. Dennoch behauptet Gilles Olkakounté Yabi, im Jahre 2012 Sprecher der International Crisis Group, der Antagonismus zwischen hellerhäutigen Menschen aus dem Norden und den Schwarzen aus dem Süden bleibe eine Realität.¹¹

Im Hintergrund aller Rebellionen standen auch mehrere Fluchtbewegungen, die durch Dürren und Repressionsmaßnahmen der Regierung oder des Militärs ausgelöst worden waren.

Die erste Rebellion¹² gegen den Staat Mali fand in den Jahren 1963–1964 statt. Auslöser war die Zurückweisung einer Forderung von Tuareg-Ältesten nach regionaler Autonomie, nach der Möglichkeit, Schulunterricht in Arabisch zu organisieren und nach einer stärkeren Ausrichtung des Staates am Islam. Mehrere Gruppen attackierten daraufhin Regierungsvertreter, wurden aber von der malischen Armee aufgerieben.¹³

Dreißig Jahre später, in den Jahren 1990–1996, wurde ein erneuter Versuch gestartet und wiederum die Forderung nach regionaler Autonomie erhoben.¹⁴ Auslöser war dieses Mal die Rückkehr von etwa 20.000 Tuareg-Migranten aus den Nachbarstaaten Algerien und Libyen nach Mali und Niger, unter ihnen einige Hundert, die als Söldner in Libyens „Islamischer Legion“ gedient und dort geheime Vereinigungen von „Tuareg im Exil“ gegründet hatten. Sie überfielen Stützpunkte der malischen Armee und der Staat konnte die militärische Bedrohung nicht zurückwerfen und stimmte unter Vermittlung Algeriens in Friedensverhandlungen ein.¹⁵ Nach dem Kollaps von Verwaltungsstrukturen der Regierung im Norden Malis brach der bewaffnete Konflikt 1994 mit noch größerer Härte wieder aus und wurde zu einem Kampf zwischen „weißen“ Maliern, d.h. Tuaregs und Mauren, auf der einen und „schwarzen“ Maliern, d.h. vor allem Songhay, auf der anderen Seite. Gleichzeitig flammte der Bruderkrieg zwischen Tuareg-Rebellengruppen wieder auf. Eine feierliche Friedenszeremonie, „La flamme de la paix“, in Timbuktu 1996 brachte nach Interventionen mehrerer Tuareg-Ältester, die die Kriegsmüdigkeit der Menschen nut-

¹¹ Yabi 2012: 2.

¹² Zu den Rebellionen siehe: Alexander 2017; Harmon 2014.

¹³ Näheres bei: Klute 2012: 9. Ausführlich bei Brüne 2005: 100–101.

¹⁴ Brüne 2005: 101–105.

¹⁵ Klute 2012: 9.

zen konnten, für die nächsten zehn Jahre einen relativen Frieden.¹⁶

Eine erneute Rebellion brach im Jahre 2006 in der Region Kidal los. Einerseits spielten Dissidenten aus den Reihen der Rebellenbewegung und aus der nationalen Armee Malis eine kriegstreibende Rolle. Mitglieder aus den Reihen der oberen Schichten der Tuareg-Gesellschaft kämpften gegen solche der „imghad“, „tribeless lower classes“.¹⁷ Letztere hatten sich in der nationalen Armee gegenüber schwarzafrikanischen Soldaten benachteiligt und diskriminiert gefühlt und erlebten ähnliche Vorurteile bei den Rebellen. Andererseits wirkte sich hier auch die regionale Konstellation der Rivalität zwischen Algerien und Libyen um die Kontrolle Nordmalis aus.¹⁸ Aber auch der Versuch, in den in Kidal blühenden Schmuggel mit Zigaretten, Drogen und Waffen einzudringen, spielte eine Rolle.¹⁹

Seit 2007 hat die Tätigkeit von Rebellengruppen eine neue Qualität erreicht: vor dem Hintergrund einer globalisierten und weite Gebiete des nördlichen Teiles Westafrikas erfassenden Ausbreitung islamistischer Strömungen stehen die Tuareg-Rebellenbewegungen, nun organisiert

in der MNLA,²⁰ im Kampf gegen die Regierung in Konkurrenz zu islamistischen Gruppen wie AQMI (Al-Qaida au Maghreb islamique), Ansar Dine und MUJAO (Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest).²¹

Zu Beginn des Jahres 2012 hat eine neue Phase der Rebellion eingesetzt, ein militärisch und ideologisch bestimmter Krieg, in dem es um die Schwächung bzw. Zerstörung des Staates Mali ging. Die politische Organisation der Tuareg strebte die Errichtung eines eigenen Staates an; ihre Verbündeten, Ansar Dine, aber die Umwandlung des malischen Staates in einen islamischen Gottesstaat.²² Im Hintergrund spielte bei beiden Gruppen die Rivalität um die Kontrolle der immer wichtiger und lukrativer werdenden Drogen-, Waffen- und Menschenhandelswege eine entscheidende Rolle. Die MNLA strebte die Errichtung eines eigenen Staates an, um die Grenzen und damit die Handelsrouten kontrollieren zu können, obwohl die Tuareg bisher wegen ihrer Organisation als Nomaden und Fernhändler Grenzen

¹⁶ Klute 2011: 9.

¹⁷ Lecoq et al. 2013: 3.

¹⁸ Bouhlel-Hardy 2008: 4.

¹⁹ Bouhlel-Hardy 2008: 4.

²⁰ Bouhlel-Hardy 2008: 4. Die Website der MNLA spricht manchmal auch von „Mouvement National pour la libération de l'Azawad“.

²¹ AQMI ist die regionale Organisation von Al-Qaida. MUJAO war eine militante salafistische Organisation in Westafrika.

²² Lecoq et al. 2013: 7.

ignoriert und abgelehnt hatten. Die Islamisten waren durch Al-Qaida in Algerien in diese Handelsnetze eingestiegen und lehnten in ihrer am Freihandel und der religiösen Expansionsmöglichkeit orientierten Ideologie ebenfalls die Existenz und erst recht die Neuerrichtung von Grenzen ab und kämpften deshalb gegen die Schaffung eines unabhängigen Tuareg-Staates.²³ Dschihadisten kämpften also gegen die Tuareg und beide, aus unterschiedlichen Motiven, gegen den Staat Mali.²⁴

Den Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen bildete der gemeinsame Vormarsch von militärischen Einheiten der Tuareg und der mit ihnen verbündeten islamistischen Gruppe Ansar Dine. Die MNLA wollte auf der politischen Ebene eine Abspaltung des Nordens vom Zentralstaat erkämpfen und die Unabhängigkeit eines eigenen Staates ausrufen.²⁵ Dass die Islamisten des Ansar Dine einen islamischen Gottesstaat gründen wollten, blieb in der Anfangsphase der Kämpfe

zunächst unwichtig.²⁶ Am 17. Januar 2012 begann die gemeinsame Offensive gegen die malische Armee im Norden des Landes; sie konnte das malische Militär vertreiben und die Städte Timbuktu, Gao und Kidal einnehmen. Der Präsident des Landes, Touré, suchte zunächst eine Verhandlungslösung mit den Aufständischen, wurde aber am 21. März in einem Militärputsch gestürzt. In den besetzten Gebieten verfolgte Ansar Dine, im Gegensatz zum politisch-säkularen MNLA, politisch-religiöse Ziele, verfügte über eine bessere militärische Ausrüstung und konnte die Tuareg-Verbände aus den eroberten Städten vertreiben. Dennoch erklärte die MNLA am 6. April die Unabhängigkeit der beanspruchten Gebiete unter dem Namen AZAWAD.²⁷ Aus Furcht vor den Folgen der Unabhängigkeitserklärung und einem weiteren Vormarsch der islamistischen Gruppen rief der mali-

²³ Algerien hatte stets Unabhängigkeitsbestrebungen der Tuareg in Mali sabotiert, um ähnliche Bestrebungen der Berber im eigenen Land zu unterdrücken, siehe Goodfriend 2013.

²⁴ Ausführlich: Strazzari 2015.

²⁵ Auch bei den Tuareg waren islamistische Fraktionen aktiv und bekannten sich zu einem politischen Islam, der allein die Spaltungen in der Gesellschaft überwinden könne (Lecoq et al. 2013: 8).

²⁶ Der ideologische Bruch zwischen MNLA und Ansar Dine ging von einer zunehmenden religiösen Radikalisierung von Iyad Ag Ghaly aus. Einzelheiten bei Steindal 2014.

²⁷ Einzelheiten bei ICG 2012. Zu den Beschwerdepunkten der Tuareg und zur Unabhängigkeitserklärung siehe: Harding 2020: 45–47. Die Unabhängigkeitserklärung wurde nicht von allen Tuareg unterstützt. Nicht einmal die Hälfte der Tuareg stehe hinter dieser Erklärung (Yabi 2012). Ein Arzt aus ihren Reihen hat erklärt: „Die Mehrheit der Tuareg verflucht diese Leute.“ (Scheen 2013).

sche Interimspräsident Dioncounda Traoré am 09. Januar 2013 in einem Brief an den französischen Staatspräsidenten und die internationale Gemeinschaft zur Hilfe, um die Existenz des Staates Mali und seine territoriale Integrität zu verteidigen.²⁸

Das Ziel des Vorrückens der islamistischen Gruppen ist aber bis heute nicht klar. Zu einem Marsch auf die Hauptstadt waren sie logistisch nicht in der Lage, dennoch befürchtete die Regierung offenbar ein solches Vorgehen und die französische Regierung übernahm diese Einschätzung.²⁹

Unterdessen zerstörten die neuen islamistischen Machthaber in Timbuktu Teile der alten Bibliothek,³⁰ demolierten Mausoleen von verehrten islamischen Gelehrten und Vorbildern und führten die Scharia mit einer Serie von Verboten und Strafen ein, gegen den Willen der Bevölkerung.³¹ Sie sahen in dieser Einführung der islamischen Gerichtsbarkeit den ersten Schritt zur Errichtung des geplanten islamischen Staates und sein Kernstück.³² Als Fernziel gaben sie die Abschaffung des Staates Mali und den Aufbau eines islamischen Gottesstaates

28 Er bat Frankreich um „une intervention aérienne immédiate“, um den Marsch der dschihadistischen Kolonnen Richtung Mopti zu stoppen. Eine Bedrohung der Hauptstadt Bamako wird nicht erwähnt (Roger 2020).

29 Der Journalist Nicolas Beau berichtet: Im Januar 2013 haben amerikanische Geheimdienste das Vorrücken mehrerer Kolonnen auf die Stadt Konna, an der Straße nach Bamako gelegen, und in Richtung des Flughafens von Mopti-Sévaré gemeldet. Die französische Regierung sah darin einen Vormarsch zur Hauptstadt und glaubte, intervenieren zu müssen. Am 8. Januar 2013 fing der französische Geheimdienst eine Botschaft des algerischen Geheimdienstes an den Anführer der Kolonnen, Iyad Ag Ghaly, auf, in der die Algerier davon abrieten, nach Bamako weiterzuziehen. Ein französischer Diplomat wird dazu mit der Einschätzung zitiert: „Nichts deutet darauf hin, dass Ansar Dine und die

Verbündeten Bamako angreifen wollen. Sie sind dazu logistisch nicht in der Lage.“ (Beau 2020c).

30 Zur Bedeutung und Geschichte der Stadt Timbuktu siehe: Grégor 2017. Das Buch „The Hidden Treasures of Timbuktu“ von John O. Hunwick stellt diese Schätze vor. Große Teile der Bibliothek konnten durch den persönlichen Einsatz des Direktors frühzeitig an einem anderen Ort versteckt werden. Siehe ausführlich: English 2018.

31 Der Film „Timbuktu“ von Abderrahmane Sissako aus dem Jahr 2014 (besprochen in: Kaever 2014), schildert den „Schrecken der Scharia“.

32 In einem Brief des Chefs von AQMI, Droukdel, wurden sie für dieses überstürzte Vorgehen gerügt, weil sich der Islamische Staat in der Strategie von Al-Qaida nur mit Zustimmung der Bevölkerung verwirklichen lasse.

auf dem gesamten Territorium und über dessen Grenzen hinaus an.³³

Das konnten die Regierung und die politischen Eliten nicht hinnehmen, ging es doch um die Existenz des Staates, sein Selbstverständnis als laizistischer Staat, seine territoriale Integrität, den Zusammenhalt der verschiedenen Völker des Landes und das Überleben der herrschenden Schicht. Regierung und Armee wurden von dieser Entwicklung völlig überrascht, sie wurden als eine „inward-looking political class“ und eine „equally self-absorbed army“ charakterisiert.³⁴ Zum Überleben mussten sie an Hilfe von außen appellieren.

Die Militärintervention der Franzosen: Opération Serval³⁵

Seit Januar 2013 sind französische und andere Militärverbände in Mali aktiv. Die militärische Intervention Frankreichs wurde von der Interimsregierung Malis erbeten, weil die territoriale Integrität des Landes bedroht war. Paris hatte einer solchen Intervention zugestimmt,

obwohl sich die französische Regierung der Brisanz dieses Schrittes bewusst war. Als ehemalige Kolonialmacht stand sie in manchen Teilen der afrikanischen und der malischen Öffentlichkeit unter dem kritischen Vorbehalt des Neokolonialismus. Die Intervention Frankreichs in Libyen (2011) und die Ausschaltung des libyschen Staatschefs Gaddafi war auch in Teilen der westlichen Welt auf Kritik und ernsthafte Warnungen vor den Folgen gestoßen. Frankreich hatte seit Ende der Kolonialzeit mehrere Militärabkommen mit ehemaligen afrikanischen Kolonien geschlossen, Militärbasen dort unterhalten und 50 Militärinterventionen in Afrika unternommen.³⁶ Außerdem hatte Paris die Zusammenarbeit mit frankophonen afrikanischen Staaten gepflegt, um den kulturellen und politischen Einfluss zu erhalten.³⁷

Wirtschaftlich hatte Frankreich durch die Anbindung des FCFA (Franc de la Communauté Financière Africaine) an die Währung des

³³ Lecoq et al. 2013: 7.

³⁴ Lecoq et al. 2013: 16.

³⁵ Einen guten Überblick mit Auszügen aus Gesetzestexten und Regierungserklärungen sowie über die Debatte um die Motive der französischen Regierung zur Militärintervention bietet Flichy 2013..

³⁶ Harmon 2014: 209.

³⁷ Ein prominentes Beispiel dieser Militärinterventionen war der Einsatz in der Elfenbeinküste im Jahre 2002, der von der französischen Militärbasis in der Elfenbeinküste aus gestartet wurde, um französische Interessen zu schützen und die Regierung gegen einen Putschversuch zu stabilisieren. Einzelheiten bietet der gut recherchierte Wikipedia-Artikel ‚Ivory Coast‘: https://en.wikipedia.org/wiki/Ivory_Coast, zuletzt aufgerufen am 08.03.2021.

Mutterlandes die Kooperations- und Einflussmöglichkeiten in diesen Regionen gestärkt.³⁸

In dieser Tradition hat der französische Staatspräsident François Hollande einer Militärintervention durch Luft- und Landeinheiten zugestimmt.³⁹ Zuvor hatte die regionale westafrikanische Organisation ECOWAS (Economic Community of West African States) erklärt, zu einer militärischen Unterstützung der Übergangsregierung in Bamako nicht bereit und nicht fähig zu sein. Sie hatte zunächst in einer Vermittlungsaktion mit der MNLA und der MIA (Mouvement Islamique de l'AZAWAD) verhandelt, um diese zu einem gemeinsamen Kampf mit der malischen Armee gegen die beiden islamistischen Organisationen MUJAO und AQIM (Al-Qaida im islamischen Maghreb) zu gewinnen. Regierung und Armee Malis hatten aber aus Verbitterung über ihre verlustreiche Vertreibung aus dem Norden Malis durch MNLA und Ansar Dine eine solche Vermittlung abgelehnt. Die MNLA suchte daraufhin eine Unterstützung Frankreichs im Kampf gegen die islamistischen Gruppen. Die ECOWAS war trotz eines UNO-Mandats AFISMA (African-Led Interna-

tional Support Mission to Mali) zur Unterstützung der Interimsregierung in Bamako für eine solche Militäraktion nicht ausgerüstet.

Das UNO-Mandat vom 20. Dezember 2012 erklärte: „the situation in Mali constitutes a threat to international peace and security“ und leitete daraus die Begründung und die Zielsetzung für eine Militärmission ab: „Decides to authorize the deployment of an African-led International Support Mission in Mali (AFISMA) [...]a) To contribute to the rebuilding of the capacity of the Malian Defence and Security Forces; (b) To support the Malian authorities in recovering the areas in the north of its territory under the control of terrorist, extremist and armed groups and in reducing the threat posed by terrorist organizations.“⁴⁰

Aber auch Regierung und öffentliche Meinung in Mali fürchteten eine Kooperation zwischen ECOWAS und Frankreich.

So kam es nach dem Sturz der Interimsregierung am 09. Januar 2013 und angesichts des weiteren Vormarsches der islamistischen Verbände Richtung Hauptstadt zur französischen Intervention mit dem

38 Ausführlich mit Literaturangaben in: Wikipedia-Artikel ‚Françafrique‘: <https://en.wikipedia.org/wiki/Fran%C3%A7afrique>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2021.

39 Ausführlich: ICG 2013: 3–6; Harmon 2014.

40 United Nations 2012: Resolution 2085. Zu AFISMA siehe auch ICG 2013: 5. Das Mandat war am 20.12.2012 trotz erheblicher Zweifel Frankreichs und der USA an der Durchführbarkeit beschlossen worden.

Namen Serval am 11. Januar 2013.⁴¹ Am Anfang wurde sie in Mali, bei der AU, der EU, den USA und China begrüßt, der Präsident von Niger nannte sie gar „the most popular of all French interventions in Africa.“⁴² Heute erscheint sie aber in kritischem Licht.

Warum hat Frankreich der Bitte der malischen Regierung um militärische Hilfe zugestimmt?

Ob es eine vertragliche Regelung im Sinne eines militärischen Beistandspaktes zwischen Frankreich und Mali gab, ist nicht bekannt. Es existierte aber die Tradition französischer Interventionen in ehemaligen Kolonien. Das französische Verteidigungsministerium erklärte, die Ziele der Opération Serval seien:

1. die malischen Truppen bei dem Aufhalten der terroristischen Angriffe im Norden Malis zu unterstützen, die Angreifer zurückzudrängen und den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen;
2. Mali bei der Wiederherstellung der nationalen Integrität und Souveränität zu helfen;

3. die Umsetzung der internationalen Hilfsentscheidungen durch den schnellen Einsatz von zwei zusätzlichen internationalen Militärmissionen zu erleichtern: die internationale Unterstützungsmission für Mali (MISMA) und die Ausbildungshilfe der malischen Armee durch die Europäische Union (EUTM).⁴³

Präsident François Hollande nannte unmittelbar nach Beginn des Einsatzes von Serval ein zusätzliches Ziel: die Hauptstadt Bamako und die dort lebenden mehrere tausend Franzosen vor den Angriffen zu schützen.⁴⁴

Diese Erklärungen haben die Kritiker nicht überzeugt. Sie fragen zu Recht, in welchem Maß auch wirtschaftliche Interessen Frankreichs bei dieser Entscheidung eine Rolle spielten. Tatsache ist, dass Mali und das benachbarte Niger über große Uran- und Goldvorkommen verfügen.⁴⁵ Die Uranminen wurden zu diesem Zeitpunkt von dem französischen Konzern Areva ausgebeutet und Frankreich bezog einen großen Teil des für die Betreibung der

⁴¹ Für eine ausführliche Beschreibung der Anfänge der Intervention siehe Harmon 2014. und ICG Report 2013: N° 201. Siehe auch den Wikipedia-Artikel ‚Opération Serval‘: https://de.wikipedia.org/wiki/Op%C3%A9ration_Serval, zuletzt aufgerufen am 08.03.2021.

⁴² Harmon 2014: 209.

⁴³ Ministère des Armées 2013.

⁴⁴ Wikipedia-Artikel ‚Opération Serval‘: https://de.wikipedia.org/wiki/Op%C3%A9ration_Serval, zuletzt aufgerufen am 08.03.2021.

⁴⁵ Siehe die zahlreichen Internet-Artikel über den französischen Konzern Areva und die Zusammenstellung von kritischen Informationen in: Bonàs 2007–2013.

Atomkraftwerke benötigten Urans aus Niger. In Mali selbst wurden auch Uranminen vermutet.⁴⁶ Dass Paris die Sorge hegte, den Zugang zu diesem Uran an die vorrückenden aufständischen und islamistischen Truppen zu verlieren und dass diese dadurch zu einer großen Gefahr für die Sicherheit Nordafrikas und Europas werden könnten, ist verständlich, wurde aber nirgends offen ausgesprochen.

Die in Malaysia bzw. Nigeria arbeitenden Autoren Shuriye und Ibrahim haben diesen energiepolitischen Hintergrund der französischen Intervention hervorgehoben. Obwohl Präsident Hollande versichert habe, Frankreich habe kein anderes Interesse, als den Terrorismus zu bekämpfen, sei die Wirklichkeit anders: „the real motive for French intervention in Mali is to protect French economic interest in the country and especially in neighbouring Niger [...] The pre-emptive military intervention in Mali is to protect the spill over of the conflict to Niger where French (!) has significant economic and mining interest.“⁴⁷ Ähnliches gelte für Kanada, dessen Konzern IAMGOLD zwei Goldminen in Mali ausbeute und deshalb die fran-

zösische Intervention unterstütze.⁴⁸ Devon, vom Hampton Institute (New York), unterstreicht auch das große Interesse Frankreichs an den Uranlieferungen aus Niger und merkt an, dass die Tuareg in Mali und in Niger leben und dass eine Tuareg-Rebellion in Mali auf Niger überspringen würde und umgekehrt. Deshalb sei es für Frankreich so wichtig, jede Rebellion schnellstmöglich zu ersticken.⁴⁹

Eine globale strategische Überlegung hat der russische Forscher Filippov ins Spiel gebracht: von einer eventuellen Kontrollübernahme über die Uranminen durch die Tuareg oder die Islamisten könne die Gefahr ausgehen, dass angereichertes Uran in die Hände von Schurkenstaaten, allen voran Iran, gelangen könnte: „If Azawad becomes a political reality, then, without a doubt, AQIM will begin enriching uranium independently.“⁵⁰

⁴⁶ Wikipedia-Artikel ‚Opération Serval‘: https://de.wikipedia.org/wiki/Op%C3%A9ration_Serval, zuletzt aufgerufen am 08.03.2021.

⁴⁷ Shuriye/Ibrahim 2013: 511. Sie berufen sich u.a. auf Elischer 2013.

⁴⁸ Shuriye/Ibrahim 2013: 512.

⁴⁹ Devon 2013. Der Wikipedia-Artikel „Opération Serval“ (https://de.wikipedia.org/wiki/Op%C3%A9ration_Serval, zuletzt aufgerufen am 08.03.2021) weist auf mehrere deutschsprachige Publikationen zu wirtschaftlichen Interessen Frankreichs in Mali und Nordafrika hin, z. B. auf Buro/Ronnefeldt 2013, Gebauer/Hengs 2013, Baig 2013 und den Blog-Artikel von Dirk Seifert 2013, Energiereferent der Umweltorganisation Robin Wood.

⁵⁰ Filippov 2012.

Ob solche Überlegungen in der französischen Regierung angestellt wurden, ist nicht belegt, lässt sich aber auch nicht auszuschließen.

Am Anfang der Opération Serval hat Frankreich 800 Soldaten eingesetzt.⁵¹ Mit Hilfe von Einheiten der französischen Luftwaffe und von 2.000 wüstenkämpferprobten Soldaten aus dem Tschad sowie zeitweise von Einheiten der malischen Armee⁵² konnten sie den Vormarsch der aufständischen und islamistischen Truppen stoppen. Die Städte Gao (28.01.2013) und Timbuktu (30.01.2013) wurden sehr schnell befreit; besonders in Timbuktu wurden die Franzosen als Befreier gefeiert. Das Umfeld beider Städte ist jedoch noch heute nicht unter Kontrolle der Regierung.

Komplizierter gestaltete sich die Rückeroberung der Stadt Kidal im Nordosten Malis am südlichen Rand des Adrar n Ifoghas Gebirgsmassivs mit vorwiegend halbsesshafter Tuareg-Bevölkerung aus der Ifoghas-Gruppe.⁵³ Die Stadt hatte nie an bewaffneten Rebellionen gegen die Franzosen teilgenommen, sich aber gegen Unterdrückungsmaßnahmen der malischen Regierung gewehrt und alle Tuareg-Rebellionen im unabhängigen Mali angeführt. Im März 2012 war sie von Einheiten der MNLA und der Ansar Dine im Zuge der großen Rebellion gegen die Regierung in Bamako eingenommen worden. Die Opération Serval eroberte am 30. Januar 2013 den Flughafen von Kidal, und am 05. März 2013 zogen 1.800 Soldaten aus dem Tschad in die Stadt ein. Die MNLA hatte inzwischen die letzten Kämpfer von Ansar Dine aus der Stadt vertrieben und behauptete, auch die Städte Léré, Tessalit und Ménaka unter ihre Kontrolle gebracht zu haben. Die Franzosen sahen im Gegensatz zur malischen Regierung und ihrer Armee sowie zu weiten Teilen der malischen Öffentlichkeit in der MNLA Vermittler,⁵⁴ für

51 Einzelheiten: ICG 2013 und Harmon 2014. Die Zahlen wurden bis auf 2.400 erhöht. Luftwaffe, Panzereinheiten und Bodentruppen wurden eingesetzt.

52 Die Franzosen vertrauten dem Kampfeswillen der malischen Soldaten nicht und befürchteten Racheakte an der Bevölkerung. Zudem hatte die MNLA und die neugebildete IMA (Islamic Movement of AZAWAD) den Franzosen von einer Zusammenarbeit mit der malischen Armee abgeraten und sich selber als „legitimate representatives of the armed groups“ angepriesen. So wurden die Kontakte zwischen den Franzosen und der MNLA in Kidal zumindest in Teilen der Bevölkerung empfunden. Einzelheiten bei Harmon 2014: 211.

53 Ausführlich: Wikipedia-Artikel ‚Kidal‘: <https://de.wikipedia.org/wiki/Kidal>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2021.

54 Der französische Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian erklärte am 05.02.2013, französische, tschadische und MNLA-Einheiten hätten die Kontrolle über Kidal übernom-

die malische Seite war die MNLA Teil der Rebellen wie Ansar Dine und MUJAO. Dadurch wurde eine komplexe Situation geschaffen: die malische Armee war an der Rückeroberung von Kidal nicht beteiligt, und die französisch/tschadischen Einheiten hatten sich auf eine zweifelhafte Kooperation mit der MNLA eingelassen. Kidal war befreit, befindet sich aber bis heute unter der Kontrolle der MNLA bzw. der Organisation CMA (Coalition des Mouvements de l'AZAWAD), an der sie beteiligt ist.⁵⁵ Diese Neuordnung der Macht in Kidal hatte nach Ansicht des Historikers Gregory Mann, Universität Columbia, zur Folge, dass in Nord Mali zwei Kriege geführt wurden: die Franzosen wollten die Terroristen, d.h. die Gruppen, die aus zahlreichen Entführungen Lösegelder erpressten, bekämpfen, während die Malier die verlorenen Gebiete aus den Händen der Terroristen, wozu sie auch die MNLA zählten, zurückerobern wollten.⁵⁶

Es ist den militärischen Einheiten nicht gelungen, die Stadt Kidal und ihr Umfeld unter dauerhafte

men, die MNLA sei „facilitator“ gewesen (Harmon 2014: 212).

55 Die CMA hatte zwar den Friedensvertrag von Algier akzeptiert, war aber nicht zur Entwaffnung ihrer Einheiten bereit. Zudem führte sie eine eigene Verwaltung mit islamistischen Elementen, der Scharia, ein. Zur Bedeutung der Rolle der CMA in Kidal siehe auch: Harding 2020: 151–152.

56 Zitiert nach Harmon 2014: 212.

Kontrolle zu bringen, trotz des Einsatzes von Luftwaffe, Panzereinheiten und Bodentruppen.

Die Opération Serval begann am 12. Januar 2013. Sie setzte Luftwaffe, Panzereinheiten und Bodentruppen ein. Am 01. August 2014 wurde sie durch die Opération Barkhane ersetzt. Nach Regierungsangaben hat die Opération Serval ihre Ziele erreicht: Aufhalten des Vormarsches der Einheiten von Rebellen und Dschihadisten in den Süden, Zerstörung ihrer Zufluchtsorte („destruction des sanctuaires terroristes“), Wiederherstellung der Souveränität des Staates Mali, u.a. durch die Durchführung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, Übertragung der Aufgabe der Sicherung Malis auf die malische Armee.⁵⁷

Trotz dieser positiven Einschätzung haben häufige und spektakuläre Angriffe der terroristischen Einheiten auf Stützpunkte und Konvois der französischen, tschadischen und malischen Einheiten stattgefunden und das Umfeld der Städte Timbuktu, Gao und Kidal konnte nicht unter Kontrolle gebracht werden. Zehn französische Soldaten fanden den Tod, viele weitere wurden verwundet.⁵⁸

57 Ministère des Armées 2014.

58 Ministère des Armées 2014.

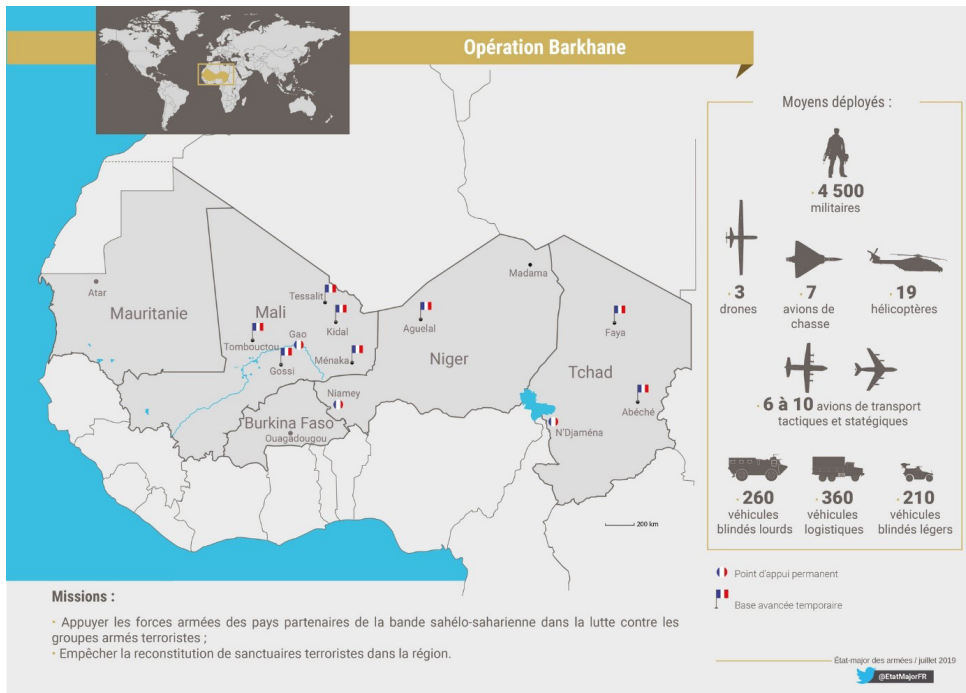


Abb. 1: Operation Barkhane (Quelle: Ministère des Armées 2019).

Die Intervention der Franzosen: Opération Barkhane

Dieser französische Einsatz begann am 01. August 2014. Ihre Ausrüstung umfasst 4.500 Soldaten, 3 Drohnen, 7 Jagdflugzeuge, 19 Hubschrauber, 6 bis 10 Transportflugzeuge, 260 schwere gepanzerte Fahrzeuge, 360 Versorgungsfahrzeuge und 210 leichte gepanzerte Fahrzeuge.⁵⁹ Wie die Karte zeigt (Abb. 1), hat die Opération Barkhane drei feste Stützpunkte: in Gao (Mali), N'Djaména (Tschad) und Niamey (Niger) sowie mehrere andere Basislager.

Ihre Aufgabe besteht darin, in einem regionalen Ansatz die verschiedenen Zweige der terroristischen Organisationen zu bekämpfen und deren grenzüberschreitende Tätigkeiten im Gebiet Sahel/Sahara zu unterbinden. Das heißt: die Sicherheitskräfte der Staaten der Region sollen unterstützt, die Koordination der internationalen Militärmittel gestärkt und die Bildung von Rückzugsräumen der Terroristen verhindert werden. Im Unterschied zu Opération Serval beruht die Opération Barkhane auf einer „Logik der Partnerschaft“ mit den Ländern des Sahel/Sahara-Gürtels. Ihre wichtigste Aufgabe ist: „favoriser l'appropri-

⁵⁹ Ministère des Armées 2014.

ation par les pays partenaires du G5 Sahel de la lutte contre les groupes armés terroristes sur l'ensemble de la bande sahélo-saharienne.“ Mit anderen Worten: Paris verfolgt das Ziel, die Partnerstaaten zu befähigen, ihre Sicherheit selbst zu gewährleisten. Auch politische und entwicklungspolitische Bereiche sind Teil dieser Ausrichtung, aber das Verteidigungsministerium schränkt ein: „in der gegenwärtigen Lage widmet sich Barkhane dem direkten Kampf gegen die Bedrohung durch die Terroristen.“⁶⁰

Ergebnisse der Opération Barkhane

Im Kampf gegen dschihadistische Gruppen hat die Opération Barkhane in 120 Einsätzen und etwa hundert wöchentlichen Lufteinsätzen (Aufklärung, Versorgung, Transport, Bombardierungen) bemerkenswerte Erfolge erzielt: „aucune emprise territoriale, aucun sanctuaire jihadiste apte à mener des actions de prédation, de recrutement, de trafic (drogue, cigarettes [...]), voire de conquête, n'a pu se constituer.“⁶¹ Nach demselben Autor sind seit 2014 etwa 700 Dschihadisten mitsamt ihrem

Material, ihren Waffen, Fahrzeugen und Beutegütern ausgeschaltet worden. Das heißt: die französischen Einheiten haben die Lufthoheit bewahrt, das Kräfteverhältnis spricht weiterhin zu Gunsten der G5 Sahel und von Barkhane, die bewaffneten Gruppen konnten keine Territorien erobern.

Zudem hat die französische Armee etwa 11.700 afrikanische Soldaten ausgebildet; sie hat aber selbst 31 französische Soldaten verloren.⁶²

Trotz des Einsatzes der militärischen Mittel bleiben die politischen Erfolge aus: der Friedensprozess in Mali kommt nicht voran und die betroffenen Sahel-Staaten, vor allem Mali, Burkina Faso und Niger, waren und sind nicht in der Lage, durch „good governance“⁶³ die Wahrnehmung ihrer wichtigsten Aufgaben wie Sicherheit, Gerechtigkeit und

⁶⁰ Ministère des Armées 2019 (eigene Übersetzungen).

⁶¹ d'Herbès 2020. Pierre d'Herbès ist unabhängiger Journalist, Consultant (Fachberater) im Verteidigungsministerium, Spezialist für Verteidigungsfragen.

⁶² Ministère des Armées 2019. Dieses Dossier gibt Namen und Grade der Getöteten an.

⁶³ Nach der Definition des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung umfasst dieser Begriff auch: „Unser Verständnis von Good Governance basiert auf den universell geltenden Menschenrechten und den sich daraus ableitenden Prinzipien: Empowerment, Partizipation, Chancengleichheit beziehungsweise Nichtdiskriminierung, Transparenz und Rechenschaftspflicht.“ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2009: 6).

Entwicklung nachzukommen und die Bevölkerung an sich zu binden.

Auch die Sicherheitslage hat sich nicht verbessert. Nach Angaben aller Beobachter und nach dem Urteil der UNO hat sie sich in den letzten Monaten massiv verschlechtert.⁶⁴ Spektakuläre Angriffe der mit dem EIGS (Islamischer Staat in der Größeren Sahara) verbundenen Dschihadisten auf Militärlager, Kasernen und Dörfer mit hunderten von getöteten Soldaten und Zivilpersonen in Mali, Burkina Faso und vor allem in Niger haben die Öffentlichkeit und die Politiker zutiefst verunsichert. Dass in Burkina Faso „eine dramatische humanitäre Notlage“ mit fast 600.000 Flüchtlingen entstanden ist,⁶⁵ dass in Mali „jihadists stoke centuries-old tensions between ethnic groups“,⁶⁶ und dass für die Menschen in Mali das Jahr 2019 zum „deadliest year for civilians“ seit Beginn der Krise geworden ist,⁶⁷ zeigt das Ausmaß und die veränderte Qualität dieser Angriffe. Die Politiker müssen feststel-

len, dass die militärische Stärke der Islamisten gewachsen ist und dass sie nicht zurückgedrängt werden konnten. Sie werden sich auch der Tatsache bewusst, dass seit der Zerschlagung des Regimes von Gaddafi das Gesetz der „kommunizierenden Gefäße“ wirkt, dass sich der geheime Verkehr von Waffen, Drogen und Kämpfern zwischen Libyen und dem Sahel ausweitet.⁶⁸ Der Stabschef der französischen Armee, General François Lecointre, hat in einem Bericht vor der „Commission des Affaires Etrangères“ der Nationalversammlung die Lage in Mali und Burkina Faso gar als „katastrophal“ bezeichnet, „wir werden nie einen definitiven Sieg im Sahel erreichen“, die Dschihadisten würden wachsende Territorien kontrollieren, einer direkten Konfrontation mit Frankreich aber ausweichen.⁶⁹

Vor diesem Hintergrund breitet sich eine „Woge antifranzösischer Ressentiments“ aus, französische Soldaten werden als Invasoren bezeichnet, die Idee geht um, Frankreich halte bewusst eine Form des Chaos aufrecht, um die Präsenz der Truppen rechtfertigen und damit

⁶⁴ In einem Bericht der BBC-Korrespondentin Louise Dewast werden Schätzungen zu den Zahlen von Opfern der bewaffneten Gewaltanwendung in Burkina Faso, Mali und Niger wiedergegeben. Ebenso zu den „most deadly places“, den Flüchtlingen, den Schulschließungen und den betroffenen Kindern (Dewast 2020).

⁶⁵ Nach einem Bericht der UNICEF, zitiert nach: Mondafrique 2020a.

⁶⁶ Brown 2020.

⁶⁷ Human Rights Watch 2020.

⁶⁸ Abdallah 2020. Er warnt, dass durch die jüngste Intervention der Türkei und anderer Staaten des Nahen Ostens in Libyen „die Gefahr einer Internationalisierung des Krieges aller gegen alle“ besteht. Er ist Präsident des Centre stratégique pour la Sécurité du Sahel Sahara.

⁶⁹ Beau 2020b.

den eigenen Einfluss sichern zu können.⁷⁰ Im Grunde habe Frankreich nach Auffassung von Journalisten den Kampf um die öffentliche Meinung verloren.⁷¹ General Bruno Clément-Bollorée, ehemaliger „Directeur de la coopération de sécurité et de défense“ im französischen Außenministerium, fasst diese Stimmung der öffentlichen Meinung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen in folgenden Worten zusammen: „Nach jedem dramatischen Ereignis stellen die Menschen fest, dass die ausländischen und die eigenen Soldaten unfähig waren, ein solches Ereignis zu verhindern oder zu begrenzen, und diese Sicherheitskräfte werden als unnütz empfunden, und da sich die Situation verschlechtert, denken die Leute, diese sollten das Land verlassen, sie dienen zu nichts. Schlimmer noch, die ausländischen Truppen werden manchmal der Komplizenschaft mit den Dschihadisten beschuldigt.“⁷²

Auch afrikanische Politiker und Staatschefs äußern sich kritisch über die Präsenz französischer Truppen und das Verhalten Frankreichs. Sie haben sich beleidigt gefühlt, als der französische Präsident sie im Dezember 2019 zum „Rapport“ nach Pau einlud. „Macron agace ses pairs

ouest-africains“.⁷³ Sie meinten nicht nur den Ton dieses Vorgehens, sie drückten damit auch aus, das Treffen in Pau zeige den wahren Charakter der Beziehungen zwischen Frankreich und einem Teil Afrikas: „noch nie hat man ein solches Maß an Paternalismus erlebt“.⁷⁴ Der Verteidigungsminister von Burkina Faso hat zudem sein Erstaunen darüber geäußert, dass Frankreich mit „dieser Bande von Terroristen“ nicht fertig werde, es habe offenbar andere Prioritäten.⁷⁵

Manche Minister äußern, die Franzosen seien durch ihren Angriff auf Libyen und die Ausschaltung von Gaddafi mitverantwortlich für die aktuelle Sicherheitslage im Sahel. Für die Zukunft könne man auch auf militärische Hilfe von Russland, China oder den USA zurückgreifen, wie der Präsident des Tschad, Idriss Débri Into, zu verstehen gab.⁷⁶

Weil sich die Sicherheitslage verschlechtert hat, ist das Vertrauen weiter Teile der Bevölkerung in die Hilfe ausländischer Truppen gesun-

⁷⁰ Roger 2019.

⁷¹ Beau 2019.

⁷² In einem Interview mit Caroline Roussy, in: Mondafrique 2020d (eigene Übersetzung).

⁷³ Jeune Afrique 2019.

⁷⁴ Ibrahim Yacouba, früherer Außenminister von Niger (nach: Beau 2020a). Der Autor fügt hinzu, das Treffen in Pau habe vor allem dazu gedient, all jene Stimmen zu unterdrücken, die von einem Misserfolg in dem Bemühen um die Stabilisierung der Gesellschaften des Sahel sprechen.

⁷⁵ Roger 2020b (eigene Übersetzung).

⁷⁶ Roger 2019.

ken. Sie werden nicht als Garanten der Sicherheit angesehen, man wirft ihnen vor, die Motivation der nationalen Armee abzuwerten, selbst parteiisch zu sein.⁷⁷

Im Hintergrund dieser Vorwürfe liegen der „Unabhängigkeitsgeist“⁷⁸ aus der Zeit des Kampfes um die Unabhängigkeit von den Kolonialmächten, die relative Erfolglosigkeit der ausländischen Truppen im Kampf gegen die Terroristen und ein diffuses „Gefühl der geheimen Ausbeutung der nationalen Ressourcen durch diese Truppen.“⁷⁹

Die Vorwürfe, die Frankreich im Sahel gemacht werden, betreffen:

1. die Unfähigkeit, die Sicherheitslage zu verbessern;⁸⁰
2. die fehlende Kommunikation mit der malischen Armee, worin sich eine Missachtung ihrer Kampfstärke und Kampfmoral ausdrücke und Vermutungen über geheime Ziele der französischen Einheiten nahe lege;⁸¹
3. die Missachtung der nationalen Souveränität, die sich z.B. im provozierenden Auftreten des französischen Bürochefs der MINUSMA in Kidal, Christophe Sivillon, anlässlich eines Kongresses der MNLA in Kidal offenbarte, als er die Teilnehmer als „délégations venues du Mali et de l'étranger“⁸² begrüßte; die malische Seite hat dies als „atteinte grave à la souveraineté et à l'intégrité territoriale“ gesehen.
4. eine verdeckte Komplizenschaft mit den Tuareg Rebellen in deren Hochburg Kidal, die der malischen Armee den Einmarsch in die Stadt verwehrt und stattdessen mit Einheiten der tschadischen Armee die Stadt eingenommen hatte;
5. die Arroganz, die sich im Vorgehen Frankreichs zeige.⁸³

⁷⁷ In Mali wird die Haltung der französischen Armee in der Stadt Kidal besonders kritisiert: sie kooperiere mit bewaffneten Tuareg Einheiten und habe die malische Armee aus der Stadt ferngehalten.

⁷⁸ Nadawa 2019.

⁷⁹ Nadawa 2019.

⁸⁰ Dazu gehört auch der Hinweis auf Frankreichs Mitverantwortung durch den Angriff auf Libyen. Roger 2019.

⁸¹ Roger 2019. Nadawa spricht von „hidden agendas“, die hinter der

strikt geheim gehaltenen Politik der Militärbasen vermutet wird (Nadawa 2019).

⁸² Einzelheiten bei Ahmed 2019. Auch Diallo 2019b. Die Regierung Malis hat mit der Ausweisung von Herrn Sivillon geantwortet. In Burkina Faso rügt man, „que la France foule aux pieds la souveraineté nationale“, wenn französische Flugzeuge ohne Vorankündigung Lager der eigenen Armee überfliegen. Roger 2019.

⁸³ Roger 2019.



Abb. 2: Demonstration gegen Frankreich (Quelle: Roger 2019).

6. die Ausübung einer „forme de tutelle“ über ihre alten Kolonien.⁸⁴
7. der Verlust der nationalen Souveränität durch die fremden Truppen.⁸⁵

Fast alle genannten Klagen stellen den angeblich auf Partnerschaft beruhenden Auftrag von Barkhane grundsätzlich in Frage.

Diese Vorwürfe zeigen sich in krasser Form bei Demonstrationen oder in Medien in Mali, Niger und Burkina Faso. Häufig ist der Ruf zu hören: „Frankreich raus!“, „France go home“,⁸⁶ „Nous avons ras-le-bol

de la France“,⁸⁷ Frankreich ist ein „état terroriste“, „Frankreich verübt Völkermord in Mali: „Stop au génocide de la France au Mali. Rentrez chez vous, ne pillez plus nos ressources“ (Abb. 2).⁸⁸ Frankreich „assassine les Maliens“.⁸⁹ „Barkhane ist ein Komplize der Dschihadisten“, „La France est complice des indépendantistes du nord“,⁹⁰ „Serval hat die Neuformierung der MNLA ermöglicht“, „die Franzosen haben ihre ‚protégés‘ gerettet“, „Frankreich unterstützt die CMA“.⁹¹

In Niger sind die Aufrufe von Demonstranten ähnlich verbittert; sie

⁸⁴ Roger 2019.

⁸⁵ „The presence of foreign bases in general and American in particular, is a serious surrender of our sovereignty and a serious attack on the morale of the Nigerien army [...] the foreign bases [...] are only the looters of our resources.“ (Nadawa 2019).

⁸⁶ Mondafrique 2019a.

⁸⁷ Roger 2019.

⁸⁸ Roger 2019.

⁸⁹ Mondafrique 2019a.

⁹⁰ Roger 2019.

⁹¹ Mondafrique 2019b. Die CMA (Coalition des Mouvements de l’Azawad) ist Teil der bewaffneten Tuareg Rebellen.

wollen die Moral der eigenen Truppen stärken und fordern „le départ des forces extérieures, notamment françaises“. Bemerkenswert ist hier, dass alle ausländischen Truppen abgezogen werden sollen. Barkhane wird von Demonstranten als „Bedrohung der Souveränität aller Staaten des Sahel“ bezeichnet.⁹²

Die Interventionen nach dem Gipfel von Pau

Am 13. Januar 2020 haben die Staatsschefs von Frankreich, Burkina Faso, Mali, Niger, Tschad und Mauretanien in der französischen Stadt Pau die bisherigen Ergebnisse der Opération Barkhane diskutiert und eine Neuorientierung beschlossen. Vorausgegangen waren kritische Äußerungen in Frankreich über die Entschlossenheit der afrikanischen Staatsschefs im Kampf gegen die Terrorgruppen und den mangelnden Reformwillen der Staaten der Region. Vorangegangen war auch harsche Kritik der afrikanischen Präsidenten an der Arroganz Frankreichs und der Form der Einladung zu dieser Konferenz.⁹³ Die gemeinsame Abschlusserklärung⁹⁴

des Gipfels von Pau enthält folgende Punkte:

1. Der Wille, gemeinsamen gegen die Terroristen zu kämpfen.
2. Die Staatsschefs der G5 Sahel wünschen eine Weiterführung des militärischen Einsatzes Frankreichs und eine Stärkung der internationalen Kooperation.
3. Die Staatsschefs haben beschlossen, mit ihren Partnern einen neuen politischen, strategischen und operationellen Rahmen für ihren Kampf gegen die Terrorgruppen zu schaffen, unter der Form und dem Namen „Coalition pour le Sahel“. In ihm sind die G5 Sahel Staaten, Frankreich (mit der Opération Barkhane und seinen anderen Formen des Einsatzes), die schon tätigen Partner und alle künftigen Länder und Organisationen, die kooperieren wollen, verbunden. Dieser neue Rahmen soll die Bereiche Kampf gegen den Terrorismus, Stärkung der Militärfähigkeit der Staaten der Region, Rückkehr des Staates und der Verwaltung in alle Teile der Länder sowie Hilfe zur Entwicklung umfassen.
4. Die Staatsschefs wollen ihre Militäreinsätze auf die Region der drei Grenzen (Mali – Burkina Faso – Niger) konzentrieren, unter dem gemeinsamen Kommando von Force Barkhane und

⁹² Jeune Afrique 2020a.

⁹³ Die Journalisten Diallo und Roger skizzieren den Unmut der Menschen so: „les gens y voient une sorte de paternalisme: la France appelle ses valets en Afrique.“ (Diallo/Roger 2019b).

⁹⁴ Elysée 2020a (eigene Übersetzungen).

der „Force conjointe du G5 Sahel“.⁹⁵

5. Das gemeinsame Kommando wird alle kooperationswilligen Länder und Partner einbinden; ihr militärischer Beitrag wird mit der Opération Barkhane erfolgen; ebenso soll auch die noch zu gründende „Task Force Takuba“⁹⁶ mit ihren europäischen Spezialeinheiten mit der Opération Barkhane zusammenarbeiten.⁹⁷ Diese militärische Koalition wird die Schlagkraft der nationalen Armeen im gesamten Gebiet der G5 Staaten erhöhen.⁹⁸
6. Die Staatschefs von G5 Sahel werden alle Maßnahmen zur beschleunigten Rückkehr von Staat und Verwaltung ergreifen.

95 Im Original: „sous le commandement conjoint“.

96 Das Takuba ist ein afrikanisches Schwert, hauptsächlich von den Tuareg, aber auch anderen Ethnien in großen Teilen von Nord- und Westafrika benutzt.

97 „Le commandement conjoint de cette coalition accueillera progressivement l'ensemble des pays volontaires et partenaires, dont les contributions militaires rejoindront l'opération Barkhane, comme le futur groupement de forces spéciales européennes, baptisé ‚Task Force Takuba‘.“

98 Die von Frankreich und Deutschland begonnene Initiative einer „Partnerschaft für Stabilität und Sicherheit im Sahel (P3S)“ wird ausdrücklich gelobt.

7. Im Bereich der Entwicklung appellieren die Staatschefs an eine Verstärkung der Zusammenarbeit aller Staaten und der Hilfe ihrer Partner für die neuen humanitären Herausforderungen.

Auf einer begleitenden Pressekonferenz hat Präsident Kaboré, Burkina Faso, der Vorsitzende der G5 Sahel Staaten, auch andere Schwerpunkte gesetzt. Er sprach von der Notwendigkeit, „de passer à une étape supérieure dans le cadre de la coordination de nos opérations“, das heißt von der Notwendigkeit, die Gesamtheit der Operationen der verschiedenen in diesem Raum tätigen Kräfte zu koordinieren. Er unterstrich auch die Notwendigkeit, die nationalen Streitkräfte besser für den asymmetrischen Kampf⁹⁹ auszustatten. Dazu gehöre auch die Aufklärung „et le partage des renseignements.“¹⁰⁰

Präsident Macron erläuterte in seinen Bemerkungen die Gründe für die militärische Präsenz seines Landes im Sahel: der Kampf gegen den Terrorismus und der Wille, die Sahelstaaten in die Lage zu versetzen, die volle Souveränität über ihr Land auszuüben. Frankreich habe

99 Ein asymmetrischer Krieg ist eine militärische Auseinandersetzung zwischen Parteien, die waffentechnisch, organisatorisch und strategisch stark unterschiedlich ausgerichtet sind.

100 Gemeint sind die Erkenntnisse der Geheimdienste.

also ein militärisches und ein politisches Ziel. Zu dem vorrangigen Ziel des Kampfes gegen EIGS in der Drei-Grenzen-Zone bekannte er sich sogar zu einem Strategiewechsel: zur Schaffung einer militärischen Koalition unter einem gemeinsamen Kommando aus der Force Barkhane und der „Force conjointe du G5 Sahel.“¹⁰¹ Er setzte sich auch nachhaltig für eine internationale Koalition für den Sahel ein, mit den Kräften der MINUSMA, der EU (EUTM und EUCAP), der Union Africaine und der CEDEAO.¹⁰²

Bemerkenswert sind die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der beiden Präsidenten. Kaboré betont die Notwendigkeit von Kooperation, Informationsaustausch und Ausrüstung. Macron unterstreicht in herablassender Form Frankreichs Bereitschaft, die politische Unfähigkeit und die militärische Schwäche der afrikanischen

Partner¹⁰³ ausgleichen zu wollen.¹⁰⁴ Seine Vorstellungen zur Kooperation gehen aber über die Idee einer nicht näher definierten Koalition nicht hinaus.¹⁰⁵ Das Konzept Gemeinsames Kommando über die französischen und afrikanischen Streitkräfte erscheint angesichts der Unterschiede in der militärischen Ausrüstung und Ausbildung der Land- und Luftstreitkräfte sowie in der technologischen Überwachung als ein inhaltsloses Beruhigungsversprechen.

Inzwischen hat die französische Regierung zusätzlich zu den auf dem Gipfel in Pau zugesagten 220 Soldaten weitere 380 Mann, also insgesamt 600 Mann, für die Ausrüstung der Opération Barkhane zur Verfügung gestellt.¹⁰⁶ Damit sind jetzt 5.100 französische Soldaten in

¹⁰¹ „Nous changeons la méthode en mettant en place une coalition militaire avec un commandement conjoint entre la force Barkhane et la force conjointe du G5 Sahel.“

¹⁰² EUTM = European Training Mission; EUCAP = EU Capacity Building Mission in Mali; CEDEAO = Communauté économique des États de l'Afrique de l'Ouest.

¹⁰³ In Paris hatten die Generäle die Risiken eines totalen Zerfalls der malischen Streitkräfte und möglicherweise auch einen neuen Staatsstreich in einem Land am Rande der Auflösung genannt (Guibert 2020a).

¹⁰⁴ „Nous sommes là pour permettre aux Etats sahéliens d'assumer leur pleine souveraineté sur leur territoire.“

¹⁰⁵ Die vorgeschlagene große Koalition für den Sahel habe zur Aufgabe: „la lutte contre le terrorisme [...], le renforcement des capacités militaires.“ Sie solle auch die genannten Organisationen umfassen.

¹⁰⁶ Auch etwa 100 Fahrzeuge, schwere und leichte gepanzerte Wagen sowie logistische Spezialfahrzeuge, werden bereitgestellt (Jeune Afrique 2020b). Auch eine neue Drohne Re-

Mali im Einsatz. Das bisherige Kontingent von 4.500 war von Militärs angesichts der riesigen Fläche des Einsatzgebiets als lächerlich bezeichnet worden,¹⁰⁷ oder als anachronistisch.¹⁰⁸ Auch von afrikanischer Seite wird diese Aufstockung als zu gering eingestuft.

Obwohl im Februar 2020 etwa 120 Terroristen im Grenzgebiet zwischen Niger und Mali durch die Opération Barkhane und Einheiten aus Niger getötet wurden, was als Ergebnis der Beschlüsse von Pau ausgegeben wird,¹⁰⁹ hat sich die Sicherheitslage eher verschlechtert.¹¹⁰

Die Reaktionen in Mali enthielten auch negative Stimmen, die in Bezug zur Erneuerung der militärischen Zusammenarbeit von einer „mise en tutelle“, einer Bevormundung, oder von einer zu starken Betonung des militärischen Charakters

aper wird nach Niamey verlegt (Le Monde 2020a).

107 So der Generalstabschef der Armee, General François Lecointre (Jeune Afrique 2020b).

108 General Bruno Clément-Bollée, ehemaliger Direktor „de la coopération de sécurité et de défense“ im französischen Außenministerium (Mondafrique 2020a).

109 Issoufou Katambé, Verteidigungsminister von Niger. Nach: Le Monde 2020b.

110 Keita/Dao 2020. Le Monde berichtet von einem dritten Überfall auf ein und dasselbe Lager der mali-schen Armee in Mondoro (Le Monde 2020d).

der Zusammenarbeit sprechen.¹¹¹ Eine Partnerschaft und eine globale politische Strategie im Kampf gegen die Terroristen und ihre Attraktivität wird damit angemahnt.

In Burkina Faso sprach die Kritik von einer Vorladung und Demütigung der afrikanischen Staat-schefs.¹¹² Zur in Pau beschlossenen neuen antiterroristischen Koalition¹¹³ hieß es: „Wir haben schon drei nationale Armeen in dieser Zone, und man weiß nicht, wer wen befiehlt und wer was tut.“¹¹⁴

Die schärfste Kritik an der Präsenz französischer Truppen in Mali äußerte der Botschafter Malis in Frankreich und löste damit einen diplomatischen Eklat aus: in den Nachtbars in Bamako böten französische Fremdenlegionäre mit ihren Ganzkörper-Tattoos ein Bild, das man von der nationalen Armee nicht kenne.¹¹⁵

Der wichtigste Kritikpunkt an dem Gipfel von Pau ist ein doppelter Vorbehalt: durch die Beschränkung auf militärische Aspekte konnte das Eingeständnis der afrikanischen Partner ihrer existenziellen Abhängigkeit von Frankreich und französischen wie anderen militärischen Einheiten nur noch untermauert werden. Ihr eigene Verantwortung

111 Douce/Lorgerie 2020.

112 „convocation“.

113 „Coalition pour le Sahel“.

114 Douce/Lorgerie 2020.

115 Diallo 2020b; Maillard 2020a.

Tab. 1: Personelle Stärke und Zusammensetzung der militärischen und Polizei-Kräfte (Daten aus: United Nations 2019: 18–10).

	Soldaten	Polizeikräfte
Total	11.953	1.741
Ägypten	1.070	140
Burkina Faso	1.051	164
Senegal	1.044	337
Tschad	1.418	15
Deutschland	368	12

für den inneren Wiederaufbau ihrer Staaten wurde und konnte bei einem Gipfel, der die militärische Kooperation neu ordnen wollte, nicht thematisiert werden.

Die grundsätzliche Frage nach der politischen Leistungsfähigkeit militärischer Interventionen und nach Alternativen wurde nicht gestellt.

Die Militärintervention durch MINUSMA

Die MINUSMA ist eine Friedensmission, ohne Kampfeinsatz. Ihr Mandat vom 25. April 2013, erneuert am 29. Juni 2017 und am 28. Juni 2018, besteht in der Unterstützung des Staates Mali „for the reestablishment of State authority throughout the country“. Dazu gehört die Unterstützung bei der Ausarbeitung eines Friedensplanes, bei Neuwahlen, Schutz der Zivilpersonen und des UN Personals, Unterstützung beim Schutz der Menschenrechte,

humanitäre Hilfe, Schutz von kulturellen Einrichtungen, Hilfe zur Durchsetzung nationalen und internationalen Rechts. Das Mandat sieht auch vor: der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen „authorizes MINUSMA to use all necessary means, within the limits of its capacities and areas of deployment, to carry out its mandate.“¹¹⁶ Militärische Mittel sind nur zum Selbstschutz und zum Schutz der Bevölkerung vorgesehen. MINUSMA ist also eine Friedensmission.¹¹⁷ Die Vereinten Nationen geben folgende Zahlen zur personellen Stärke und Zusammensetzung ihrer militärischen und Polizei-Kräfte zum

¹¹⁶ United Nations 2013: Nr. 16.

¹¹⁷ Die negative Auswirkung ist die hohe Zahl von getöteten MINUSMA-Soldaten. Der Bericht des Generalsekretärs spricht für die Zeit seit Beginn von MINUSMA von 219 getöteten Friedenssoldaten (United Nations 2019: 14).

11. Dezember 2019 an.¹¹⁸ Die meisten Kräfte kommen aus Afrika (Tab. 1).

Auch die Einheiten der MINUSMA werden in der öffentlichen Meinung in Mali und Burkina Faso kritisiert. Sie seien Helfer der diskreditierten Staaten und ihrer Armeen sowie Frankreichs. Sie seien Fremde ohne Kenntnis der lokalen Bevölkerung und ihrer Werte, besser ausgerüstet als die nationalen Armeen und würden das Ansehen der eigenen Sicherheits- und Streitkräfte schmälern. Hinzu kommen Vorwürfe von Fehlverhalten, Übergriffen und sexueller Gewalt. Das ambivalente Verhältnis zu diesen Fremden zeigte sich in Überfällen der bewaffneten Gruppen, Dschihadisten und Mitgliedern von Selbstverteidigungsgruppen auf Lager und Konvois der MINUSMA, häufig mit Straßenminen. Die UNO musste eingestehen, dass der von ihr organisierte Einsatz in Mali der tödlichste aller UNO-Friedensmissionen geworden ist.

Die Militärintervention afrikanischer Staaten

G5 Sahel ist eine von den fünf Sahelstaaten Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad am 16. Februar 2014 gegründete Organisation mit Sitz in Nouakchott. Ihr Ziel ist eine engere Zusammenarbeit zur

¹¹⁸ United Nations 2019: 18–19. Hier ist die Tabelle aller Soldaten und Polizeikräfte abgedruckt.

Verbesserung der Entwicklung und Sicherheit, der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und zur Verbindung von Entwicklung, Sicherheit und „bonne gouvernance“.¹¹⁹ Durch den jüngsten Rückzug der Truppen des Tschad ist die G5 Sahel allerdings empfindlich geschwächt.¹²⁰

Im Februar 2017 haben die Mitglieder beschlossen, eine G5 Sahel Joint Force mit 5.000 Soldaten und Polizisten zur Bekämpfung von Terrorismus sowie Drogen- und Menschenschmuggel unter gemeinsamem Kommando aufzustellen.¹²¹ Das größte Problem ist bisher die Stellung dieser Truppen, ihre Aufrüstung und Finanzierung.¹²² Dennoch ist beim Gipfel in Pau im Januar 2020 die Zusammenarbeit aller beteilig-

¹¹⁹ G5 Sahel 2020.

¹²⁰ Nachdem der Tschad bei einem Überfall von Boko Haram im März 2020 etwa 100 eigene Soldaten verloren hat, hat der Präsident den Rückzug seiner Truppen aus G5 Sahel angeordnet, um gezielter gegen Boko Haram vorgehen zu können (Boukhris 2020).

¹²¹ Die Afrikanische Union und der UNO-Weltsicherheitsrat haben im April 2017 den Plänen zugestimmt. Der französische Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian hat eine Kooperation der Opération Barkhane zugesagt (G5 Sahel 2017).

¹²² Die neuen Einheiten müssen zusätzlich zu den nationalen Streitkräften aufgestellt werden. Zu den Zusagen zur Finanzierung siehe G5 Sahel 2020.

ten Staaten und Organisationen beschworen worden.

Anfang Februar 2020 hat zudem die Afrikanische Union die Entsendung von 3.000 Soldaten zur Unterstützung der Sahelstaaten im Kampf gegen den Terrorismus beschlossen.¹²³

Die Bundeswehr in Mali

Die Bundeswehr ist in zwei Missionen in Mali tätig, im Rahmen der MINUSMA und der EUTM.¹²⁴ Beide Einsätze sind vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossen worden und werden von den Vereinten Nationen organisiert. Der erste deutsche Einsatz im Rahmen der AFISMA wurde am 28.02.2013 vom Deutschen Bundestag gebilligt. Er umfasste „die Bereitstellung von Lufttransportkapazität für Transporte aus den Anrainerstaaten nach Mali und innerhalb Malis sowie durch Lufttransport und Luftbetankung für die französischen Streitkräfte in unmittelbarer Unterstützung von AFISMA“.¹²⁵

Am 27. Juni 2013 hat der Bundestag der Überführung der Unterstützung von AFISMA in die von MINUSMA zu-

gestimmt.¹²⁶ Der Bundestag hat dieses Mandat jedes Jahr für die Dauer von weiteren 12 Monaten verlängert, zuletzt am 09. Mai 2019.¹²⁷

Das Mandat der Bundeswehr ist begrenzter als das von MINUSMA: „Die deutschen Soldatinnen und Soldaten übernehmen nach Maßgabe des Völkerrechts und der Einsatzregeln der UNO Aufgaben in den Bereichen Führung, Verbindung, Beobachtung und Beratung. Zudem unterstützen sie das Personal der EU Mission in Mali und leisten mit Aufklärungsmitteln am Boden und in der Luft einen wichtigen Beitrag zum Gesamtlagebild der UNO-Mission. Mit einem Transportflugzeug unterstützt die Bundeswehr den Transport und die Folgeversorgung von MINUSMA. Auch die Luftbetankung für französische Streitkräfte im Falle der Abwehr einer Bedrohung ist ein möglicher Auftrag der Truppe. Falls die UNO Ausbildungshilfe für ihr Per-

¹²³ Le Monde 2020c. Bisläng hat noch kein afrikanischer Staat die Bereitstellung von Soldaten zugesagt.

¹²⁴ Tull 2020 zeigt die Problematik der Ausbildungsmission auf malischer und europäischer Seite.

¹²⁵ Deutscher Bundestag 2013b.

¹²⁶ AFISMA hatte das Mandat, die malische Armee bei der Rückeroberung des Nordens und der Sicherung der territorialen Integrität des Landes zu unterstützen. Seit dem 1. Juli 2013 ist AFISMA nach einer Resolution des Sicherheitsrates der UNO in die Mission MINUSMA übergegangen. Beide Mandate waren nicht in eine ausgearbeitete politische Strategie zum Wiederaufbau des Staates Mali eingebunden.

¹²⁷ Deutscher Bundestag 2019: Bundestag verlängert Mali-Einsatz der Bundeswehr. Bundeswehreinsatz in Mali (MINUSMA).

sonal in Hauptquartieren der Mission anfordert, erhält sie diese durch das deutsche Kontingent vor Ort.“¹²⁸ Das Mandat erlaubt keine Kampfeinsätze.

Neben dem Einsatz in MINUSMA ist die Bundeswehr auch in der Ausbildungsmission der EU, der EUTM, tätig. Ihre Aufgabe ist die Ausbildung der malischen Streitkräfte, damit diese selbst die Stabilität und Sicherheit in Mali gewährleisten und damit zu einer Stabilisierung des Landes beitragen können. Auch Kenntnisse auf dem Gebiet der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts werden vermittelt. Dieser Einsatz ist auf 300 Soldatinnen und Soldaten begrenzt.¹²⁹ Die Einsatzkräfte dürfen sich nicht an „Ausbildungsmaßnahmen zugunsten der militärischen Kräfte der afrikanisch geführten In-

ternationalen Unterstützungsmision AFISMA“ beteiligen. Auch „eine Begleitung der malischen Streitkräfte in Kampfeinsätzen oder eine direkte Unterstützung der militärischen Operationen von AFISMA oder der malischen Streitkräfte ist nicht vorgesehen.“¹³⁰

Die Bundeswehr nimmt auch an der Unterstützung der Ausbildung von Polizei und Nationalgarde im Sahel im Rahmen der EUCAP Sahel Mali (European Union Capacity Building Mission in Mali) teil. EUCAP Sahel Mali soll durch Ausbildung und Beratung von Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie einen Beitrag zur Verbesserung der inneren Sicherheit leisten und das bisherige sicherheitspolitische Engagement der internationalen Gemeinschaft in Mali ergänzen.¹³¹ Der Rat der Europäischen Union hatte am 15. April 2014 die Errichtung dieser zivilen EU Mission beschlossen.¹³² Eine ähnliche Mission ist auch für Niger eingerichtet: European Capacity Building Mission in Niger.¹³³

¹²⁸ Deutscher Bundestag 2019. Im letzten Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des Maleinsatzes heißt es zudem, die Bundeswehr unterstütze MINUSMA durch die Bereitstellung einer Aufklärungs-Taskforce mit Objektschutz- und Aufklärungskräften, inklusive Heron 1, dem Warnsystem Mantis in der Konfiguration „Sense & Warn“ sowie erforderlichen, mittlerweile robust aufgestellten Einsatzunterstützungs- und IT-Kräften.

¹²⁹ Deutscher Bundestag MINUSMA und EUTM Mali: https://www.bundestag.de/ausschuesse/a12_Verteidigung/auslandseinsaetze/auslandseinsaetze/minusma_und_eutm_mali-542482, zuletzt aufgerufen am 28.06.2021.

¹³⁰ Deutscher Bundestag 2013a.

¹³¹ Die Friedrich-Ebert-Stiftung führt seit Frühjahr 2019 in Westafrika ein von der EU kofinanziertes Projekt zu demokratischer Regierungsführung durch und setzt sich für eine starke Zivilgesellschaft bei der Sicherheitsreform ein, s. Friedrich-Ebert-Stiftung 2020.

¹³² Auswärtiges Amt 2020.

¹³³ Für diese Missionen gelten die Leitlinien für den Einsatz deutscher Po-

Das Personal von EUCAP Sahel Mali ist in der letzten Verlängerung am 01. März 2019 auf bis zu 144 internationale und 65 lokale Kräfte angelegt.¹³⁴ Die Bundeswehr beteiligt sich mit bis zu 10 Polizistinnen und Polizisten an der EUCAP.¹³⁵

Ob die Missionen der Bundeswehr auf ähnliche Kritik stoßen wie die Frankreichs und der UNO, ob die Soldatinnen und Polizistinnen, die Sicherheitskräfte in einem muslimischen Land ausbilden, kritische Zurückhaltung erfahren, und wie generell die malischen Sicherheitskräfte die Ausbildung durch Fremde empfinden, wird in der lokalen und internationalen Presse nicht thematisiert.

Kritische Bilanz der Militärinterventionen

Die militärische und die politische Bilanz der Militärinterventionen sind negativ.

Die Sicherheit der Bevölkerung konnte nicht verbessert werden, sie hat sich im Gegenteil verschlechtert. Der malische Staat konnte nicht gestärkt werden, er hat die Kontrolle über große Gebiete seines Territori-

ums verloren und kann seinen zentralen Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung nicht nachkommen. Es war ein falscher Ansatz, die Militärinterventionen zu stark auf den Sicherheitsaspekt, auf das Militärische, zu fixieren.¹³⁶

Zwar konnte die Abspaltung des Nordens, die in der Unabhängigkeitserklärung der politisch-militärischen Organisation der Tuareg MNLA, gipfelte, überwunden werden. Auch der befürchtete Vormarsch der Aufständischen und Dschihadisten wurde durch die Intervention der französischen Luft- und Bodeneinheiten gestoppt. Seitdem spielen die bewaffneten Einheiten der Tuareg nur noch in ihrer Hochburg Kidal eine Rolle, als CMA. Diese ist Teil der islamistischen Organisation Ansar Dine. Sie haben das Friedensabkommen von Algier unterzeichnet, ihre Waffen aber nicht abgegeben und beherrschen Kidal, wo sie eine eigene Verwaltung und die islamische Rechtsprechung nach den Vorgaben der Scharia eingeführt haben. Erst Ende 2019 kam es zu einer Annäherung von CMA und Bamako und erst im Februar 2020 erhielten Einheiten der nationalen Armee wieder Zutritt

lizeibeamtinnen und -beamter im Rahmen internationaler Friedensmissionen.

134 European Council/Council of the European Union 2019.

135 European Council/Council of the European Union 2019.

136 Bakary Sambé, der Direktor des Timbuktu Institute nennt es in einem langen Interview „le tout sécuritaire, le tout militaire“. Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wurzeln des Konflikts würden nicht ausreichend bedacht (Marbot 2019).

zur Stadt und der Premierminister wurde empfangen.¹³⁷ Mit anderen Worten: die militärische Bedrohung durch Tuareg Gruppen konnte trotz der Militärinterventionen nicht völlig beseitigt werden.

Noch unsicherer gestaltet sich das Machtverhältnis zwischen den malischen und ausländischen Militäreinheiten auf der einen und den dschihadistischen Gruppen auf der anderen Seite.¹³⁸ Letztere haben ihren Einfluss im Land ausgeweitet, sind auch in den Nachbarstaaten Burkina Faso und Niger aktiv und für diese Staaten des Sahel zu einer existenziellen Bedrohung geworden. Der Aufbau islamischer staatlicher Strukturen ist ihnen zwar nicht gelungen, aber die bedrohten Staaten

haben ihren Einfluss in weiten Gebieten ihres Staatsterritoriums verloren. Die fremden Militärinterventionen haben keine Sicherheit und keine politische Stabilität gebracht.

Ob und in welchem Maß die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung dem verkündeten Aufbau eines islamischen Staates und damit der Tätigkeit der Islamisten zustimmt, ist nicht zu sagen. Auch über ihre Einstellung zu den Militärinterventionen der Fremden ist nichts bekannt.¹³⁹

Die militärische Bilanz wird auch dadurch erschwert, dass die Gegner nicht eindeutig definierbar sind. Wichtige Gruppen der Tuareg, die anfangs für einen unabhängigen Staat kämpften, arbeiten heute mit dschihadistischen Gruppen zusammen oder sind Teil von ihnen, wie die CMA in Kidal. Das zeigt sich auch und vor allem auf der Führungsebene, besonders an der Person und dem Einfluss von Iyad Ag Ghaly: er stammt aus der wichtigen Ifogha-Gruppe der Tuareg, hat die Gründung des MNLA mitgetragen und sich nach einer politisch-religiösen Radikalisierung der dschihadistischen Orientierung angeschlossen, wurde zur Führungsfigur von Ansar Dine und GSIM. So ist eine Differen-

137 Jeune Afrique deutet die Rückkehr der Soldaten der nationalen Armee als „exemple de la réconciliation“, da diese Einheiten auch ehemalige Rebellen in ihren Reihen haben. Der Empfang des Premierministers wird als Vorzeichen der Wiederherstellung der Autorität des Staates Mali in Kidal bezeichnet (Jeune Afrique 2020c).

138 Überfälle mit zahlreichen Toten in den Reihen der Armee Malis und noch stärker im Militär des Nachbarstaates Niger nehmen zu, wie die wiederholten Anschläge auf Militärlager zeigen, zuletzt am 20. Februar 2020. Die nigerianische Terrorgruppe Boko Haram hat am 23. März 2020 ein Militärlager des Tschad überfallen, etwa 100 Soldaten getötet, andere verschleppt, zahlreiche Fahrzeuge der Armee zerstört (Mondafrique 2020g).

139 Meinungsumfragen wie die der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 2019 beziehen sich im Wesentlichen auf die Gebiete im Süden Malis und auf die Stadtbevölkerung (Friedrich-Ebert-Stiftung 2019).

zierung von militanten Gruppen, die für einen unabhängigen, aber laizistischen Staat kämpfen, und solchen, die einen islamischen Staat errichten wollen, nicht möglich.

Neben diesen organisierten und bekannten Einheiten sind zahlreiche andere, schwer zu definierenden Gruppen tätig und für viele Massaker an der Zivilbevölkerung verantwortlich. Das Dorf Ogossagou in der Mitte des Landes wurde gar mehrmals von Dogon-Milizen angegriffen, weit über einhundert Fulani wurden getötet.¹⁴⁰ Die kritische Presse titulierte angesichts der sich häufenden Überfälle schon: „L’armée malienne impuissante face aux massacres“ und rügt: „la totale incapacité de l’armée malienne à prévenir le terrorisme.“¹⁴¹ Manche Beobachter nennen diese Gruppen ethnische Milizen oder Selbstverteidigungsgruppen. Aber auch Straßenräuber, Schwarz-, Drogen- und Waffenhändler wie auch Gruppen, die alte Rechnungen über Landkonflikte begleichen wollen, sind aktiv. Hier fallen besonders Feindseligkeiten zwischen Dogons und Fulani auf. Wenn Fulani sich dem EIGS anschließen, so die Analyse der Investigativ-Journalistin von IVERIS, Leslie Varenne, geschieht dies aus Rache für Übergriffe der Armee, zum besseren Schutz gegen

andere Gruppen, nur in wenigen Fällen aus religiösen Motiven.¹⁴²

Welche Zielvorstellungen die verschiedenen Gruppen heute verfolgen, ist nach den militärischen Interventionen unklarer als zuvor. Selbst die Frage, ob die Gruppen, die sich als dschihadistisch verstehen, wirklich einen islamischen Staat, ein Kalifat, anstreben, oder ob sie anderen, ebenso unklaren Zielen nachgehen, findet keine eindeutige Antwort.

Die globale Problematik der Militärinterventionen kann man mit dem französischen Politologen Bertrand Badie in drei Punkten zusammenfassen.¹⁴³

Erstens: Die Wurzeln der Konflikte sind wirtschaftlicher und sozialer Art. Sie lassen die Kämpfe um Land, Wasser, persönliche oder familiäre Sicherheit, das Überleben angesichts des Klimawandels, Verteidigung ihrer Identität entfachen. Deshalb: „Kanonen können Misserfolge des sozialen Aufbaus nicht beheben.“

Zweitens: In der globalisierten Welt sind Afrika und Asien gleichberechtigte Partner, „qui ont quelque chose de différent à dire et qui contribuent à jeu égal au développement de la planète.“ Dennoch sind die neuen Staaten auf dem westlichen Modell eines Nationalstaates aufgebaut, das die westlichen und afrikanischen Eliten als einziges modernes

¹⁴⁰ Mondafrique 2020f.

¹⁴¹ Mondafrique 2020j.

¹⁴² Mondafrique 2020f.

¹⁴³ Badie 2020.

Modell ansehen, das der politischen und kulturellen Erfahrungswelt in ihrem Lebensraum aber fremd ist.

Drittens: Militärinterventionen können nur kollektiv und multilateral erfolgen, d.h. durch die UNO.

Das bedeutet, dass militärische Interventionen in eine politische Strategie, die von den afrikanischen Staaten entworfen und verfolgt wird, eingebunden sein müssen. Eine solche Strategie setzt voraus, dass die afrikanischen Staaten zuerst das Modell ihres politischen Systems selbst entwerfen bzw. neu erfinden müssen, in einer Kombination der Modelle der globalisierten Welt und der jahrhundertealten Erfahrungen ihrer Gesellschaften. Erst wenn sie die in ihrer Geschichte entstandenen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Werte ernst nehmen, können sie Anpassungen an die globalisierte Welt einleiten und die Lebensbedingungen sowie die politischen Erwartungen ihrer Bevölkerung in einer Weise verbessern, die von den Menschen wahrgenommen wird und angenommen werden kann. Das gilt vor allem in den Landregionen, die stärker von den Traditionen und Machtverhältnissen geprägt sind.

Diese Überlegungen werden im Übrigen durch einen soeben erschienenen Bericht der International Crisis Group für Burkina Faso bestätigt. Darin wird eine integrierte Strategie angemahnt, die militärische Gewalt nur dann sinnvoll nennt, wenn sie

in ein Konzept eingebaut ist, das die lokalen politischen Ursachen des Konfliktes in den Landregionen beiseitigen soll.¹⁴⁴ Ähnlich haben der frühere Vorsitzende des Hohen Islamischen Rates von Mali, Mahmoud Dicko, und andere islamische Prediger öffentlich Kritik am Verlust traditioneller Werte geübt und zur Neuordnung von Gesellschaft und Staat aufgerufen.¹⁴⁵ Der Wirtschaftswissenschaftler Gilles Olakounlé Yabi, Gründer des Think Tank WATHI,¹⁴⁶ tritt ebenfalls für eine politisch-gesellschaftliche Lösung ein.¹⁴⁷

Diese Schlussfolgerungen stellen kein ausgearbeitetes Modell vor. Sie nennen nur Grundvoraussetzungen zur Lösung von Konflikten, die aus dem Zusammenprall alter Werte und alter Lebensformen mit fremden Werten und Machtstrukturen entstanden sind. Die Einzelheiten müssen die afrikanischen Eliten selbst definieren und umsichtig umsetzen.¹⁴⁸

¹⁴⁴ Die meisten Konflikte in den Landregionen sind Bodenrechts- oder Bodennutzungskonflikte, s. ICG Report Africa 2020a.

¹⁴⁵ Bensimon 2020.

¹⁴⁶ Le Think Tank Citoyen de l’Afrique de l’Ouest.

¹⁴⁷ Châtelot 2020.

¹⁴⁸ Julius Nyerere hat mit seinem System der „Ujamaa“ einen solchen Versuch in Tanzania gewagt, ist aber gescheitert, ebenso wie Houphouët-Boigny, der ein kapitalistisches Ordnungssystem eingeführt

Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ist das zentrale Anliegen der Menschen auf dem Land. Deshalb beruht die Attraktivität der islamistischen Bewegungen gerade darauf, dass sie die Bedürfnisse der aufstrebenden jüngeren Generation aufgreifen und zum Ziel ihrer Kämpfe machen. Der religiöse Aspekt in ihrer Werbung, die Errichtung eines künftigen islamischen Staates, dient vor allem der Anwerbung islamisch geprägter Menschen.

Alternativen zu Militärinterventionen?

Der erste Einsatz französischer Einheiten, unter dem Namen „Serval“, war nötig, weil nur so der Vormarsch der Rebellen und Dschihadisten gestoppt werden konnte.¹⁴⁹ Die Erweiterung der Militärintervention durch „Barkhane“, MINUSMA und G5 Sahel war dagegen eine Fehlentscheidung: sie setzte zu sehr auf „direkte militärische Intervention ausländischer Truppen“,¹⁵⁰ sie war zu stark auf die Sicherheit ausgerichtet, „le tout sécuritaire“, „le tout militaire“, wie Ba-

kary Sambé es formuliert hat,¹⁵¹ und zu wenig auf eine Konzentration aller Kräfte auf die Stärkung des Staates, der Verwaltung und der nationalen Sicherheitskräfte.¹⁵² Schwerpunkte hätten sein müssen: „amélioration de la gouvernance“ und die Stärkung der Fähigkeit des Staates „à recoudre le tissu social“.¹⁵³

Diese Fehlentscheidung beruhte auf einer Fehleinschätzung der Krise in Mali, wie sie allen Reaktionen der Regierungen auf die Rebellionen der Tuareg seit der Unabhängigkeit zugrunde gelegen hatte. Die Rebellion der Tuareg und der Vormarsch der Dschihadisten im Jahre 2012 waren das Zeichen einer Existenzkrise des Staates. Der Staat war in vielen Gebieten des Landes, vor allem im Norden, nicht anwesend. Das heißt: Verwaltung und Rechtsprechung waren unterbesetzt, unfähig, korrupt; Bildungs- und Gesundheitswesen nur rudimentär ausgebaut; Wirtschafts- und Entwicklungspolitik entsprach nicht den Bedürfnissen und Erwartungen der Bevölkerung; die Sicherheitskräfte (Polizei und Armee) waren unterbesetzt, zu

hat. Ähnliche Erfahrungen haben Modibo Keita in Mali, Sékou Touré in Guinea oder Kenneth Kaunda in Sambia mit ihrer Anlehnung an ein sozialistisches System gemacht. Kaunda hatte seine Vorstellungen als „afrikanischer Sozialismus“ bezeichnet.

¹⁴⁹ Châtelot 2020.

¹⁵⁰ Châtelot 2020.

¹⁵¹ Marbot 2019.

¹⁵² Die Hilfe bei der Ausbildung von Polizei und Armee durch die European Union Training Mission Mali (EUTM), an der auch die Bundeswehr beteiligt ist, unterliegt nicht dieser kritischen Einschätzung.

¹⁵³ Châtelot 2020.

schlecht ausgerüstet und korrupt.¹⁵⁴ Die schlimmsten Folgen dieses Staatsversagens liegen für die Bevölkerung in der Armut und Jugendarbeitslosigkeit. Besonders der Norden fühlte sich in den politischen Institutionen und in der Politik des Zentralstaates nicht ausreichend repräsentiert, viele Menschen empfinden sich und ihren Lebensraum als marginalisiert, abgehängt. Diese Abwesenheit des Staates wird nicht nur im Norden sondern auch in vielen Landregionen erlebt.

Auch heute noch und in absehbarer Zukunft sind militärische Einsätze fremder Einheiten nötig, um verlorene Regionen zurückzuerobern. Auch die Fachleute der International Crisis Group fordern eine Weiterführung der militärischen Interventionen zur Abwehr der Dschihadisten.¹⁵⁵ Aber diese Interventionen

müssen die nationalen Sicherheitskräfte stärken und stützen. Mara Moussa, Premierminister in Mali von 2014–2015, heute ein Shooting Star der „neuen Politik“, fordert, was von Mondafrigue als „un projet alternatif pour le Mali“ bezeichnet wird: „die französische Armee soll in Zukunft die afrikanischen Streitkräfte unterstützen und nicht als Gendarm des Kontinents auftreten.“ Er tritt auch dafür ein, dass die afrikanischen Staaten ihre staatliche Organisation und die Wiedergewinnung der inneren Sicherheit selber in die Hand nehmen.¹⁵⁶ Fremde Militärinterventionen müssten an die Bedingung geknüpft sein, dass die Staaten bereit sind, die staatlichen Strukturen zu reformieren und dass sie eine Politik der „good governance“ einleiten, in der Gerechtigkeit, Sicherheit und Entwicklung für alle Bürger und Regionen gewährleistet werden. Dazu muss nach Einschätzung des früheren Leiters des Projekts „Afrique de l’Ouest“ der International Crisis Group, Gilles Olakounlé Yabi, „als erster Schritt der Staat wieder handlungsfähig gemacht werden und sich aus der Krise herausarbeiten, in dem Bewusstsein der Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Staates.“¹⁵⁷ Angesichts der immensen Ungleichheiten zwischen Stadt und Land, vor allem

154 Der jüngste Skandal um Korruption im Verteidigungsministerium des Niger, wo Millionenbeträge (schätzungsweise 150 Millionen Euro) abgezweigt und die Soldaten mit schlechten Waffen ausgerüstet wurden, zeigt solche Fehlentwicklungen, die zudem vom Staatspräsidenten vertuscht werden. Ausführlich bei Olivier 2020 und Mondafrigue 2020f. Auch in Mali sind Waffenkäufe übersteuert ausgeführt worden. Zudem kocht ein Skandal um den Kauf der Präsidentenmaschine nach einigen Jahren erneut hoch (Diallo 2020c).

155 ICG 2020b. Die Autoren warnen vor einem Rückzug, der zur Zeit der Corona-Pandemie zwar verständlich, aber unverantwortlich sei.

156 Mondafrigue 2020e.

157 Zitiert nach: Châtelot 2020 (eigene Übersetzung).

zwischen der Hauptstadt und den Landregionen, muss der Staat „ein eindeutiges Signal senden, dass er die Notwendigkeit einsieht und die feste Entschlossenheit kundtut, diese territorialen Ungleichheiten abzubauen.“¹⁵⁸

Für die Menschen ist ein solches Signal aber nur erkennbar, wenn der Staat ihre Lebensbedingungen verbessert, wenn die täglich gelebte Armut und Arbeitslosigkeit verringert werden;¹⁵⁹ „Entwicklung und Sicherheit gehören zusammen,“ wie es Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sowie Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, formulieren.¹⁶⁰

Als Vorbild einer erfolgreichen Sicherheitspolitik in eigener Verantwortung wird von manchen Be-

obachtern Mauretanien vorgestellt, wo der Staat große Investitionen in Ausbildung und Ausrüstung der Soldaten tätige und die Soldaten durch regelmäßige Soldzahlungen und durch andere soziale Maßnahmen an sich binde. Er habe auch eine „bataille des idées“ begonnen, in der die Bevölkerung und die islamische Geistlichkeit in einer Kampagne zu Toleranz, zur Ausbildung der Jüngeren, zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Wachsamkeit gegenüber Fremden in das Bemühen des Staates um Sicherheit und Entwicklung einbezogen wird.¹⁶¹

Gespräche und Verhandlungen zwischen Regierung und dschiha-distischen Organisationen zur Beendigung der Kämpfe sind eigentlich der erste Schritt. Offiziell finden sie nicht statt, mehrere Ansätze sind aber gemacht worden. Präsident Ibrahim Boubacar Keita hat jahrelang Gespräche mit diesen Organisationen abgelehnt,¹⁶² aber in jüngster Zeit einen neuen Anfang gewagt.¹⁶³

¹⁵⁸ Châtelot 2020.

¹⁵⁹ Nach einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung stellten landesweit sozioökonomische Probleme die größte Herausforderung dar: 53,4% der Befragten nannten die Jugendarbeitslosigkeit als größtes Problem, gefolgt von Armut (44,1%), Ernährungssicherheit (42,4%), Infrastruktur (32,8%), Gesundheit (26,7%), Bildung (25,9%) und Unsicherheit (25,3%). In den Konfliktregionen im Zentrum und Norden des Landes hat die Unsicherheit verständlicherweise einen höheren Stellenwert (Friedrich-Ebert-Stiftung 2019; deutschsprachige Zusammenfassung).

¹⁶⁰ Müller/Ischinger 2020.

¹⁶¹ Mondafrique 2020c.

¹⁶² Noch im Juni 2019 hatte er erklärt, „qu’une mer de sang le séparait de ces gens [...] qu’il n’avait rien à dire“ à Iyad Ag Ghaly“ (Roger 2020b).

¹⁶³ 2017 hatte er seinen Premierminister mit der Kontaktaufnahme beauftragt, dessen Nachfolger hatte dies im Jahre 2018 abgebrochen (Roger 2020b). Mahmoud Dicko hatte 2017 als Vorsitzender des Haut Conseil Islamique du Mali Gespräche mit Iyad Ag Ghaly und Amadou Kouffa eingefädelt, war aber vom Präsidenten

und sogar angedeutet, es sei jetzt an der Zeit, dass man auch neue Wege gehen müsse.¹⁶⁴ Dies kann als Andeutung der Regierung verstanden werden, der Staat habe die Krise wieder im Griff.¹⁶⁵

Das Gesprächsangebot des Präsidenten kann auch als Versuch gedeutet werden, die dschihadistischen Gruppen zu spalten und die aktuellen Konflikte zwischen GSIM und EIGS¹⁶⁶ sowie den inneren Streit

Malis desavouiert worden (Maillard 2020b). Seit Juni 2019 ist der Interimspräsident von Mali (2013), Dioncounda, der „haut représentant“ des Präsidenten für die Mitte des Landes. Seine Mission: Lösungen finden für eine Überwindung der Unsicherheit (Roger 2020a).

164 Er hatte Kritikern gegenüber betont, dass er die Pflicht habe, alle Möglichkeiten zur Beendigung des Krieges auszuschöpfen. „Il est temps que certaines voies soient explorées“ (Jeune Afrique 2020d). Sadaqi (Deutschlandfunk) spricht von einem Strategiewechsel (Sadaqi 2020).

165 Bakary Sambé: „C'est une manière de dire qu'il y a une reprise en main de la situation par le pouvoir de Bamako.“ Er vermutet auch, der Staat wolle durch das Gesprächsangebot die transnationalen islamistischen Organisationen wie EIGS von den lokalen Gruppen wie GSIM oder FLM trennen (Timbuktu Institute 2020).

166 Iyad Ag Ghaly, Amadou Kouffa und die GSIM sehen sich wachsender Konkurrenz von EIGS ausgesetzt, die ihnen zweideutige Kontakte mit der Regierung von Mali und sogar einen Pakt mit den Donzo und den Arme-

in der Katiba Macina¹⁶⁷ für sich auszunutzen. Möglicherweise wollte er auch einen Spalt zwischen die internationalen Organisationen wie EIGS und die lokalen Gruppen treiben.¹⁶⁸

Der frühere Vorsitzende des Haut Conseil Islamique du Mali, Mahmoud Dicko,¹⁶⁹ unterstützt die Gesprächsbereitschaft, weist aber darauf hin, dass es nicht nur um die Beendigung der Kampfhandlungen gehen darf. Seine Stimme genießt in der moslemischen Bevölkerung hohes Ansehen; er hat über seine Tätigkeit und über die „associations religieuses musulmanes“¹⁷⁰ erheblichen politi-

en der Ungläubigen zum Kampf gegen den Islam vorwerfen. Die Donzo sind eine traditionelle Jägergruppe, denen Überfälle auf Fulani und die Komplizenschaft mit der nationalen Armee vorgeworfen werden (Mondafrique 2020d). Amadou Kouffa hat vor allem Fulani rekrutiert und wird durch die Kritik des EIGS besonders getroffen.

167 Wegen Streits um Landkonflikte und um Überschwemmungsgebiete am Niger haben mehrere Kämpfer Amadou Kouffa verlassen, in Nampala eine neue Gruppe „Soldats du Califat au Mali“ gebildet und sich dem EIGS angeschlossen (Mondafrique 2020d).

168 So Bakary Sambé (Timbuktu Institute 2020).

169 Zur Person und zum Einfluss von Mahmoud Dicko siehe Harding 2020: 147–149.

170 Die „associations religieuses musulmanes“ beherrschen die Medienlandschaft. Kritik daran ist selten und vorsichtig. Selbst die Äuße-

schen Einfluss und fordert eine Reform von Staat und Gesellschaft,¹⁷¹ eine Wiederbelebung der traditionellen Werte der Gesellschaft¹⁷² und eine größere Rolle des Islam in der neuen Verfassung des Landes.¹⁷³ Er und andere einflussreiche islamische Prediger wie Ousmane Chérif Haidara haben ihren Forderungen in den letzten Jahren lautstark und erfolgreich Ausdruck und Gewicht verliehen. So haben sie ein Gesetzesvorhaben zur Abschaffung der Exzision der Frauen,¹⁷⁴ ein anderes zu einem „Code de la famille et de la personne“, der mehr Rechte für

Frauen vorsah,¹⁷⁵ und die Einführung eines Schulbuchs zur Sexualkunde¹⁷⁶ zu Fall gebracht und durchgesetzt, dass der Premierminister Soumeylou Boubèye Maïga, der sich für diese Vorhaben eingesetzt hatte, entlassen wurde. Um ihre Forderungen zu unterstreichen, haben sie große Demonstrationen und Aufmärsche mit mehreren zehntausend Teilnehmern organisiert. Diese Männer und ihre Anhänger verfügen über einen organisierten Machtblock in der Gesellschaft, ohne dessen Zustimmung größere politische Vorhaben der Regierung nicht durchgesetzt werden können. Für den Staat sind sie dadurch extrem gefährlich, dass „sie vor keinem Akt des Bruches demokratischer Regeln zurückschrecken“, wie ein malischer Journalist anmerkt.¹⁷⁷ Mahmoud Dicko hat zwar erklärt, dass er nicht für die Einführung einer islamischen Republik eintritt, er hat aber auch deutlich gemacht, dass „eine repräsentative Demokratie, die man dem Land aufgezwungen habe, bei uns nicht funktioniert.“¹⁷⁸ Solche Äußerungen und seine politischen Erfolge haben den in der Verfassung niedergelegten Grundsatz der Laizität des Staa-

zung Dickos, der Terrorangriff auf das Hotel Radison Blue in Bamako (20.11.2015), sei als Bestrafung Gottes für die Übernahme westlicher Sitten zu sehen, hat von Seiten der Politiker nur verhaltene Kritik hervorgerufen (Touré 2019; Slate Afrique 2019).

- 171** Eine „refondation profonde de la société malienne.“ (Cissé 2019).
- 172** Cissé 2019. Er hat erklärt, ein Friede in Mali sei ohne die Beachtung der geistigen Dimension der Krise nicht vorstellbar. Das Friedensabkommen von Algier habe diesen Aspekt aber nicht in die Überlegungen einbezogen. Für ihn ist der laizistische Charakter der Republik kein Gegensatz zum Islam, da er allen Religionen Platz anbiete. Daher werde der HCIM in Mali keine islamische Republik ausrufen.
- 173** Präsident Keita hat vor zwei Jahren eine Reform der Verfassung in die Wege geleitet und eine breite Diskussion über die künftige Rolle des Islam im Staat ausgelöst.
- 174** Slate Afrique 2019.

175 République du Mali 2011.

176 Nach Auffassung der islamischen Prediger legitimiere dieses Schulbuch die Homosexualität (Bensimon 2018).

177 Koba 2020.

178 Diallo 2019a.

tes faktisch ausgesetzt. Nun wird alles davon abhängen, welche Rolle er und die anderen islamischen Führungspersonlichkeiten bei den angekündigten Gesprächen spielen werden, welche Allianzen sie mit den Dschihadisten Iyad Ag Ghaly und Amadou Kouffa schmieden können, welche Vorschläge sie präsentieren und welche sie durchsetzen können.

Frankreich hat dagegen in diskreter Form die Gesprächsinitiative des Präsidenten abgelehnt.¹⁷⁹ Auch der frühere Regierungschef Moussa Mara hat seine Ablehnung bekundet und betont, ein Terrorist bleibe ein Terrorist.¹⁸⁰ Der Führer der Opposition und aussichtsreicher Kandidat bei den Parlamentswahlen am 29. März 2020, Soumalia Cissé, ist vier Tage vor dem Wahltermin entführt worden, wohl von Anhängern der Katiba Macina, weil er sich gegen die geplanten Gespräche ausgesprochen habe.¹⁸¹

Von Seiten der islamistischen Gruppen haben Iyad Ag Ghaly und die von ihm geführte Allianz GSIM Gesprächsbereitschaft signalisiert, diese aber an die Bedingung des vorherigen Abzugs aller Truppen Frank-

reichs und der UNO geknüpft.¹⁸² Diese Vorbedingungen mögen der Regierung und ihren ausländischen Partnern unannehmbar erscheinen und werden von vielen Beobachtern als Infragestellung des Staates, seines laizistischen Selbstverständnisses und seiner territorialen Einheit gedeutet.¹⁸³ Andere lokale Stimmen halten einen militärischen Rückzug Frankreichs und der UNO aber für vorstellbar.¹⁸⁴

Die Frage, warum die Islamisten auf das Gesprächsangebot eingegangen sind, bleibt zunächst ohne Antwort. Sicher ist nur, dass auch sie eingesehen haben, dass sie den Krieg mit militärischen Mitteln nicht gewinnen können. Haben sie damit aber auch ihr Fernziel „Islamischer Staat“ aufgegeben?

Iyad Ag Ghaly und Koufa sollen erklärt haben, nach dem Abzug der fremden Truppen „wird unser stolzes Volk erkennen, dass wir diejenigen sind, die sich am stärksten für Frieden, Stabilität, Fortschritt und die Verbesserung der Lebensbedingungen in all ihren Aspekten

¹⁷⁹ Mondafrique 2020c. Über Form und Gründe dieser Ablehnung sagt der Artikel nichts.

¹⁸⁰ Mondafrique 2020e.

¹⁸¹ Jeune Afrique 2020e. Mondafrique 2020h zitiert Auszüge aus einer Audiobotschaft, die von den Entführern stammen soll.

¹⁸² Maillard 2020b. Er zitiert aus dem Communiqué von GSIM vom 08.03.2020. Darin werden die Truppen Frankreichs weiterhin als Besatzungstruppen und Kreuzfahrertruppen bezeichnet. Siehe auch Ahmed 2020. – Jeune Afrique 2020d.

¹⁸³ Ahmed 2020.

¹⁸⁴ Ahmed 2020. Es heißt „certains acteurs locaux“, ohne weitere Erläuterung.

wie Gesundheit, Bildung, Wohnen und Arbeit einsetzen.“¹⁸⁵ Ob dies nur Rhetorik ist, nur das Spielen auf der antifranzösischen Welle, wie der Leiter des Sahel-Büros der ICG meint?¹⁸⁶ Wäre Iyad Ag Ghaly bereit, auf die Einführung der Scharia zu verzichten, die bisher als sein Grundprinzip galt? Oder ist seine Ankündigung eine Art Selbstverpflichtung als Vorwegnahme des Selbstverständnisses und der Aufgabe eines islamischen Staates? Jedenfalls stellen sich die Dschihadisten als Helfer einer Bevölkerung dar, die vom Staat bisher vernachlässigt wurde. Sind die Dschihadisten aber willens, diese Hilfestellung für die Bevölkerung konsequent und dauerhaft zu leisten, für alle Teile der Bevölkerung? Wäre ein islamischer Staat in der Lage, die Lebensbedingungen der Menschen signifikant zu verbessern? Ist es den Dschihadisten heute ernst mit der Wahrnehmung dieser eigentlich staatlichen Aufgaben, wenn sie gleichzeitig durch ihre Gewaltanwendung gegen Fremde und gegen die Vertreter des korrupten Staates töten und zerstören?

Damit stellt sich die Grundfrage, ob ein islamischer Staat in einem islamisch geprägten Land nicht eher in der Lage ist, die Grundbedürfnisse der Menschen neu zu definieren und zu befriedigen, weil er auf den

gemeinsamen kulturellen und religiösen Werten und einer langen Tradition der Bevölkerung aufbauen könnte. Ein sogenannter moderner demokratischer Staat und seine Grundelemente sind in ihrer Kultur und politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Erfahrung Fremdkörper. Mauretaniens, eine islamische Präsidialrepublik,¹⁸⁷ mag ein Vorbild in dieser Spekulation sein, auch wenn nicht klar ist, in welchem Ausmaß die Mehrheit der Bevölkerung Malis eine solche Umstrukturierung des eigenen als laizistisch definierten Staates akzeptieren könnte oder wollte.

Ergebnis

Aus dem wachsenden Einfluss der Dschihadisten und der Erfolglosigkeit sowie dem Ansehensverlust der ausländischen Militäreinheiten muss man den Schluss ziehen, dass militärische Interventionen allein den Krieg nicht beenden können. Darin sind sich alle Beteiligten und Beobachter einig.

187 Die Verfassung formuliert in Art. 1: „La Mauritanie est une république Islamique, indivisible, démocratique et sociale. La République assure à tous les citoyens sans distinction d'origine, de race, de sexe ou de condition sociale l'égalité devant la loi.“ Artikel 2 sagt: „Le peuple est la source de tout pouvoir. La souveraineté nationale appartient au peuple qui l'exerce par ses représentants élus et par la voie du référendum.“

185 Zitiert nach Maillard 2020b (eigene Übersetzung).

186 Maillard 2020b.

Eine staatspolitische Analyse dieser Entwicklung ergibt für den Staat Mali, dass er nicht in der Lage ist, die Grundbedürfnisse weiter Teile der Bevölkerung zu befriedigen: Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Entwicklung, Versorgung und politische Mitbestimmung.¹⁸⁸ Auch die militärische Hilfe anderer Staaten hat dieses Versagen des Staates nur noch offensichtlicher gemacht.

Als Lösung bietet sich Folgendes an: eine gute Regierungsführung mit Beendigung von Korruption und Rechtlosigkeit sowie/oder eine Änderung der Struktur und des Selbstverständnisses des Staates. Letzteres würde in Staat und Gesellschaft, die stark vom Islam geprägt sind, eine Stärkung der Rolle des Islam¹⁸⁹ und den Abschied vom „laizistischen Charakter“ des Staates erforderlich machen.

Eine solche neue Form wäre nicht gleichzusetzen mit einem „islamischen Gottesstaat“, wie er in Mossul und Raqqa aufgebaut worden ist. Auch eine „Islamische Republik“ oder eine „Islamische Präsidialrepublik“ wie im Nachbarland Mauretanien wäre denkbar. Es wäre eine Anpassung der eigenen gesellschaftlichen, kulturellen und poli-

¹⁸⁸ Ob man dafür die Bezeichnung „failed state“, „failing state“ oder „fragile state“ benutzt, ist ohne Bedeutung für die politische Wirklichkeit.

¹⁸⁹ Mahmoud Dicko und der HCIM haben wiederholt eine solche Reform gefordert.

tischen Werte und Erfahrungen der verschiedenen Völker und Gesellschaften in Mali an die veränderte, globalisierte Welt. Darin liegt durchaus die Chance einer selbstbestimmten Entwicklung, die so häufig von den afrikanischen Politikern gefordert wird.

Voraussetzung für eine grundlegende Reform des Staates wäre die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung, der religiösen Wortführer und der Eliten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft; die Anerkennung der Grundrechte, wie sie in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in der afrikanischen Menschenrechtscharta¹⁹⁰ festgelegt sind; eine Veränderung/Anpassung der Struktur und der Funktion des Weltmarktes und weiterhin die Hilfe des Auslandes.

Eine Umsetzung hängt in Mali und im Sahel auch davon ab, wie die dschihadistischen Gruppen darauf reagieren und wie sich ihre Attraktivität bei den Jungen verändert. Noch nimmt die Zahl der Kämpfer zu, weil der Kampf gegen die bestehende Ordnung für viele junge Men-

¹⁹⁰ African Charta of Human and Peoples' Rights, am 27.10.1986 von den afrikanischen Staatschefs unterzeichnet. Einzelheiten im Wikipedia-Artikel ‚African Charter on Human and Peoples' Rights': https://en.wikin Wpedia.org/wiki/African_Charter_on_Human_and_Peoples%27_Rights, zuletzt aufgerufen am 24.03.2021.

schen, für Benachteiligte, Marginalisierte und Machtlose attraktiv ist. Die Ziele der nationalen Armeen und der ausländischen Sicherheitskräfte bestehen in der Wiederherstellung der staatlichen Ordnung, das heißt: in der Stärkung des Staates und seiner Fähigkeit, Recht und Ordnung durchzusetzen. Genau dieses Ziel wollen diese jungen Menschen nicht verwirklicht sehen, weil ihre politische Erfahrung nur die Abwesenheit eines solchen Staates als gerechter Ordnungsmacht kennt. Sie erleben vor Ort die Korruption und die Unfähigkeit der Vertreter des Staates, Recht und Ordnung durchzusetzen und sozio-ökonomische Entwicklungen einzuleiten. Zudem bleiben ihre Gesellschaften der Tradition und der Autorität der Alten verhaftet.¹⁹¹ Sie selbst erfahren durch das Internet, wie andere Gesellschaften weltweit sich weiterentwickeln und allen Mitgliedern gleiche Rechte zuweisen. Diese Werte eines demokratischen Systems sehen sie in ihren eigenen formal demokratisch verfassten Staaten und in ihrem lokalen Lebensraum mit Füßen getreten. Mit

¹⁹¹ Ausführlich beschrieben von Gouichaoua 2016. Für die Entwicklung in der Mitte Malis, wo die FLM (Front de libération du Macina) unter Amadou Kouffa tätig ist. Bakary Sambé erklärt diesen Prozess so: „ils attisent ces conflits à dessein: cela provoque des interventions militaires étrangères, ce qui radicalise les populations et facilite leur recrutement (Marbot 2019).

anderen Worten: diese Benachteiligten wollen an den Entscheidungen in Dorf, Stadt und Land beteiligt sein; ihr Aufbegehren ist eine „revanche des cadets sociaux contre les aînés, une revanche des exclus de la terre et de l'emploi, des marginaux de l'État central“.¹⁹² Sie kämpfen gegen die überlieferten sozialen Werte und Strukturen. Dort, wo sie Macht übernommen haben, beruht diese nicht mehr auf „gerontokratischen Traditionen“, sondern auf den Kalaschnikows.¹⁹³

Aber die Machthaber in ihren Staaten kämpfen für die bestehende Ordnung und die Machtverhältnisse in Gesellschaft und Staat und werden dabei von den nationalen und internationalen Streitkräften unterstützt. Ihr formal demokratischer Staat kämpft mit militärischer Macht gegen die Werte, die sie selbst schätzen und die im Grunde demokratisch sind. Das ist ihre Erfahrungswelt.

So wird es ihnen auch von der ultrakonservativen Ideologie der

¹⁹² Galy 2020. Galy fügt hinzu, dieser Aufstand der Jüngeren wende sich gegen die gerontokratischen Traditionen ihrer Gesellschaft. Man kann mit Galy auch eine höhere Ebene nennen: die Aufstände seien auch eine Revanche der Peripherien und der Randregionen, letztlich eine „revanche des territoires“, was sich als gewaltsame Reaktion auf die Schaffung der modernen Staaten nach westlichem Vorbild Luft schaffe.

¹⁹³ Galy 2020.

islamistischen Bewegungen suggeriert.¹⁹⁴ Dieser theologische Ansatz baut auf den historischen Narrativen der Sufis aus dem 18. und 19. Jh. über ihren heiligen Krieg auf und legitimiert damit das eigene Bekenntnis zur Gewalt.¹⁹⁵ Das westliche demokratische Modell ist in diesem Denkmuster gottlos, illegitim und unfähig, Ordnung und Gerechtigkeit, die allein von Allah kommen, zu schaffen. Es muss mit Gewalt beseitigt werden. Die Erfahrung der Ungerechtigkeit und des Ausschlusses der Jungen in ihrem Staat und ihren erstarrten Gesellschaften wird von den Predigern und Kämpfern als Konsequenz des gottlosen, anti-islamischen westlichen Demokratiemodells gedeutet.

Was setzen diese Prediger im Sahel dagegen? Was sind ihre wirklichen Ziele? Ist der Kampf für einen islamischen Staat ihr zentrales Handlungsmotiv? Warum wird dies in ihren Äußerungen so wenig genannt, warum wird es nicht inhaltlich entfaltet, warum werden die Kampfstrategie und ihre einzelnen Etappen nicht erläutert, wie es etwa in der Kampfschrift „The Management of Savagery“ von Theoretikern wie Abu Bakr Naji geschieht? Ist dies der Kriegssituation vor Ort geschuldet, die für theoretische Zielerläu-

terungen wenig Zeit und Raum lässt oder verfolgen die Führer und Prediger der dschihadistischen Gruppen im Sahel eher praktische Anliegen, die an kriminelle Tätigkeiten wie Raub, Erpressung von Lösegeldern, Drogenhandel oder Schmuggel erinnern? Die Vertreter des Islamischen Staates, genauer des I.S.I.S., formulieren in ihrer wöchentlich erscheinenden Propagandaschrift Al-Naba ihre Ziele: Krieg gegen die Ungläubigen und Gottlosen, die Unterdrücker der Moslems, die „Crusaders“ in der westlichen Welt und in den Reihen der gottlosen Regime im Nahen Osten und in Afrika. Und sie rufen ihre Gefolgschaft dazu auf, in der Corona-Pandemie eine Strafe Gottes zu sehen und alle Kräfte für den heiligen Krieg einzusetzen.¹⁹⁶ Welchen Einfluss diese Publikation auf die Führer der dschihadistischen Gruppen im Sahel hat, ist allerdings nicht klar.

Vielleicht ist ja, wie Bakary Sambé meint, die Zeit des „jihadisme idéologique“ von Osama bin Laden vorbei und der „post-jihadisme“ hat seinen Platz eingenommen. Dieser sei ein Mix aus ideologischem Krieg und Banditentum, kombiniert mit Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen, „un mix entre le jihadisme

¹⁹⁴ Galy nennt die Prediger salafistisch, einer ultrakonservativen Strömung des Islam zugehörig.

¹⁹⁵ Kassim/Zenn 2017: 86–87.

¹⁹⁶ „ISIS has told it's membership that their globe-spanning war is to go on, even as the virus spreads.“ Al-Naba, 19.03.2020, zitiert nach ICG Commentary 2020b. Siehe auch Mondafrique 2020i.

idéologique [...] et le narcotrafic, le trafic d'armes et le grand banditisme.“¹⁹⁷ Es gehe den Terrorgruppen nicht mehr um großangelegte Operationen wie 2013, sondern darum zu warten, bis die Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen, etwa den Fulani und den Dogon, aufbrechen „et leur donner un vernis religieux“.¹⁹⁸ Heißt das auch, dass sie das Ziel islamischer Staat aufgegeben haben? Und: zu welchem Zweck sollen die lokalen oder regionalen Konflikte genutzt werden? Was ist das Ziel der Dschihadisten?

Es hat den Anschein, dass die Prediger die Lebensbedingungen der Jüngeren aufgreifen und deren Beschwerden zu einer abstrakten,

197 Bakary Sambé, in: Diallo 2020b. Aissatou Diallo stellt eine lange Liste von Tätigkeiten vor, mit denen sich diese Gruppen im Sahel finanzieren: Waffenhandel, Goldwäscherei, Entführungen und Lösegelderpressungen, Wegezölle für LKWs, Schmuggel von: Zigaretten, Treibstoff, Autos, Motorrädern, Medikamenten, Düngemittel, Sprengstoff, Drogen (Kokain, Cannabis), Sturmgewehren, Maschinengewehren, Raketenwerfern, Mörsern; Viehdiebstahl, Straßenüberfälle, Handel von Bodenschätzen: Gold, Zinn, Tantal und Wolfram, Abgaben auf Fisch und andere Nahrungsmittel, Kohle und Holz, Banküberfälle, Angriffe auf Militärbasen und Prostitution. Sie bemerkt dazu, offenbar hätten diese bewaffneten Gruppen weniger Probleme sich zu finanzieren als die Staaten der Region (Diallo 2019c).

198 Bakary Sambé, in: Marbot 2019.

religiös begründeten Zukunftsperspektive überhöhen, die als einzige Alternative erscheint. Sie verkünden ein sozial und religiös bestimmtes Ideal, für das es sich zu kämpfen lohne, einen gerechten Staat, in der Form eines Kalifates, aufgebaut auf dem Willen Allahs und allein fähig, Gerechtigkeit und Entwicklung für alle zu garantieren. Wer sich den Kämpfern anschließe, erfahre die Gemeinschaft von Gleichgesinnten, könne die armen Lebensbedingungen in den Dörfern verlassen und sich ein eigenes Einkommen als bezahlter Kämpfer verschaffen. Verglichen mit den Existenzbedingungen in ihren Dörfern kann eine solche Zukunftsperspektive in kurz- und langfristiger Sicht attraktiv erscheinen.¹⁹⁹

In der Geschichte Westafrikas sind Staatsbildungsprozesse auf der Basis islamischer Aufstände und Kämpfe häufig erfolgt, von Ibn Khaldun Ende des 15. Jh. beschrieben, im 18. und 19. Jh. durch die Gründung des Kalifates Sokoto durch Usman

199 Ob und in welchem Ausmaß die von den Predigern verkündeten religiösen Ziele des Kampfes oder auch die Aussicht auf das Paradies für die jungen Menschen zum Motiv ihres Anschlusses an die Kämpfergruppen werden, ist unbekannt, vielleicht sogar fraglich, wenn man die Aussagen nigerianischer Deserteure von Boko Haram hinzuzieht. Abba/Dano/Lawaly 2019 zitieren Aussagen von Deserteuren, die für sich jedes religiöse Interesse ausschlossen.

dan Fodio²⁰⁰ und des Diula-Reiches durch Samori Touré sowie des Fulani-Reiches Macina durch Seku Amadou.²⁰¹ Galy nennt diese Prozesse eine „Selbstbesinnung der Zentren durch die vom eroberungswilligen Islam getragenen Aufstände der Peripherien.“²⁰² Sie waren in der Tat eine Revanche der Vernachlässigten und der marginalisierten Gebiete und Gruppen, wie die Aktivitäten der islamischen Kämpfer heute.

Verbesserung der Lebensbedingungen und Islamischer Staat sind kein Gegensatz. Der Kampf gegen den Terror der Dschihadisten muss bei ersterem beginnen. Den betrof-

fenen Staaten dabei Hilfe zu leisten, wäre die Aufgabe fremder Interventionen, auch fremder Militärinterventionen.

Angesichts des Versagens der Sahelstaaten, der militärischen Erfolglosigkeit, der Unklarheit über die Ziele der Dschihadisten sowie der wachsenden Kritik vieler Afrikaner an den Militärinterventionen, drängt sich den westlichen Politikern, den Militärs, den Beobachtern und der Öffentlichkeit die Frage auf, weshalb die Truppen aus Europa überhaupt im Sahel kämpfen und welche Strategie sie verfolgen oder verfolgen sollen.²⁰³ Sollte man die afrikanischen Politiker nicht an ihre Eigenverantwortung erinnern und ihnen die Freiheit und die Verantwortung lassen, diese umzusetzen?

Kann Frankreich die eigene Versorgung mit Uran nicht ohne den Militäreinsatz sichern? Ist Uran auf dem Weltmarkt nur zu höheren Preisen verfügbar?

Erlaubt oder gebietet das politische Interesse Europas an der Stabilität des Sahel einen Militäreinsatz?²⁰⁴ Kann eine wirtschaftliche

200 Die Eroberung der Hausa-Städte und die Gründung des Kalifates Sokoto zeigt besonders deutlich, dass hier einfache Leute aus den unterdrückten Nomadenvölkern der Fulani unter einem religiösen Führer die nur nominell moslemischen Hausa-Herrscher gestürzt und ein religiös definiertes Reich auf der Basis der Normen des Islam geschaffen haben. Siehe Murray 1967.

201 In der Auseinandersetzung über die islamistischen Kämpfer des FLM (Front de Libération du Macina) wird darüber diskutiert, ob ihr Anführer, Amadou Kouffa, das alte Reich Macina, das als islamischer Gottesstaat, als „Dina“, organisiert war, wiedererstehen lassen will. Es gibt einige, allerdings wenige Äußerungen von Amadou Kouffa zu solchen Zielen. Le Roux 2019. - Zu Macina: Ba/Daget 1962: Seite. Und: Harding 2020: 101.

202 „Un ressourcement des centres par l'insurrection des périphéries, via un Islam conquérant.“ Galy 2020.

203 Eine Oxford Research Group. Breaking the cycle of violence spricht von einem „lack of a coherent strategy for international forces.“

204 Die Friedrich-Ebert-Stiftung nennt einen „Gewaltmarkt vor den Toren der EU“ und eine „strategische Priorität des Sahel für den Europäischen Rat.“ (Friedrich-Ebert-Stiftung 2020).

und politische Entwicklung der Regionen den jungen Menschen nicht einen Anreiz bieten, sich in ihren Heimatländern eine Zukunft aufzubauen?

Wäre ein islamischer Staat oder wären mehrere islamische Staaten im Sahel nicht eine Alternative?

Solche Gedanken wären leichter, wenn Al-Qaida und EIGS, wenn GSIM und Boko Haram ihren Einfluss weniger auf Terror aufbauten. Ist es aber nicht denkbar, dass dieser Terror sich primär gegen den Westen wendet und als einziger Weg gesehen wird, unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen eine Selbstbestimmung zu erreichen? Eine Antwort würde leichter fallen, wenn man die politischen Ziele dieser Gruppen genauer erkennen könnte, jenseits der Terror-Rhetorik.

So bleibt am Ende die beängstigende Frage nach der Zukunft Malis und des Sahel unbeantwortet. Die vorerst einzige Hoffnung stellen die angebotenen Gespräche dar. Ihr Resultat hängt von den Zielen und der Kompromissbereitschaft der Partner und der Bevölkerung ab.

Sollen die fremden Militäreinheiten abgezogen werden?

Welche Elemente im Selbstverständnis des jetzigen demokratisch-laizistischen Staates sind unverzichtbar? Wie soll der Staat in einer anzustrebenden Verfassungsreform strukturiert werden: bundesstaatlich oder zentralstaatlich?

Welche Rolle soll der Islam in Zukunft im Staat spielen? Ist eine Um-

formung des Staates in eine Islamische Republik denkbar?

Wie kann die Bevölkerung ihre Wünsche und Vorstellungen durchsetzen?

Welche Form der internationalen Hilfe wäre notwendig und von allen Partnern akzeptierbar?

Dieser Beitrag wurde am 24. Mai 2020 fertiggestellt und berücksichtigt darauf folgende Entwicklungen nicht.

Literaturverzeichnis

- Abba, Seidik/Dan Dano, Mahamadou Lawaly (2019): Voyage au cœur de Boko Haram. Enquête sur le jihad en Afrique subsaharienne, Editions L'Harmattan: Paris.
- Ahmed, Baba (2019): Au Mali, la multiplication des attaques renforce le sentiment anti-français, in: Jeune Afrique vom 24.10.2019, <https://www.jeuneafrique.com/846042/politique/au-mali-la-multiplication-des-attaques-renforce-le-sentiment-anti-francais/>, zuletzt aufgerufen am 15. März 2021.
- Ahmed, Baba (2020): Dialogue avec les jihadistes au Mali: IBK est-il prêt à céder aux exigences de Iyad Ag Ghaly?, in: Jeune Afrique vom 11.03.2020, <https://www.jeuneafrique.com/908543/politique/dialogue-avec-les-jihadistes-au-mali-ibk-est-il-pret-a-ceder-aux-exigences-de-iyad-ag-ghaly/>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Abdallah, Ahmedou Ould (2020): Sahel: le risque d'une guerre civile généralisé, in: Mondafrique vom 14.01.2020, <https://mondafrique.com/vers-une-guerre/>

- re-civile-generalisee-au-sahel/, zuletzt aufgerufen am 09.03.2021.
- Alexander, Heather (2017): Statelessness and the Crisis in Northern Mali: Looking Beyond “Islamic Extremism” as the Driver of Conflict, in: academia.edu 2017, https://www.academia.edu/34503087/Statelessness_and_the_Crisis_in_Northern_Mali, zuletzt aufgerufen am 28.06.2021
- Auswärtiges Amt (2020): EUCAP Sahel Mali, in Auswärtiges Amt vom 29.01.2020, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/aussenpolitik/-/249558>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Ba, Amadou Hampaté/Daget, Jacques (1962): L'Empire peul du Macina. I. (1818-1853), La Haye, Mouton: Paris. Ein zweiter Band ist nicht erschienen.
- Badie, Bertrand (2020): „Une France paternaliste inaudible en Afrique“, in: Mondafrique vom 19.02.2020, <https://mondafrique.com/bernard-badie-une-france-paternaliste-ne-peut-pas-etre-audible-en-afrique/>, zuletzt aufgerufen am 25.03.2021.
- Baig, Rachel (2013): Frankreichs Interessen in Mali, in: Deutsche Welle Online vom 17.01.2013, <https://www.dw.com/de/frankreichs-interessen-in-mali/a-16523727>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2021.
- Beau, Nicolas (2019): Série Mali (3), la France a perdu la bataille de l'opinion. in: Mondafrique vom 19.08.2019, <https://mondafrique.com/serie-mali-3-la-france-a-perdu-la-bataille-de-lopinion/>, zuletzt aufgerufen am 22.06.2021.
- Beau, Nicolas (2020a): Emmanuel Macron enterre l'idée de démocratie en Afrique, in: Mondafrique vom 18.01.2020, <https://mondafrique.com/afriquee-macron-enterre-enterre-l-idee-de-democratie/>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2021.
- Beau, Nicolas (2020b): Sahel, le grand pessimisme du chef des armées françaises, in: Mondafrique vom 30.01.2020, <https://mondafrique.com/sahel-le-pessimisme-du-chef-des-armees-francaises/>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2021.
- Beau, Nicolas (2020c): Comment devient-on jihadiste? Iyad Ag Ghali, l'íntouchable, in: Mondafrique vom 12.02.2020, <https://mondafrique.com/comment-devient-on-jihadiste-iyad-ag-ghali-lintouchable-24-2/>, zuletzt aufgerufen am 08.04.2021.
- Bensimon, Cyril (2018): Au Mali, l'influence du président du Haut Conseil islamique dépasse le cadre des mosquées, in: Le Monde vom 26.11.2018, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2018/12/26/au-mali-mahmoud-dicko-imam-et-vizir_5402362_3212.html, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Bensimon, Cyril (2020): Mali: L'Imam Mahmoud Dicko, faiseur et tombeur de rois, in: Maliactu.net vom 21.9.2020, zuletzt aufgerufen am 18.6.2021.
- Boilley, Pierre (2012): Les Touaregs Kel Adagh. Dépendances et révoltes: du Soudan français au Mali contemporain, Karthala: Paris.
- Bonàs, Rossend (2007–2013): Areva, Níger i l'urani.doc, in: Academia.edu, Informationen zum Thema Areva, Níger, Uran aus den Jahren 2007–2013, https://www.academia.edu/35676753/Areva_N%C3%ADger_i_lurani_doc, zuletzt aufgerufen am 12.03.2021.
- Bouhleb-Hardy, Ferdaous/Guichaoua, Yvan/Tamboura, Abdoulaye (2008): Tuareg Crises in Niger and Mali, in: ifri Sub-Saharan Africa Program vom Januar 2008, <https://www.ifri.org/sites/>

- default/files/atoms/files/Sem_Tua-regrises_EN.pdf, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- Boukhris, Aza (2020): Tchad, Idriss Déby se retire des opérations militaires extérieures, in: Mondafrique vom 11.04.2020, <https://mondafrique.com/tchad-idriss-deby-se-retire-des-operations-militaires-exterieures/>, zuletzt aufgerufen am 24.03.2021.
- Brown, Will (2020): Mali left shaken as dozens of soldiers killed in jihadist ambush, in: The Telegraph vom 16.06.2020, <https://www.telegraph.co.uk/news/2020/06/16/mali-left-shaken-dozens-soldiers-killed-jihadist-ambush/>, zuletzt aufgerufen am 22.06.2021.
- Brüne, Stefan (2005): Der « Tuareg-Konflikt ». Friedenskonsolidierung durch Entwicklungszusammenarbeit, in: Engel, Ulf/Jacobeit, Cord/Mehler, Andreas/Schubert, Gunter (Hgg.) (2005), in: Navigieren in der Weltgesellschaft: Festschrift für Rainer Tetzlaff, LIT Verlag: Münster.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2009): Förderung von Good Governance in der deutschen Entwicklungspolitik, BMZ Konzepte 172, <http://docplayer.org/21601-Bmz-konzepte-172-foerderung-von-good-governance-in-der-deutschen-entwicklungspolitik.html>, zuletzt aufgerufen am 22.06.2021.
- Bundespolizei (2016): Leitlinien für den Einsatz deutscher Polizeibeamtinnen und -beamter im Rahmen internationaler Friedensmissionen, in: Bundespolizei vom 02.12.2016, https://www.bundespolizei.de/Web/DE/03Unse-re-Aufgaben/04Internationale-Aufgaben/leitlinien_int_friedensmissionen.pdf;jsessionid=D03DA11C2E80F-9B531D89E0EFBEB3163.2_cid324?__blob=publicationFile&v=6, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Bundeswehr (2020): Die Bundeswehr in Mali – MINUSMA, in: Bundeswehr, <https://www.bundeswehr.de/de/ein-saetze-bundeswehr/minusma-bundeswehr-und-einsatz-mali>, zuletzt aufgerufen am 16.06.2021.
- Buro, Andreas/Ronnefeldt, Clemens (2013): Dossier VI: Der Mali Konflikt oder: Der Kampf um die Kontrolle von Nord- und Westafrika, Kooperation für den Frieden: Bonn.
- Châtelot, Christophe (2020): „Ce qui est en jeu au Sahel est la capacité des États à recoudre le tissu social.“ L'économiste Gilles Olakounlé Yabi rappelle que la réponse sécuritaire au djihadisme et aux violences communautaires ne peut suffire à ramener la paix, in: Le Monde vom 10.02.2020, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/02/10/ce-qui-est-en-jeu-au-sahel-est-la-capacite-des-etats-a-recoudre-le-tissu-social_6029108_3212.html, zuletzt aufgerufen am 25.03.2021.
- Cissé, Oumou (2019): L'Imam Mahmoud Dicko tire à boulet rouge sur les hommes politiques: « Quand le politique échoue, il instrumentalise tout. Il devient semblable à un homme qui, quand il se noie, cherche à attraper tout ce qu'on lui tend », in: Le Démocrate, zitiert von maliweb.net vom 06.03.2019, <https://www.maliweb.net/societe/limam-mahmoud-dicko-tire-a-boulet-rouge-sur-les-hommes-politiques-quand-le-politique-echoue-il-instrumentalise-tout-il-devient-semblable-a-un-homme-qui-quand-il-se-noie-cherche-a-2806897.html>, zuletzt aufgerufen am 08.04.2021.

- Clément-Bollée, Bruno (2020): G5 Sahel, le sommet de Pau est anachronique. Interview mit Caroline Roussy, in: Mondafrique vom 13.01.2020, <https://mondafrique.com/g5-sahel-le-sommet-de-pau-est-anachronique/>, zuletzt aufgerufen am 08.04.2021.
- Counter Extremism Project (2020): <https://www.counterextremism.com/german>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- d'Herbès, Pierre (2020): Sahel: Barkhane, ses résultats opérationnels et ses nouveaux défis, in: Jeune Afrique vom 10.01.2020, <https://www.jeuneafrique.com/879742/politique/tribune-sahel-barkhane-ses-resultats-operationnels-et-ses-nouveaux-defis/>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2021.
- Deutscher Bundestag (2013a): Drucksache 17/12367, Antrag der Bundesregierung Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der EUgeführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali auf Grundlage des Ersuchens der Regierung von Mali sowie der Beschlüsse 2013/34/GASP des Rates der Europäischen Union (EU) vom 17.01.2013 und vom 18.02.2013 in Verbindung mit den Resolutionen 2071 (2012) und 2085 (2012) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, in: Deutscher Bundestag, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/123/1712367.pdf>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Deutscher Bundestag (2013b): Drucksache 17/12368, Antrag der Bundesregierung Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission in Mali unter afrikanischer Führung (AFISMA) auf Grundlage der Resolution 2085 (2012) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, in: Deutscher Bundestag, <https://dserver.bundestag.de/btd/17/123/1712368.pdf>, zuletzt aufgerufen am 28.06.2021.
- Deutscher Bundestag (2019): Bundestag verlängert Mali-Einsatz der Bundeswehr, Bundeswehreinsatz in Mali (MINUSMA), in: Deutscher Bundestag vom 09.05.2019, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw19-de-bundeswehr-mali-minusma-635430>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Devon, Douglas-Bowers (2013): Rebellion, Resources and Refugees: The Conflict in Mali, in: Academia.edu, https://www.academia.edu/2766140/Rebels_Resources_and_Refugees_The_Conflict_In_Mali, zuletzt aufgerufen am 12.03.2021.
- Dewast, Louise (2020): How West Africa is Under Threat from Islamist Militants, in: BBC News, vom 13.01.2020, <https://www.bbc.com/news/world-africa-51061229>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2021.
- Diallo, Aissatou (2019a): Mali – Mahmoud Dicko: „La démocratie représentative qu'on nous impose ne fonctionne pas chez nous“, in: Jeune Afrique vom 22.03.2019, <https://www.jeuneafrique.com/mag/749997/societe/mali-mahmoud-dicko-la-democratie-representative-quon-nous-impose-ne-fonctionne-pas-chez-nous/>, zuletzt aufgerufen am 15.03.2021.
- Diallo, Aissatou (2019b): Mali: expulsion du Français Christophe Sivillon, chef du bureau de la Minusma à Kidal, in: Jeune Afrique vom 10.12.2019, <https://www.jeuneafrique.com/868300/politique/mali-expulsion-du-francais-christophe-sivillon-chef-du-bureau-de-la-minusma-a-kidal>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Diallo, Aissatou (2019c): Trafic d'armes, orpaillage, braconnage ... Cartographie

- du financement des groupes armés, in: Jeune Afrique vom 19.12.2019, <https://www.jeuneafrique.com/mag/869518/politique/trafic-darmes-orpaillage-braconnage-cartographie-du-financement-des-groupes-armes/>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Diallo, Aissatou (2020a): Bakary Sambé: „Le dialogue avec les jihadistes maliens risque d’être contre-productif“, in: Jeune Afrique vom 27.02.2020, <https://www.jeuneafrique.com/901001/politique/bakary-sambe-le-dialogue-avec-les-jihadistes-maliens-risque-detre-contre-productif/>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Diallo, Aissatou (2020b): Les propos de l’ambassadeur du Mali en France provoquent un incident diplomatique, in: Jeune Afrique vom 28.02.2020, <https://www.jeuneafrique.com/903344/politique/les-propos-de-lambassadeur-du-mali-en-france-provoquent-un-incident-diplomatique/>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Diallo, Aissatou (2020c): Contrats d’armement surfacturés au Mali: des proches d’IBK dans le viseur de la justice, in: Jeune Afrique vom 02.04.2020, <https://www.jeuneafrique.com/919889/societe/contrats-darmement-surfactures-au-mali-des-proches-dibk-dans-loeil-du-cyclone/>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Diallo, Aissatou/Ahmed, Baba (2019): Au Mali, l’influence grandissante des leaders religieux, in: Jeune Afrique vom 22.03.2019, <https://www.jeuneafrique.com/mag/750008/societe/au-mali-linfluence-grandissante-des-leaders-religieux-musulmans/>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Diallo, Aissatou/Roger, Benjamin (2019a): Afrique-France, le grand malentendu: enquête sur le sentiment anti-français, in: Jeune Afrique vom 03.12.2019, <https://www.jeuneafrique.com/dossiers/afrique-france-le-grand-malentendu-retour-sur-le-sentiment-anti-francais/>, zuletzt aufgerufen am 15.03.2021.
- Diallo, Aissatou/Roger, Benjamin (2019b): Emmanuel Macron veut ‚clarifier‘ la situation sur Barkhane, et provoque la polémique au Mali et au Burkina, in: Jeune Afrique vom 05.12.2019. <https://www.jeuneafrique.com/866369/politique/emmanuel-macron-veut-clarifier-la-situation-sur-barkhane-et-provoque-la-polemique-au-mali-et-au-burkina/>, zuletzt aufgerufen am 15.03.2021.
- Douce, Sophie/Lorgerie, Paul (2020): G5 Sahel: le sommet de Pau n’a pas fait taire les critiques au Burkina et au Mali, in: Le Monde vom 14.01.2020, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/01/14/sahel-le-sommet-de-pau-n-a-pas-fait-taire-les-critiques-au-burkina-et-au-mali_6025849_3212.html, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Elischer, Sebastian (2013): After Mali Comes Niger. West Africa’s Problems Migrate East, in: Foreign Affairs vom 12.02.2013, <https://www.foreignaffairs.com/articles/mali/2013-02-12/after-mali-comes-niger>, zuletzt aufgerufen am 12.03.2021.
- Elysée (2020a): Déclaration conjointe des chefs d’État, in: Elysée vom 13.01.2020, <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/01/13/sommet-de-pau-declaration-conjointe-des-chefs-detat>, zuletzt aufgerufen am 15.03.2021.
- Elysée (2020b): G5 Sahel: conférence de presse des Chefs d’État à l’issue du Sommet de Pau, in: Elysée vom 13.01.2020, <https://www.elysee.fr/>

- emmanuel-macron/2020/01/13/sommet-de-pau-declaration-conjointe-des-chefs-detat, zuletzt aufgerufen am 15.03.2021.
- English, Charlie (2018): *The Book Smugglers of Timbuktu. The Quest for this Storied City and the Race to Save its Treasures*, Harper Collins: London.
- European Council/Council of the European Union (2019): EUCAP Sahel Mali: Mission Extended until 14 January 2021, €67 Million Budget Adopted, in: EC vom 21.02.2019, <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2019/02/21/eucap-sahel-mali-mission-extended-until-14-january-2021-budget-of-67-million-adopted/>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Filippov, Vasily (2012): *Military Coup in Mali: Reasons and Consequences*, in: Academia.edu, https://www.academia.edu/22838792/Military_coup_in_Mali_reasons_and_consequences, zuletzt aufgerufen am 12.03.2021.
- Flichy, Thomas (2013): *Opération Serval au Mali. L'Intervention française décryptée*, Lavauzelle: Paris.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2019): *Mali – Mètre. Enquête d'opinion. Que pensent les Maliens(ne)s ?*, N° 10, 13 au 27 octobre 2018, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/mali/10100/2018-10.pdf>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2020): *Die Sahelzone: ein Gewaltmarkt vor den Toren der Europäischen Union*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung vom 20.02.2020, <https://www.fes.de/referat-afrika/neugigkeiten-referat-afrika/die-sahelzone-ein-gewaltmarkt-vor-den-toren-der-europaeischen-union>, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- G5 Sahel (2017): *Declaration finale du Sommet de Bamako du 2/juillet 2017*, <https://www.g5sahel.org/declaration-finale-du-sommet-de-bamako-du-2-juillet-2017/>, zuletzt aufgerufen am 18.06.2021.
- G5 Sahel (2018): *Secrétariat permanent du G5 Sahel, Mot du Secrétaire permanent Mr Maman S. Sidikou* in: G5 Sahel vom 13.03.2018, <https://www.g5sahel.org/documentations/discours/1287-mot-du-secretaire-permanent-sidikou>, zuletzt aufgerufen am 16.06.2021.
- G5 Sahel (2020): *Secrétariat Permanent du G5 Sahel. 2020*, <https://www.g5sahel.org/qui-sommes-nous/le-g5-sahel>, zuletzt aufgerufen 18.6.2021.
- Galy, Michel (2020): *Les djihadistes possèdent un vrai projet!*, in: Mondafrique vom 27.01.2020, <https://mondafrique.com/les-djihadistes-possedent-un-vrai-projet/>, zuletzt aufgerufen am 25.03.2021.
- Gebauer, Matthias/Hengs, Björn (2013): *Militäreinsatz in Westafrika: Was Frankreich wirklich will*, in: Spiegel-Online vom 16.01.2013, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/mali-frankreich-kaempft-gegen-islamisten-und-um-bodenschaetze-a-877679.html>, zuletzt aufgerufen am 17.03.2021.
- Ghoxho, Delina/Karlshoj-Pedersen, Megan/Watson, Abigail (2020): *European Military Presence in the Sahel: Searching for Purpose*, in: voxeurop am 06.02.2020, <https://voxeurop.eu/en/searching-for-purpose/>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Goodfriend, Rachel (2013): *Regional Conflicts, Global Reactions: The UN Peacekeeping Mission in Mali*, in: Academia Edu vom 13.05.2013, https://www.academia.edu/12213339/Regional_Con

- flicts_Global_Reactions_The_UN_peacekeeping_mission_in_Mali, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- Graham IV, Franklin Charles (2011): Abductions and Killings in the Sahel and Sahara, in: *Review of African Political Economy* 38, S. 587–604.
- Grégor, Isabelle (2017): Tombouctou. La Ville des 333 Saints, in: *Hérodote.net* vom 08.02.2017, https://www.herodote.net/La_ville_aux_333_saints_-synthese-1744-411.php, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- Guibert, Nathalie (2020a): Au Sahel, le nouveau visage de « Barkhane », in: *Le Monde* vom 14.01.2020, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/01/13/au-sahel-le-nouveau-visage-de-l-operation-barkhane_6025672_3212.html, zuletzt aufgerufen am 15.03.2021.
- Guibert, Nathalie (2020b): Sahel: le général Lecointre précise le plan d'action français, in: *Le Monde* vom 22.01.2020, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/01/22/sahel-le-general-lecointre-precise-le-plan-d-action-francais_6026860_3212.html, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Guichaoua, Yvan/Dougoukolo, Alpha Oumar Ba-Konaré (2016): Djihad, révolte et auto-défense au centre du Mali, in: *Le Monde* vom 14.10.2016, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2016/10/14/djihad-revolte-et-auto-defense-au-centre-du-mali_5013649_3212.html, zuletzt aufgerufen am 17.03.2021.
- Harding, Leonhard (2020): MALI – Rebellion, Terror, Heiliger Krieg oder Kampf um bessere Lebensbedingungen, LIT Verlag: Münster.
- Harmon, Stephen A. (2014): *Terror and Insurgency in the Sahara-Sahel Region*, Ashgate: Farnham.
- Human Rights Watch (2020): „How Much More Blood Must Be Spilled?“ Atrocities against civilians in Central Mali, 2019, in: Human Rights Watch, https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/mali0220_web.pdf, zuletzt aufgerufen am 14.04.2021.
- Hunwick, John O./ Boye, Alida Jay (2008): *The Hidden Treasures of Timbuktu: Historic City of Islamic Africa: Rediscovering Africa's Literary Culture*, Thames & Hudson: London.
- International Crisis Group (2012): Mali: éviter l'escalade. Rapport Afrique 189, in: ICG vom 18.07.2012, <https://www.crisisgroup.org/fr/afrique/west-afrique/mali/mali-avoiding-escalation>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- International Crisis Group (2013): Mali: Sécuriser, dialoguer, réformer en profondeur, Rapport Afrique 201, in: ICG vom 11.04.2013, <https://d2071andvip-0wj.cloudfront.net/mali-security-dialogue-and-meaningful-reform-french.pdf>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2021.
- International Crisis Group (2020a): Burkina Faso: sortir de la spirale des violences, Report Africa, No. 287, in: ICG vom 24.02.2020, <https://www.crisisgroup.org/afrique/sahel/burkina-faso/287-burkina-faso-sortir-de-la-spirale-des-violences>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- International Crisis Group (2020b): Commentary, Contending with ISIS in the Time of Coronavirus, The Covid-19 Pandemic and Deadly Conflict in: ICG vom 31.03.2020, <https://www.crisisgroup.org/global/contending-isis-time-coronavirus>, zuletzt aufgerufen am 08.04.2021.
- Jeune Afrique (2019): G5 Sahel: Emmanuel Macron agace ses pairs ouest-africains, in: *Jeune Afrique* vom 16.12.2019, <https://www.jeuneafrique.com/mag/869555/politique/g5-sahel-emmanuel-macron-agace-ses-pairs-ou>

- est-africains/, zuletzt aufgerufen am 09.03.2021.
- Jeune Afrique (2020a): Niger: heurts en marge d'une manifestation contre la présence des bases étrangères dans le pays, in: Jeune Afrique vom 18.01.2021, <https://www.jeuneafrique.com/883251/politique/niger-heurts-en-marge-dune-manifestation-contre-la-presence-des-bases-etrangees-dans-le-pays/>, zuletzt aufgerufen am 17.03.2021.
- Jeune Afrique (2020b): Sahel: La France envoie 600 soldats supplémentaires pour renforcer l'opération Barkhan, in: Jeune Afrique vom 02.02.2020, <https://www.jeuneafrique.com/890333/politique/sahel-la-france-envoie-600-soldats-supplementaires-pour-renforcer-loperation-barkhane/>, zuletzt aufgerufen am 15.03.2021.
- Jeune Afrique (2020c): Mali: Boubou Cissé en visite à Kidal, trois semaines après le retour de l'armée, in: Jeune Afrique vom 05.03.2021, <https://www.jeuneafrique.com/906108/politique/mali-boubou-cisse-en-visite-a-kidal-trois-semaines-apres-le-retour-de-larmee/>, zuletzt aufgerufen am 17.03.2021.
- Jeune Afrique (2020d): Mali: le groupe de Iyad Ag Ghaly prêt à négocier avec Bamako à condition que la France et l'ONU s'en aillent, in: Jeune Afrique vom 09.03.2020, <https://www.jeuneafrique.com/908031/politique/mali-iyad-ag-ghaly-pret-a-negocier-avec-bamako-a-condition-que-la-france-et-lonu-sen-aillent/>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Jeune Afrique (2020e): Mali: qui négocie la libération de Soumaila Cissé?, in: Jeune Afrique vom 28.03.2020, <https://www.jeuneafrique.com/917813/politique/mali-qui-negocie-la-liberation-de-soumaila-cisse/>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Jurekovic, Predrag/Feichtinger, Walter (Hgg.) (2019): Erfolg oder Misserfolg von internationalen Interventionen. Innovative Messmethoden und Fallstudien, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie: Wien.
- Kaever, Oliver (2014): Spielfilm „Timbuktu“, Die Schrecken der Scharia, in: Spiegel Online vom 08.12.2014, <https://www.spiegel.de/kultur/kino/timbuktu-kritik-die-schrecken-der-scharia-in-mali-a-1006659.html>, zuletzt aufgerufen am 06.04.2021.
- Kassim, Abdulbasit/Zenn, Jacob (2017): Justifying War: The Salafi-Jihadi Appropriation of Sufi Jihad in the Sahel-Sahara, in: Current Trends in Islamist Ideology 21, S. 86–114.
- Keita, Mohamed/Dao, Sidi (2020): Situation sécuritaire au nord et au centre: l'hécatombe se poursuit, in: Maliactu.info vom 28.02.2020, <https://maliactu.info/crise-malienne/situation-securitaire-au-nord-et-au-centre-lhecatombe-se-poursuit>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Klute, Georg (2011): From Friends to Enemies: Negotiating Nationalism, Tribal Identities, and Kinship in the Fratricidal War of the Malian Tuareg, in: L'Année du Maghreb, VII. 2011, S. 163–175, <https://journals.openedition.org/anneemaghreb/1191>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- Klute, Georg (2012): Post-Gaddafi Repercussions, Global Islam or Local Logics?, in: Anthropological perspectives on the recent events in Northern Mali, Basel Papers on Political Transformations, Caliphate: London.
- Koba, Badou S. (2020): Mali: La difficile mise en place d'une République laïque, in: maliweb.net vom 03.04.2020, ht-

- [tps://www.maliweb.net/societe/mali-la-difficile-mise-en-place-dune-republique-laique-2865839.html](https://www.maliweb.net/societe/mali-la-difficile-mise-en-place-dune-republique-laique-2865839.html), zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Lecoq, Baz/Mann, Gregory/Whitehouse, Bruce/Badi, Dida/Peckmans, Lotte/Belalimat, Nadia/Hall, Bruce/Lacher, Wolfram (2013): One Hippopotamus and Eight Blind Analysts: A Multivocal Analysis of the 2012 Political Crisis in the Divided Republic of Mali, Extended Editors Cut, in: tandfonline vom 09.06.2013, https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/03056244.2013.799063?casa_token=nbJ4GdmngvoAAAAA:-8ve-ms7J3iSBU_zghPaMYHmyeOy-gaqbuHDPoX-p6NnY-5R9qNRBM-Ql9tB8qxcAsOZ1tnb2S1Fx45, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- Le Monde (2019): Le combat de la France au Sahel „relève du temps long“, estime Florence Parly, in: Le Monde vom 01.12.2019, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2019/12/01/pour-florence-parly-le-combat-de-la-france-au-sahel-releve-du-temps-long_6021213_3212.html, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- Le Monde (2020a): La France va déployer 600 soldats supplémentaires au Sahel, in: Le Monde vom 02.02.2020, https://www.lemonde.fr/international/article/2020/02/02/la-france-va-deployer-600-soldats-supplementaires-au-sahel_6028132_3210.html, zuletzt aufgerufen am 15.03.2020.
- Le Monde (2020b): Quelque 120 terroristes „neutralisés“ au cours d'une opération au Niger, in: Le Monde vom 22.02.2020, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/02/22/quelque-120-terroristes-neutralises-au-cours-d-une-operation-au-niger_6030426_3212.html, zuletzt aufgerufen am 15.03.2021.
- Le Monde (2020c): L'Union africaine compte déployer 3.000 soldats au Sahel, in: Le Monde vom 27.02.2020, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/02/27/l-union-africaine-compte-deployer-3-000-soldats-au-sahel_6031074_3212.html, zuletzt aufgerufen am 15.03.2021.
- Le Monde (2020d): Au Mali, six soldats tués à Mondoro, attaquée pour la troisième fois en six mois, in: Le Monde vom 03.03.2020, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/03/03/au-mali-six-soldats-tues-a-mondoro-attaquee-pour-la-troisieme-fois-en-six-mois_6031627_3212.html, zuletzt aufgerufen am 15.03.2021.
- Le Roux, Pauline (2019): Confronting Central Mali's Extremist Threat, in: Africa Center for Strategic Studies vom 22.02.2019, <https://africacenter.org/spotlight/confronting-central-malis-extremist-threat/>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Maillard, Matteo (2020a): Paris s'indigne des propos de l'ambassadeur malien contre les soldats français, in: Le Monde vom 26.02.2020, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/02/27/paris-s-indigne-des-propos-de-l-ambassadeur-malien-contre-les-soldats-francais_6031083_3212.html, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Maillard, Matteo (2020b): Au Mali, un groupe djihadiste accepte de négocier à condition que l'armée française s'en aille, in: Le Monde vom 10.03.2020, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/03/10/au-mali-un-groupe-djihadiste-accepte-de-negocier-a-condition-que-l-armee-francaise-s-en-aille_6032496_3212.html, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.

- Mali Demain (2012): Irrédentisme Tuareg au Mali vom 19.5.2012, in: <https://www.maliweb.net/insecurite/irredentisme-touareg-au-mali-67502.html>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2021.
- Marbot, Olivier (2019): Bakary Sambé: « Les jihadistes attisent les conflits intercommunautaires », in: Jeune Afrique vom 20.05.2019, <https://www.jeuneafrique.com/mag/776661/politique/bakary-sambe-les-jihadistes-attisent-les-conflits-intercommunautaires/>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Ministère des Armées 2013: Présentation de l'opération, in: Ministère des Armées vom 25.10.2013, <https://www.defense.gouv.fr/operations/missions-achevees/operation-serval-2013-2014/dossier/presentation-de-l-operation>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- Ministère des Armées (2014): Serval: Point de situation, in: Ministère des Armées vom 17.04.2014, <https://www.defense.gouv.fr/actualites/operations/serval-point-de-situation-du-17-juillet-2014>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- Ministère des Armées (2019): Dossier de Presse, Opération Barkhane, in: Ministère des Armées vom 19.11.2019, <https://www.defense.gouv.fr/operations/afrique/bande-sahelo-saharienne/barkhane/dossier-de-reference/operation-barkhane>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- MNLA (2013): Communiqué du MNLA sur l'offensive de l'armée malienne, Eigene Übersetzung, in: malijet.com vom 05.06.2013, <http://malijet.com/communiques-de-presse/73387-communique-du-mnla-sur-l-offensive-de-l-armee-malienne.html>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Mondafrique (2019a): Mali, une hostilité grandissante contre la France, <https://mondafrique.com/mali-une-population-hostile-a-la-france/>, in: Mondafrique vom 27.11.2019, zuletzt aufgerufen am 15.06.2021.
- Mondafrique (2019b): Sahel, „France go home“. in: Mondafrique vom 12.12.2019, zuletzt aufgerufen am 18.6.2021.
- Mondafrique (2020a): Interview mit Caroline Roussy, G5 Sahel, le sommet de Pau est anachronique, in: Mondafrique vom 13.01.2020, <https://mondafrique.com/g5-sahel-le-sommet-de-pau-est-anachronique/>, zuletzt aufgerufen am 22.03.2021.
- Mondafrique (2020b): Burkina Faso, une détresse humanitaire dramatique, in: Mondafrique vom 29.01.2020, <https://mondafrique.com/burkina-faso-une-detresse-humanitaire-dramatique/>, zuletzt aufgerufen am 22.03.2021.
- Mondafrique (2020c): L'exception mauritane dans la lutte contre le djihadisme, in: Mondafrique vom 25.02.2020, <https://mondafrique.com/la-mauritanie-prend-la-presidence-du-g5/>, zuletzt aufgerufen am 25.03.2021.
- Mondafrique (2020d): Mali, les guerres fratricides des groupes djihadistes, <https://mondafrique.com/mali-les-guerres-fratricides-des-groupes-djihadistes/>, zuletzt aufgerufen am 25.03.2021.
- Mondafrique (2020e): Moussa Mara, enfin un projet alternatif pour le Mali, in: Mondafrique vom 06.03.2020, <https://mondafrique.com/moussa-mara-enfin-un-projet-alternatif-pour-le-mali/>, zuletzt aufgerufen am 22.03.2021.
- Mondafrique (2020f): Sahel, l'optimisme prématuré de l'armée française, in: Mondafrique vom 17.03.2020, <https://>

- mondafrique.com/sahel-loptimisme-illusoire-de-larmee-francaise/, zuletzt aufgerufen am 22.03.2021.
- Mondafrique (2020g): Tchad, une centaine de militaires tués par Boko Haram, in: Mondafrique vom 25.03.2020, <https://mondafrique.com/tchad-une-centaine-de-militaires-tues-par-boko-haram/>, zuletzt aufgerufen am 22.03.2021.
- Mondafrique (2020h): Best of Mali (6), des législatives minées par la disparition de Soumaila Cissé, in: mondafrique vom 06.08.2020, zuletzt aufgerufen am 18.06.2021.
- Mondafrique (2020i): Le Jihad, la meilleure antidote contre le virus, in: Mondafrique vom 12.04.2020, <https://mondafrique.com/le-jihad-la-meilleure-antidote-contre-le-virus/>, zuletzt aufgerufen am 22.03.2021.
- Mondafrique (2020j): Mali, l'armée malienne impuissante face aux massacres, in: Mondafrique vom 05.08.2020, <https://mondafrique.com/mali-larmee-malienne-impuissante-face-aux-massacres/>, zuletzt aufgerufen am 22.03.2021.
- Müller, Gerd/Ischinger, Wolfgang (2020): Münchner Sicherheitskonferenz: Entwicklung und Sicherheit gehören zusammen, in: FAZ.NET vom 14.02.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/sicherheitskonferenz/muenchner-sicherheitskonferenz-gastbeitrag-von-gerd-mueller-und-wolfgang-ischinger-16632571.html>, zuletzt aufgerufen am 22.03.2021.
- Murray, Last (1967): The Sokoto Caliphate (Ibadan history series), Humanities Press: London.
- Nadawa, Liman (2019): Sahel: Against Foreign Troops?, in: Centre 4s vom 05.12.2019, <https://www.newcentre4s.org/EN/2019/11/05/sahel-against-foreign-troops/>, zuletzt aufgerufen am 12.03.2021.
- Naji, Abu Bakr (2006): The Management of Savagery: The Most Critical Stage Through Which the Umma Will Pass. Translated by William McCants. Institute for Strategic Studies, Harvard University: Cambridge/MA.
- Olivier, Mathieu (2020): L'armée nigérienne au coeur d'un scandale sur des soupçons de surfacturation et de détournements in: Jeune Afrique vom 02.03.2020, <https://www.jeuneafrique.com/904393/politique/larmee-nigerienne-au-coeur-d-un-scandale/>, zuletzt aufgerufen am 17.6.2021.
- Pérouse de Montclos, Marc-Antoine (2018): L'Afrique, nouvelle frontière du djihad? La Découverte: Paris.
- Republique du Mali (2011): LOI N°2011 – 087, du 30 Décembre 2011. Code des personnes et de la famille, in: jafbase.fr, http://www.jafbase.fr/docAfrique/Mali/Code_des_Personnes_et_de_la_Famille%20nouveau.pdf, zuletzt aufgerufen am 08.04.2021.
- Roger, Benjamin (2019): „À bas la France!“: enquête sur le sentiment anti-français en Afrique, in: Jeune Afrique vom 03.12.2019, <https://www.jeuneafrique.com/mag/863817/politique/a-bas-la-france-enquete-sur-le-sentiment-anti-francais-en-afrique/>, zuletzt aufgerufen am 12.03.2021.
- Roger, Benjamin (2020a): Dialogue avec les jihadistes au Mali, in: Jeune Afrique vom 17.02.2020, <https://www.jeuneafrique.com/mag/896705/politique/dialogue-avec-les-jihadistes-au-mali-ce-quil-faut-savoir-sur-dioncounda-traore-haut-representant-dibk/>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- Roger, Benjamin (2020b): Au Mali, Ibrahim Boubacar Keita prêt au dialogue avec les jihadistes, au risque de négocier

- avec le diable, in: Jeune Afrique vom 25.02.2020, <https://www.jeuneafrique.com/mag/900111/politique/negotiation-avec-le-diable-au-mali-quand-ibk-se-dit-pret-a-ouvrir-le-dialogue-avec-les-jihadistes/>, zuletzt aufgerufen am 07.04.2021.
- Roussy, Caroline (2020): G5 Sahel, le sommet de Pau est anachronique, in: Mondafrique vom 13.01.2020, <https://mondafrique.com/g5-sahel-le-sommet-de-pau-est-anachronique/>, zuletzt aufgerufen am 31.03.2021.
- Sadaqi, Dunja (2020): Strategiewechsel im Anti-Terror-Kampf, in: Deutschlandfunk vom 07.03.2020, https://www.deutschlandfunk.de/dlf-audio-archiv.2386.de.html?drau:broadcast_id=111&drau:group=2&drau:page=11, zuletzt aufgerufen am 16.03.2021.
- Scheen, Thomas/Wiegel, Michaela (2013): Mali, Im Krieg, in: FAZ.net vom 17.02.2013, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/mali-im-krieg-12082900.html>, zuletzt aufgerufen am 31.03.2021.
- Seifert, Dirk (2013): Krieg um Uran? Mali, Niger und der Uranabbau für Atomkraftwerke, in: www.umweltfaerandern.de vom 14.01.2013, <https://umweltfaerandern.de/2013/01/krieg-um-uran-mali-niger-und-der-uran-abbau-fuer-atomkraftwerke/>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2021.
- Shuriye, Abdi. O./Ibrahim, Dauda Sh. (2013): The Role of Islam and Natural Resources in Current Mali Political Turmoil, in: Mediterranean Journal of Social Sciences Vol. 4, No. 6, 1 July 2013, S. 507–513.
- Slate Afrique (2019): MALI: Mahmoud Dicko, l'imame qui ne cache pas son influence, in: SlateAfrique vom 10.02.2019, <http://www.slateafrique.com/932547/mali-mahmoud-dicko-limam-qui-ne-cache-pas-son-influence>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Steindal, Marius (2014): Friends or Foes? MNL and Ansar al-Dine in the 2012 Northern Mali Rebellion, Norwegian University of Life Sciences, https://www.academia.edu/24218187/Friends_or_Foes_MNLA_and_Ansar_al_Dine_in_the_2012_Northern_Mali_Rebellion, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- Strazzari, Francesco (2015): Azawad and the Rights of Passage: The Role of Illicit Trade in the Logic of Armed Group Formation in Northern Mali, in: NOREF: Norwegian Peacebuilding Resource Centre vom Januar 2015, https://www.clingendael.org/sites/default/files/pdfs/Strazzari_NOREF_Clingendael_Mali_Azawad_Dec2014.pdf, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.
- Timbuktu Institute (2020): Dr. Bakary Sambe: « Au Sahel il faut s'attaquer aux racines du mal et renforcer la résilience pour une meilleure adhésion aux projets de développement », in: Timbuktu Institute vom 13.02.2020, <https://timbuktu-institute.org/index.php/toutes-l-actualites/item/308-dr-bakary-sambe-au-sahel-il-faut-s-attaquer-aux-racines-du-mal-et-renforcer-la-resilience-pour-une-meilleure-adhesion-aux-projets-de-developpement#:~:text=Dr.-,Bakary%20Sambe%20%2%AB%20Au%20Sahel%20il%20faut%20s'attaquer%20aux%20racines,adh%C3%A9sion%20aux%20projets%20de%20d%C3%A9veloppement%20%2%BB>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Touré, Fousseyni (2019): Au Mali, religieux et stars des médias bataillent pour capter l'opinion, in: The Conversation vom 11.03.2019, <https://theconversation.com/au-mali-religieux-et-stars-des-medias-bataill>

- lent-pour-capter-lopinion-112142, zuletzt aufgerufen am 22.06.2021.
- Tull, Denis (2020): The European Union Training Mission and the Struggle for a New Model Army in Mali, in: IRSEM vom 11.02.2020, https://www.irsem.fr/data/files/irsem/documents/document/file/3233/RP_IRSEM_89.pdf, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- United Nations (2012): Resolution 2085, Die Situation in Mali (2012), in: un.org vom 20.12.2012, https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_12-13/sr2085.pdf, zuletzt aufgerufen am 12.03.2021.
- United Nations (2013): Resolution 2100, On Establishment of the UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA)], in: un.org vom 25.04.2013, <https://digitallibrary.un.org/record/748429>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- United Nations (2013): Mandate, in: minusma.unmissions.org, <https://minusma.unmissions.org> vom 29.06.2020, zuletzt aufgerufen am 14.04.2021.
- United Nations (2019): Security Council, Situation in Mali: Report of the Secretary-General, S/2019/983, in: un.org vom 30.12.2019, <https://digitallibrary.un.org/record/3841840?ln=en>, zuletzt aufgerufen am 15.04.2021.
- Yabi, Gilles (2012): Les deux pièges à éviter dans la recherche d'une sortie de crise au Nord-Mali, in: Slate Afrique vom 16.04.2012, <http://www.slateafrique.com/85673/deux-pieges-eviter-dans-la-recherche-d%E2%80%99une-sortie-de-crise-au-nord-mali>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2021.

Nachtrag vom 29. Juni 2021

Seit dem Jahr 2020 hat sich die Lage in Mali grundlegend verändert. Die Sicherheitslage hat sich verschlechtert, trotz massiver Schläge der Einheiten Frankreichs, Malis und der Nachbarländer haben sich die Überfälle auf Soldaten und Zivilbevölkerung vermehrt,¹ die Proteste gegen Frankreich haben zugenommen, die Regierung wurde im August 2020 durch einen Militärputsch gestürzt, die Übergangsregierung musste im März 2021 einem zweiten Putsch weichen und Proteste gegen das fremde Militär von Frankreich und der UNO (MINUSMA)² nehmen zu.

Als Reaktion auf den erneuten Putsch hat der französische Präsident das Ende der Militärmission Barkhane verkündet und eingestanden, dass eine militärische Intervention den Konflikt in Mali und dem Sahel nicht lösen kann, solange die

nationalen Regierungen ihrer Aufgabe der politischen Reformen nicht nachkommen oder zu solchen Reformen nicht bereit sind: „wir können Regionen nicht sicherstellen, wenn die Staaten ihre Verantwortung nicht übernehmen.“³

Diese jüngste Entwicklung zeigt, dass die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen des Konflikts beseitigt werden müssen. Erst dann kann den Aufständischen und Dschihadisten der Boden entzogen werden und die Bevölkerung kann durch die Stärkung eines Staates, der seinen Grundfunktionen nachkommt, für diesen zurückgewonnen werden. Wie diese Reformen aussehen müssen, können nur das Volk und seine lokalen Vertreter definieren.

1 Einen kurzen Überblick bieten Johannes Leuthäuser und Michaela Wiegel: Die dschihadistische Gewalt lässt nicht nach, in: FAZ vom 26.06.2021.

2 Teile der Bevölkerung fordern den Abzug der UNO-Friedensmission MINUSMA aus den Städten, weil sie keinen Schutz bieten und eher eine Gefährdung darstellen Beau, Nicolas (2021): Mali, la Minusma en butte à l'hostilité des populations locales, in: Mondafrique vom 25.06.2021, <https://mondafrique.com/malin-la-minusma-en-butte-a-lhostilite-des-populations/>, zuletzt aufgerufen am 27.06.2021.

3 So Präsident Macron in einem Interview am 10.06.2021, zitiert von Beau, Nicolas (2021): Emmanuel Macron: la fin de Barkhane? C'est la faute aux Africains, in: Mondafrique vom 22.6.2021, <https://mondafrique.com/emmanuel-macron-rejette-la-faute-de-la-fin-de-barkhane-sur-les-africains/>, zuletzt aufgerufen am 22.06.2021.

Catherina Hinz und Daniel Hegemann

(Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung)

African Ownership – Entwicklung mit Zukunft!

Afrikas demografische Herausforderungen – und Chancen

Nirgendwo sonst auf der Welt wächst die Bevölkerung so rasch wie in Afrika – bis 2050 wird sie sich auf 2,5 Milliarden fast verdoppeln. Der schnelle Zuwachs an Einwohnern birgt für die afrikanischen Staaten eine enorme Herausforderung. Mit einer umsichtigen Demografiepolitik könnte die derzeit junge Altersstruktur der Bevölkerung bei gleichzeitig sinkenden Kinderzahlen zu einem sozioökonomischen Entwicklungsschub beitragen. Welche Faktoren dabei entscheidend sind und welche Investitionen nötig sind, zeigen Beispiele aus einigen afrikanischen Vorreiterländern.¹

Eine wachsende Bevölkerung stellt kein Problem dar, denn solange sich das Mehr an Menschen versorgen lässt, mit den notwendigen Dienstleistungen und vor allem mit Arbeitsplätzen, trägt es zum Wirtschaftswachstum und zur Wohlfahrtsmehrung bei. Dann bedeuten mehr Menschen mehr Produzen-

ten, mehr Konsumenten und mehr Innovatoren. In den asiatischen Tigerstaaten hat sich durch kluge Investitionen in die drei Kernentwicklungsbereiche Bildung, Gesundheit und Arbeitsmarkt eine Dynamik entfaltet, die breiten Teilen der Bevölkerung zu einem höheren Lebensstandard verholfen hat.

Allerdings liegt genau hier die Herausforderung für Subsahara-Afrika: In vielen Staaten der Region fehlt es schon heute an Nahrung, Sanitäreinrichtungen, Krankenhäusern oder Schulen. Derzeit können über 37 Millionen Grundschulkinder in Afrika nicht zur Schule gehen und mit jedem Jahr wird die Gruppe der Kinder, die eingeschult werden sollten, um rund fünf Millionen größer. Zudem mangelt es nahezu überall an Arbeitsplätzen, die ein auskömmliches Leben ermöglichen und den Menschen eine Zukunftsperspektive bieten: Jährlich wird die Gruppe der jungen Erwerbsfähigen zwischen 15 und 35 Jahren um zehn bis zwölf Millionen Menschen größer, wäh-

1 UN DESA 2019.

rend im gleichen Zeitraum auf dem gesamten Kontinent nur etwa drei Millionen formale Arbeitsplätze neu entstehen.²

Der Hauptgrund für das rasche Wachstum der afrikanischen Bevölkerung liegt in den anhaltend hohen Kinderzahlen. Während die Sterberaten in allen Ländern des Kontinents bereits stark gesunken sind, fallen die Geburtenziffern deutlich langsamer als zuvor in anderen Weltregionen. So bringen Frauen in Afrika im Laufe ihres Lebens heute durchschnittlich fast 4,5 Kinder zur Welt und damit beinahe doppelt so viele wie in allen anderen Teilen der Welt.³

Große regionale Unterschiede

Der Blick auf die Durchschnittswerte verschleiert jedoch die große Spannweite, die es in Sachen demografischer Entwicklung auf dem Kontinent gibt. An einem Ende des Spektrums stehen hoch entwickelte Inselstaaten wie Mauritius und die Seychellen sowie weiter entwickelte Länder im Norden und Süden wie Südafrika oder Tunesien. Hier liegen die Geburtenziffern bereits bei unter drei Kindern pro Frau – in Mauritius sogar bei 1,4 Kindern – und sie dürften nach Vorausschätzungen

² UNESCO Institute for Statistics o. J.; UN DESA 2019; African Development Bank 2018.

³ UN DESA 2019.

der Vereinten Nationen künftig weiter sinken. In ihrer demografischen Entwicklung sind diese Staaten also vergleichsweise weit vorangeschritten und erfahren dementsprechend nur noch ein geringes Bevölkerungswachstum.

Andere Länder – insbesondere in Ostafrika – erleben aktuell einen raschen Rückgang ihrer Fertilitätsraten. In Ruanda etwa sind die Kinderzahlen seit 1990 von 6,5 auf etwa 4 gesunken, in Äthiopien im gleichen Zeitraum sogar von über 7 Kindern pro Frau auf einen ähnlichen Wert. Deutlich weniger bis gar keine Fortschritte lassen sich dagegen in den meisten west- und zentralafrikanischen Staaten beobachten, wo die Geburtenziffern im Schnitt noch immer bei 5,2 respektive 5,5 Kindern pro Frau liegen. In einigen Ländern – darunter Angola, Mali und Tschad – sind die Veränderungen bei der Geburtenziffer bislang so gering, dass Experten anzweifeln, dass der demografische Wandel hier tatsächlich schon eingesetzt hat.⁴

Der Weg durch den demografischen Übergang

Im Zuge ihrer sozioökonomischen Entwicklung durchlaufen alle Länder der Welt den demografischen Übergang – wenn auch zeitversetzt und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Durch die Verbesserung der

⁴ UN DESA 2019; Guengant 2017.

Schematische Darstellung der Entwicklung von Geburten- und Sterberate sowie der Gesamtbevölkerung in Abwesenheit von Migration

eigene Darstellung

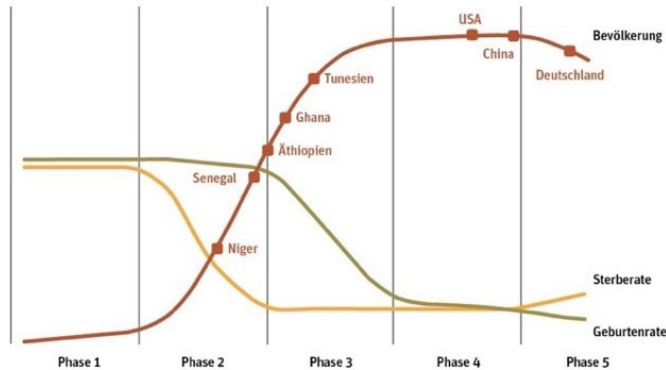


Abb. 1: Schematische Darstellung der Entwicklung von Geburten- und Sterberate sowie der Gesamtbevölkerung in Abwesenheit von Migration (Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung).

Lebensbedingungen sinkt dabei zunächst die Sterbe- und zeitversetzt die Geburtenrate. In der Zwischenzeit wächst die Bevölkerung stark. In Phase 4 pendeln sich schließlich Geburten- und Sterberate auf einem niedrigeren Niveau ein und das Bevölkerungswachstum kommt zum Erliegen.⁵ Abgesehen von einigen süd- und nordafrikanischen Staaten stehen die Länder auf dem afrikanischen Kontinent überwiegend noch am Anfang dieser Entwicklung: Da die Kindersterblichkeit bereits deutlich gesunken ist, die Fertilitätsraten aber auf einem hohen Niveau

verharren, erlebt Afrika ein rasantes Bevölkerungswachstum.

Kein Bonus in Sicht

Insgesamt bedeutet der nur langsame Rückgang der Kinderzahlen nicht nur ein anhaltend hohes Bevölkerungswachstum. Die hohen Geburtenziffern verhindern auch einen Wandel der Altersstruktur, der einen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich bringen könnte, wie ihn asiatische Tigerstaaten wie Südkorea, Thailand oder Singapur erlebt haben. Denn bei sinkenden Kinderzahlen werden die nachwachsenden Geburtenjahrgänge kleiner und der Schwerpunkt der Bevölkerung

⁵ Weeks 2008.

verschiebt sich zu den jungen Erwerbsfähigen. Dadurch stehen der Wirtschaft überproportional viele Menschen, die arbeiten und produktiv sein können, zur Verfügung. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Kinder und Jugendlichen ab, die von der arbeitenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Schulen und Gesundheitsleistungen versorgt werden müssen.

Diese günstige Altersstruktur wird als demografischer Bonus bezeichnet, der sich bei guten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in einen wirtschaftlichen Aufschwung ummünzen lässt, die sogenannte demografische Dividende. Damit dies gelingt, muss der Nachwuchs möglichst gut qualifiziert sein und die notwendigen Arbeitsplätze vorfinden. Ökonomen sind sich einig, dass der wirtschaftliche Aufstieg der asiatischen Tigerstaaten zu großen Teilen auf die Nutzung des demografischen Bonus zurückzuführen ist.⁶

Weiter entwickelte Länder im nördlichen und südlichen Afrika sowie manche afrikanischen Inselstaaten haben diese günstige Altersstruktur bereits erreicht. Sie verfügen über eine große Zahl junger, zunehmend gut qualifizierter Erwerbsfähiger. Was dort bisher fehlt, sind die entsprechenden Jobs.⁷ Für die Mehrzahl

der afrikanischen Staaten ist eine Altersstruktur, die eine Chance auf einen demografiebedingten Entwicklungsschub bietet, allerdings noch in weiter Ferne. Denn der demografische Bonus eröffnet sich laut den Vereinten Nationen erst, wenn der Anteil der zu versorgenden jungen Menschen unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung unter 30 Prozent sinkt und der Anteil der über 65-Jährigen noch keine 15 Prozent erreicht hat.⁸ Anders ausgedrückt: Erst wenn auf jede abhängige Person mindestens 1,7 Erwerbsfähige im Alter zwischen 15 und 64 kommen, erreichen Staaten eine günstige Ausgangssituation, die einen wirtschaftlichen Aufschwung leichter macht.⁹ Laut den Vorausschätzungen der Vereinten Nationen dürfte das in den meisten afrikanischen Ländern südlich der Sahara und nördlich der Ländergrenzen von Namibia, Südafrika und Botswana frühestens ab dem Jahr 2035 der Fall sein. Zentral- und westafrikanische Länder wie Mali, Tschad und Angola können nicht vor 2060 auf einen Bonus hoffen.¹⁰ Angesichts der bisher eher langsamen Abnahme der Geburtenziffern ist sogar diese Entwicklung fraglich. Ob und wie rasch Afrika seinen Entwicklungsrückstand verkürzen und seinen Menschen Perspektiven bieten kann, hängt also wesentlich

6 Canning et al. 2015: 29.

7 Müller et al. 2016: 19f.; International Labour Organization 2020.

8 Cincotta 2017.

9 Fabricius 2020.

10 UN DESA 2019.

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in unterschiedlichen Weltregionen, 1950 bis 2015

Datengrundlage: UN DESA

Berlin-Institut
für Bevölkerung
und Entwicklung

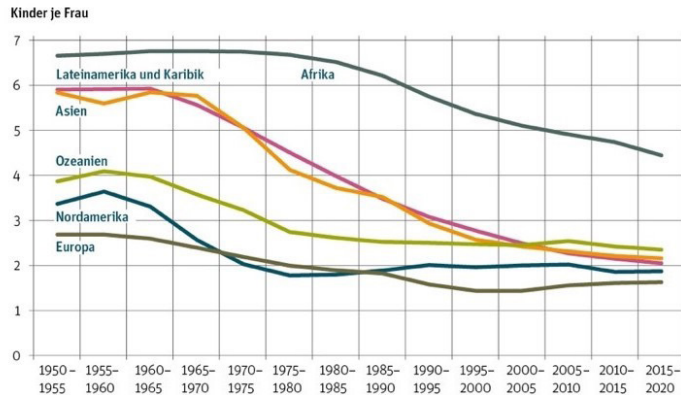


Abb 2: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in unterschiedlichen Weltregionen, 1950 bis 2015. Datengrundlage: UN DESA (Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung).

davon ab, wie schnell der demografische Übergang voranschreitet. Ein Rückgang der Fertilität ist dabei eine zwingende Notwendigkeit.

Spät und langsam

Beim Fertilitätsrückgang hinkt Afrika anderen Weltregionen bislang deutlich hinterher. Während Staaten in Lateinamerika und Asien zwischen 1960 und 1980 einen rasanten Rückgang der Kinderzahlen erlebten, begannen diese in Afrika erst 20 bis 30 Jahre später und mit einer deutlich niedrigeren Geschwindigkeit zu sinken. Mit über vier Kindern pro Frau liegt die durchschnittliche Geburtenziffer in Afrika heute auf dem Niveau, das asiatische und la-

teinamerikanische Staaten bereits in den 1970er-Jahren aufwiesen.

Noch immer hohe Nachwuchszahlen

Nirgendwo sonst auf der Welt liegen die durchschnittlichen Kinderzahlen höher als in Afrika. In über 25 Prozent der afrikanischen Staaten bekommen Frauen im Schnitt mehr als fünf Kinder. In Niger sind es sogar mehr als sieben Kinder pro Frau. Die hohen Nachwuchszahlen bescheren dem Kontinent ein rasantes Bevölkerungswachstum. Bis 2050 dürften mit Nigeria, Äthiopien und der Demokratischen Republik Kongo drei afrikanische Länder in die „Top Ten“

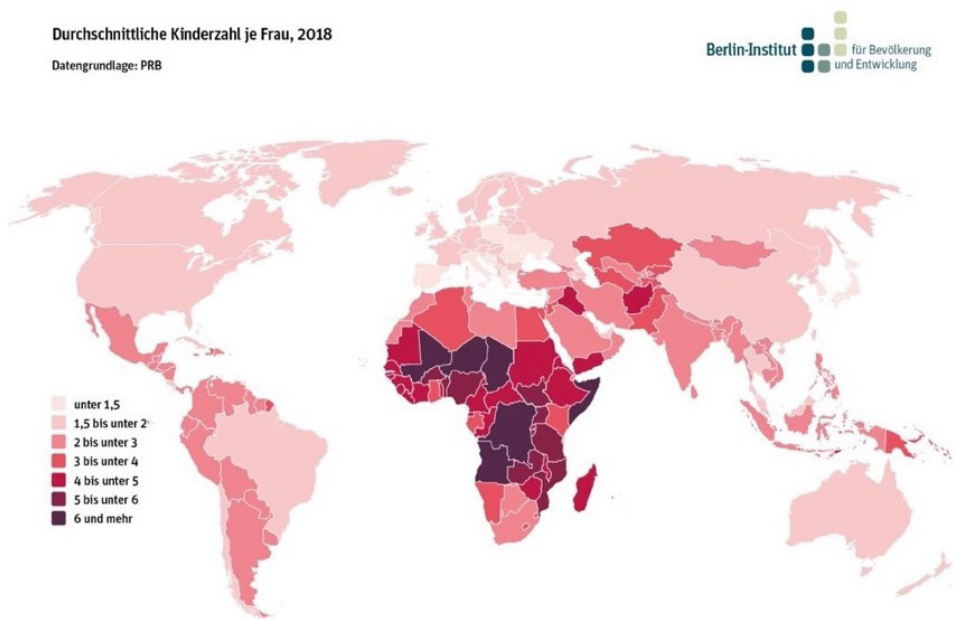


Abb. 3: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau, 2018. Datengrundlage: Population Reference Bureau 2018 (Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung).

der bevölkerungsreichsten Staaten weltweit aufgestiegen sein.

Vorbilder – „Made in Africa“

Die Erfahrungen einiger afrikanischer Länder, die entweder schon eine vergleichsweise niedrige Fertilitätsrate aufweisen oder sich gerade dorthin bewegen, zeigen: Kinderzahlen gehen zurück, wenn es Staaten gelingt, ein wirkungsvolles Gesamtkonzept für den demografischen Übergang zu entwickeln, das zu Fortschritten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen führt. Auch ein besserer Zugang zu Fami-

lienplanungsmethoden und mehr Gleichberechtigung von Frauen und Männern gehören zu diesem Gesamtpaket.

Fortschritte in diesen Sektoren erhöhen das Humankapital, schaffen Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven und beeinflussen sich gegenseitig positiv. Gesunde und wohlernährte Kinder können besser lernen; Hygiene und bessere medizinische Betreuung reduzieren die Kindersterblichkeit, was den Wunsch nach viel Nachwuchs sinken lässt; Bildung für Frauen fördert die Geschlechtergerechtigkeit und lässt die Geburtenziffern weiter zurückgehen. Auf diese Weise entsteht eine

Bevölkerungsstruktur, unter der die Wirtschaft besonders gut wachsen kann – eine demografische Dividende wird möglich.

So ist es beispielsweise in Ghana gelungen, durch Investitionen in der Landwirtschaft die Einkommen von Kleinbauern zu erhöhen, was sich positiv auf die Kindergesundheit ausgewirkt hat. Gepaart mit hohen Bildungsinvestitionen hat dies dazu geführt, dass sich die Sicht auf die ideale Familiengröße verändert und Frauen im Schnitt nun 3,9 Kinder bekommen. Das gilt auch für Äthiopien, wo die Geburtenziffer von über sieben Kindern pro Frau in den 1990er-Jahren auf etwas mehr als vier Kinder gesunken ist – vor allem dank Verbesserungen im Gesundheitssystem, einem leichteren Zugang zu Verhütungsmitteln und mehr Mitbestimmung und Bildung für Frauen. Tunesien hat bereits in den 1960er-Jahren die Stellung der Frauen in der Gesellschaft verbessert und in ihre Bildung investiert. Gepaart mit einem umfassenden Familienplanungsprogramm trug dies zu einem raschen Rückgang der Kinderzahlen bei: Während Frauen 1965 noch etwa sieben Kinder zur Welt brachten, sind es heute nur noch 2,2 und damit weniger als halb so viele wie im afrikanischen Durchschnitt. Auch Senegal – zwar mit einer durchschnittlichen Kinderzahl je Frau von 4,6 eher ein Nachzügler in Sachen Fertilitätsrückgang – hat vor allem in zwei Bereichen Maßnahmen

ergriffen, die künftig zu sinkenden Geburtenziffern beitragen dürften: Die Regierung verbesserte die Bildungsmöglichkeiten für die Jugend und erleichterte den Zugang zu Familienplanungsmethoden durch ein innovatives Verteilungssystem.¹¹

Neben diesen Länderbeispielen gibt es überall auf dem afrikanischen Kontinent verschiedene Interventionen, die – entsprechend in die Breite getragen – den sozioökonomischen Fortschritt in kleinen und großen Sprüngen beschleunigen lassen und – direkt oder indirekt – zu sinkenden Geburtenziffern führen. Diese sollten sich vor allem auf folgende – den Kinderwunsch beeinflussende – Kernentwicklungsbereiche konzentrieren:

Gesundheit

Solange Eltern im Ungewissen sind, wie viele ihrer Kinder überleben und das Erwachsenenalter erreichen, bekommen sie in der Regel viel Nachwuchs. Denn Kinder stellen in traditionellen Gesellschaften eine zusätzliche Arbeitskraft und ein Versprechen auf Versorgung im Alter dar. Wenn die Kinderzahlen sinken sollen, muss deshalb vor allem die Überlebenschance des Nachwuchses verbessert werden. Das Sterberisiko von Säuglingen und Kleinkindern liegt in Afrika – trotz großer Fortschritte – im weltweiten

¹¹ UN DESA 2019; Kaps et al. 2019: 19 f., 25, 27 f., 32 f.

Vergleich noch immer am höchsten. Im Schnitt stirbt eines von fast 14 Kindern vor seinem fünften Geburtstag.¹² Meist sind dabei Atemwegserkrankungen, Durchfall oder Malaria die Ursachen, also Erkrankungen, die sich durch einfache Maßnahmen verhindern lassen.

Auch die Gesundheit der Mütter ist wichtig. Eine medizinische Betreuung während der Schwangerschaft und nach der Geburt ist allerdings längst noch nicht überall in Afrika selbstverständlich: In einigen afrikanischen Ländern wird nur etwa die Hälfte der Geburten medizinisch betreut, in Tschad und Burkina Faso sogar nur jede vierte.¹³ Um die Gesundheit von Kindern und Müttern weiter zu verbessern, sind der Ausbau der Gesundheitsinfrastruktur sowie eine gute Ausbildung des medizinischen Personals zentral.

Status quo: Noch immer mangelt es vielerorts an grundlegenden Voraussetzungen für eine gesunde Bevölkerung wie sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen und Hygiene. Die Kinder- und Müttersterblichkeit ist hoch. Eigentlich vermeidbare Infektionskrankheiten sind verbreitet, während nichtübertragbare Krankheiten stark zunehmen. Ein Indikator dafür ist die im globalen Vergleich niedrige durchschnittliche Lebenserwartung. Diese Faktoren beeinflussen neben der mangelhaf-

ten Aufklärung und Bereitstellung von Verhütungsmitteln auch den durchschnittlichen Kinderwunsch und die Familienplanung der Frauen in afrikanischen Ländern, denn solange viele Kinder sterben, werden auch viele geboren.

Ziel: Afrikas Regierungen haben sich vorgenommen, allen Menschen Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten zu ermöglichen, kostenlos oder jedenfalls bezahlbar. Dafür müssen die Gesundheitssysteme gestärkt werden. Die billigste Maßnahme auf dem Weg zu einer gesunden Bevölkerung ist Prävention, also Krankheiten gar nicht erst entstehen zu lassen.

Beispiele: Äthiopien hat mit dem *Health Extension Program* ein dichtes Netz einfacher Gesundheitsstationen aufgebaut, in denen eigens geschulte Gesundheitshelfer gesundheitliche Aufklärung, Prävention und medizinische Basisleistungen auch in abgelegene Regionen bringen. Heute können sich Frauen und Männer zudem in jeder der Gesundheitsstationen über Verhütungsmethoden informieren und diese auch beziehen.¹⁴ Der Anteil der Frauen, die während ihrer Schwangerschaft und bei der Geburt fachkundige Unterstützung in Anspruch nahmen, stieg von einem Viertel auf fast zwei Drittel.¹⁵ Die Zahl der To-

¹² World Health Organization 2018.

¹³ DHS Program o. J.

¹⁴ African Health Observatory 2014.

¹⁵ Central Statistical Agency Ethiopia & ICF 2017: 133

Bewertung der Versorgung und Deckung für grundlegende Gesundheitsdienstleistungen nach dem UHC Service Coverage Index (0 bis 100 Punkte), 1990 bis 2030 (Prognose ab 2018)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Datengrundlage: IHME

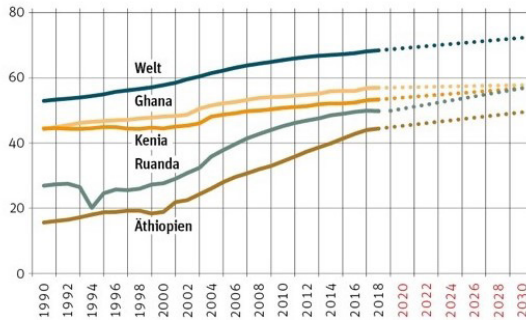


Abb. 4: Bewertung der Versorgung und Deckung für grundlegende Gesundheitsdienstleistungen nach dem UHC Service Coverage Index. Datengrundlage: GBD 2017 SDG Collaborators 2018: 2091–2138; Bill & Melinda Gates Foundation 2019 (Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung).

desfälle von Müttern und ihren Babys bis zum Alter von zwölf Monaten hat sich halbiert, wie auch die Sterblichkeit von unter Fünfjährigen.¹⁶ Die hohe Verbreitung von Handys ermöglicht weitere merkliche Sprünge für die Gesundheit. So verbessert MomConnect, ein Informations- und Beratungsservice für Schwangere, in Südafrika die Überlebenschancen von Frauen und Neugeborenen. Der kostenlose Textnachrichtenservice erreicht mehrere Verbesserungen zugleich: Erstens haben Frauen und Kinder dank fachlicher Unterstützung bessere Chancen, Schwangerschaft und Geburt zu überleben. Zweitens helfen regelmäßige Ab-

fragen, Schwächen des öffentlichen Gesundheitssystems zu erkennen. Und drittens gewinnt das Gesundheitsministerium in Echtzeit valide, anonymisierte Daten über Zahl und Verlauf der Mehrheit aller Schwangerschaften im Land. Telemedizin überbrückt im Inselstaat Cabo Verde große Entfernungen und den Mangel an Ärzten und Pflegekräften. Senegal sorgt mit dem Informed Push-Modell, bei dem private Logistikunternehmen die Lieferkette sichern, für lückenlosen Nachschub an Verhütungsmitteln und Medikamenten. Binnen nur eines Jahres konnten die Vorratsengpässe in den Test-Einrichtungen fast gänzlich behoben

¹⁶ DHS Program o. J.

werden und inzwischen funktioniert das System landesweit.¹⁷

Wo Investitionen große Wirkung zeigen

Der UHC Service Coverage Index zeigt auf einer Skala von 0 bis 100 an, ob in einem Land grundlegende Gesundheitsdienstleistungen für alle abgedeckt sind. In den Index fließen 9 Leistungen wie Impfungen oder die Versorgung mit Anti-HIV-Medikamenten ein, sowie 32 Indikatoren, die über den Zugang zum Gesundheitssystem und die Qualität der Versorgung bei verschiedenen Infektions- und nichtübertragbaren Krankheiten Auskunft geben. Auch ärmere Länder wie Äthiopien und Ruanda haben bei der Bewertung zulegen können, da sie ihre Mittel vorwiegend in eine lokale medizinische Grundversorgung investiert haben. Dabei haben auch ärmere Länder wie Äthiopien und Ruanda bei der Bewertung zulegen können, da sie ihre Mittel vorwiegend in eine lokale medizinische Grundversorgung investiert haben.¹⁸

Bildung

Bildung ist nach Meinung vieler Experten das beste „Verhütungsmittel“,

denn sie wirkt über unterschiedliche Kanäle auf die Lebensverhältnisse der Menschen und damit auch auf die Kinderzahlen ein. Gebildete Menschen leben in der Regel gesünder und haben es leichter, ein auskömmliches Einkommen zu erzielen. Im Alter sind sie deshalb weniger auf ihre Kinder als Versorger angewiesen.¹⁹ Wenn Eltern selbst eine Schule besucht haben, legen sie zudem mehr Wert darauf, dass ihre Kinder ebenfalls eine gute Ausbildung erhalten. Auch weil damit höhere Kosten verbunden sind, entscheiden sich Eltern häufiger für weniger Nachwuchs.²⁰ Für sinkende Geburtenziffern spielt vor allem die Bildung von Frauen eine wichtige Rolle – und das aus mehreren Gründen: Erstens steigt mit dem Bildungsstand der Mütter die Überlebenswahrscheinlichkeit von Kleinkindern, da gebildete Frauen besser über Hygiene, gesunde Ernährung und Impfungen informiert sind.²¹ Zweitens heiraten Frauen später und werden später Mütter, je länger sie eine Schule besuchen. Durch Bildung ergeben sich für sie drittens individuellere Lebensperspektiven, die über die Rolle als Mutter hinausgehen.²² All das trägt dazu bei, dass sich Frauen mit Sekundärbildung in Afrika im Schnitt etwa zwei Kinder weniger wünschen und

¹⁷ Access to Medicine Foundation 2018.; Daff et al. 2014: 245–252; Klingholz et al. 2020: 27f., 32.

¹⁸ Bill & Melinda Gates Foundation 2019.

¹⁹ Klingholz/Lutz 2016: 199 ff.

²⁰ Kitaura/Yakita 2010: 736–749.

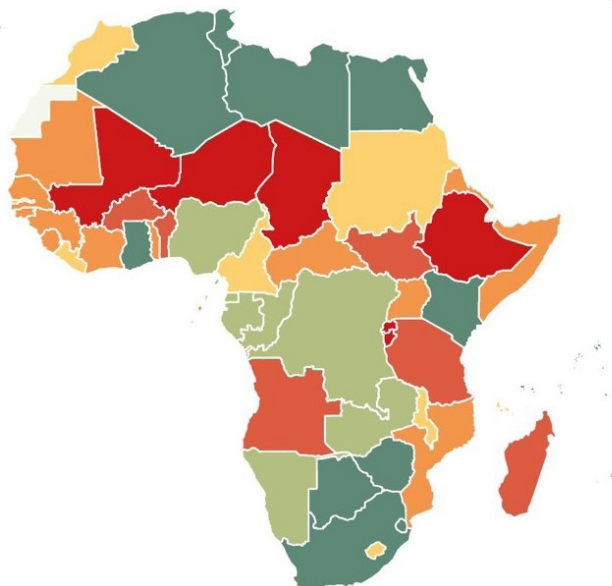
²¹ Sippel et al. 2011: 44 f.

²² Klingholz/Lutz 2016: 202 f.

Bevölkerung (20 bis 64 Jahre)
mit mindestens Sekundarbildung,
in Prozent, 2015

Datengrundlage: Wittgenstein Centre

- unter 15
- 15 bis unter 20
- 20 bis unter 30
- 30 bis unter 40
- 40 bis unter 50
- 50 und mehr
- keine Daten



Berlin-Institut
■ für Bevölkerung
■ und Entwicklung

Abb. 5: Bevölkerung (20 bis 64 Jahre) mit mindestens Sekundarbildung, in Prozent, 2015. Datengrundlage: Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital 2018 (Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung).

diesen Wunsch auch besser umsetzen können. Mit dem Bildungsstand der Frauen sinkt deshalb in der Regel auch die Geburtenziffer. Am größten ist dieser Effekt, wenn sie nach der Grundschule auch eine weiterführende Schule besucht haben: So bekommen Frauen mit Sekundarschulbildung in Kenia und Äthiopien weniger als halb so viel Nachwuchs, wie jene, die nie eine Schule besucht haben.²³

Status quo: Afrika hat die jüngste Bevölkerung der Welt. Damit die-

se ihre Fähigkeiten entfalten kann, brauchen junge Menschen eine Bildung, die sie für Jobs im 21. Jahrhundert ausreichend qualifiziert. Doch noch immer gehen viele Kinder gar nicht zur Schule oder brechen sie nach wenigen Jahren ab. Wenn sie Unterricht erhalten, lernen sie oft wenig. Viele Lehrer sind unzureichend oder gar nicht für ihren Job qualifiziert. Zu Corona-Zeiten bleiben zudem viele Schulen leer. Eine geregelte berufliche Bildung, mit praktischer Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt, ist in Afrika kaum verbreitet.

²³ DHS Program o. J.

Wo Sekundarschulbildung ein Privileg bleibt

In vielen Ländern Afrikas ist eine gute Schulausbildung keine Selbstverständlichkeit. Zwar werden heute etwa 80 Prozent der Kinder eingeschult, allerdings verlassen viele die Schule vorzeitig wieder und nur wenige besuchen eine weiterführende Schule. In 26 von 54 Staaten besitzt weniger als ein Viertel der Bevölkerung eine Sekundarbildung. Gerade diese hat aber nachweislich einen großen Einfluss auf den Rückgang der Geburtenziffern.

Ziel: Afrikanische Kinder brauchen universelle Vorschul-, Primar- und zumindest eine mittlere Sekundarbildung, wie sie auch die Vereinten Nationen in ihren Nachhaltigen Entwicklungszielen fordern. Sie müssen nicht nur die Grundlagen beherrschen, also lesen, schreiben und rechnen können, sondern auch Fähigkeiten erwerben, die in modernen Unternehmen gefragt sind: Kommunikationsvermögen, Konfliktlösungskompetenz, Teamfähigkeit, interkulturelles Verständnis und Bewusstsein für Nachhaltigkeit.

Beispiele: Liberia hat eine elektronische Datenbank erstellt, um überhaupt zu erfahren, welche Personen wo mit welchen Qualifikationen als Lehrer eingestellt sind. So konnte das Bildungsministerium schwänzende und ungeeignete Lehrer identifizieren, einen großen Teil von ihnen entlassen und dafür

neue, besser qualifizierte Lehrkräfte einstellen. Kenia hat mit dem Tusome-Programm alle Grundschulen mit neuen Schulbüchern und Lehrplänen ausgestattet, bildet die Lehrer fort und kontrolliert deren Unterricht. Innerhalb von drei Jahren haben sich die Lesefähigkeiten der Kinder verdoppelt. Die internationale Nichtregierungsorganisation Camfed hat in Ghana, Tansania, Malawi, Sambia und Simbabwe rund eine Million Schülerinnen durch die Sekundarschule begleitet. Wer es geschafft hat, die Bildungsbenachteiligung von Mädchen zu überwinden, wird als Mentorin angeheuert und unterstützt die nächste Generation. Mit dem Siyavula-Programm aus Südafrika können Jugendliche Online-Unterricht in Mathematik und Naturwissenschaften nehmen und sich auf Abschlussprüfungen vorbereiten. Vielerorts in Afrika kommen solche Lernprogramme zum Einsatz, vor allem dort, wo es an fähigen Lehrern fehlt.²⁴

Einkommensmöglichkeiten und wachsender Wohlstand

Alle Länder, die heute wirtschaftlich erfolgreich sind, haben im Zuge ihrer demografischen Entwicklung stets einen Strukturwandel erlebt, durch den eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze mit höherer Wertschöpfung entstanden ist. Ausgangspunkt dieses Wandels waren dabei stets

²⁴ Klingholz et al. 2020: 7.

Produktivitätsgewinne in der Landwirtschaft, die es Bauern ermöglicht haben, Überschüsse zu produzieren und höhere Einkommen zu erzielen. Im Zuge dieser Entwicklung haben sich die Ernährungssicherheit verbessert sowie die Armut und die Kindersterblichkeit und damit auch die durchschnittlichen Kinderzahlen reduziert. Denn erst, wenn Menschen nicht mehr von der Hand in den Mund leben müssen und der Subsistenzfalle entkommen können, beginnen sie ihr eigenes Leben zu planen und anders über die Familiengröße nachzudenken.²⁵ Durch die Produktivitätssteigerungen wurden zudem Arbeitskräfte freigesetzt, die meist in die Städte abwanderten und dort in den entstehenden Fabriken eine Anstellung fanden. Ehemalige Agrarstaaten wandelten sich so zu immer wohlhabenderen Industrie- und schließlich zu Dienstleistungsgesellschaften.

Status quo: Es ist keineswegs so, dass es in Afrika zu wenig zu tun gäbe. Das Problem ist, dass die große Zahl an Menschen im erwerbsfähigen Alter kaum eine Beschäftigung findet, mit der sich ein auskömmliches Leben finanzieren ließe. In Nordafrika bleiben vor allem Frauen dem Arbeitsmarkt fern, weil die Gesellschaft für sie dort eher eine traditionelle Rolle als Hausfrau und Mutter vorsieht. In Afrika südlich der Sahara findet fast die Hälfte

aller Arbeitsfähigen nur einen Job im informellen Dienstleistungssektor oder in Form kleinbäuerlicher Subsistenzbetriebe. Insgesamt ist der Agrarbereich noch immer der Hauptarbeitgeber. Allerdings ist die Produktivität in der Landwirtschaft so gering, dass insbesondere Afrika südlich der Sahara seine eigene Bevölkerung nicht ernähren kann und auf Nahrungsmittelimporte oder -hilfe angewiesen ist. Die Menschen arbeiten hart, bleiben aber häufig arm.

Hier Dürre, da Überflutung

Afrika südlich der Sahara ist auch deshalb massiv von Ernährungsunsicherheit betroffen, weil sich die Bauern immer weniger darauf verlassen können, dass der Regen zur richtigen Zeit und in der richtigen Menge fällt. Im Zuge des Klimawandels sind die Durchschnittstemperaturen in den vergangenen 100 Jahren um 0,5 Grad gestiegen. Prognosen gehen von einer weiteren Erwärmung um 1,4 bis 5,5 Grad bis 2100 aus. Damit werden die Niederschlagsmuster noch unberechenbarer, Stürme und andere Naturkatastrophen wahrscheinlicher.²⁶

Ziel: Um ein Absinken der Fertilitätsraten in Afrika zu erreichen, ist es dringend notwendig formale und produktivere Arbeitsplätze in der Industrie und im Dienstleistungssektor

²⁵ Klingholz 2018: 36–44.

²⁶ Mwangera et al. 2020: 86–96.

Regional unterschiedliche Auswirkungen von Klimawandel und Bevölkerungswachstum in Afrika

Quelle: IOM

Megacities

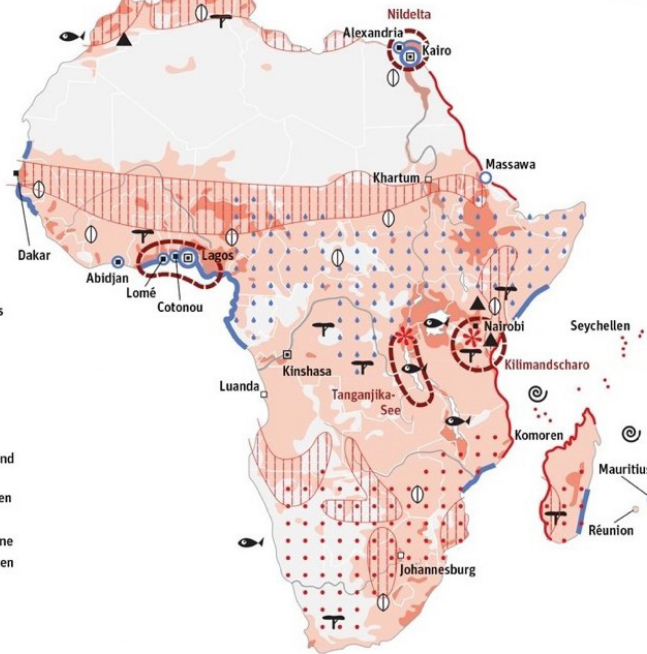
- 10–20 Millionen Einwohner
- 5–10 Millionen Einwohner
- 1–5 Millionen Einwohner (ausgewählte Städte)

Bevölkerungsdichte

- hoch
- mittel
- niedrig

Brennpunkt des Klimawandels

- ▨ Risiko der Wüstenbildung
- mehr Niederschläge
- weniger Niederschläge
- Korallenbleiche
- Gefährdung durch Anstieg des Meeresspiegels
- negative Veränderungen für und durch Landwirtschaft
- ⊥ Veränderungen in Ökosystemen
- ⊃ Überfischung
- ⊃ häufigere und heftigere Zyklone
- ▲ Auswirkungen auf Bergregionen
- * Gletscherschmelze



Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Abb. 6: Regional unterschiedliche Auswirkungen von Klimawandel und Bevölkerungswachstum in Afrika (Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, aus: Ionesco et al. 2017: 63 © IOM (Mokhnacheva, Ionesco), Gemeine, Zoë Environment Network 2015. Sources: IPCC 2013, 2014).

tor zu schaffen, aber auch den allgemeinen Zugang zum Arbeitsmarkt für Frauen zu verbessern – denn sie sind ein Schlüssel zu einer guten demografischen und sozioökonomischen Entwicklung. Gleichzeitig muss ebenfalls die Landwirtschaft produktiver werden, aber auf umweltverträgliche Weise, und sich auf die Auswirkungen des Klimawandels einstellen. Dafür brauchen die Bauern Know-how und Beratung, Zugang zu Krediten und zu den Märkten, gesicherte Landrechte, Modernisierung und Mechanisierung. Der

Aufbau einer Wertschöpfungskette rund um die Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze auf dem Land.

Beispiele: In Nigeria verhilft das Sozialunternehmen Babban Gona Kleinbauern zu Ertragssteigerungen und Einkommen, indem es sie kostengünstig mit Dünger und Qualitäts-Saatgut versorgt sowie Lagermöglichkeiten bereitstellt. In Mali sorgt die Firma Faso Kaba, von einer einheimischen Unternehmerin gegründet, für die Produktion und den flächendeckenden Vertrieb von verbessertem Saatgut, bei der die Mit-

arbeiter zur Hälfte Frauen sind. Mit 150 Vertriebsstellen im Land erreicht die Firma mittels Demonstrationen auf Feldern jährlich etwa 300.000 Kleinbauern. Derzeit baut sie ein Vertriebsnetz in sieben weiteren Ländern auf. Das Sozialunternehmen KadAfrica bringt jungen Frauen im ländlichen Westen Ugandas Kenntnisse in Land- und Betriebswirtschaft bei. Ziel ist es, 14- bis 20-jährige Mädchen, die nicht weiter zur Schule gehen (können), zu wirtschaftlicher Eigenständigkeit zu verhelfen. Denn Feldarbeit gilt als Aufgabe, die gerne Frauen und Töchtern überlassen wird, während die Söhne zur Schule geschickt und beim Erben bevorzugt werden.²⁷ In Ghana ließen staatliche Agrarreformen und Subventionsprogramme für Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel sowie verbessertes Saatgut sowohl die Erträge bei Grundnahrungsmitteln wie Maniok und Mais in die Höhe schießen, als auch bei Kakao – dem wichtigsten Exportprodukt des Landes. Dadurch verbesserten sich die Einkommen der Bauern wie auch die Ernährungssicherheit und Überlebenschancen des Nachwuchses – zwei wichtige Voraussetzungen für den Rückgang der Kinderzahlen.²⁸ Auch in Äthiopien haben solche Programme dazu beigetragen, dass die Bauern moderne Techniken nutzen, um ihre Erträge zu steigern. Dabei

stehen ihnen landwirtschaftliche Berater zur Seite. Seitdem haben sich so die Getreideerträge mehr als verdoppelt, die Kaffeeproduktion sogar fast verdreifacht. Künftig sollen die landwirtschaftliche Produktion noch weiter gesteigert und die Erzeugnisse in sogenannten Agro-Industrieparks weiterverarbeitet werden. Damit lässt sich nicht nur mehr Geld verdienen, sondern es entstehen auch neue Arbeitsplätze entlang der nachgelagerten Wertschöpfungskette. Obendrein hat das Health Extension Program Zehntausende formell bezahlter Jobs geschaffen, insbesondere für Frauen.²⁹

Fazit

Die Beispiele zeigen, dass es im Hinblick auf die demografische Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent bereits einige positive Trends gibt. Diese erfolgreichen Ansätze erzählen auch von der Vielfalt des afrikanischen Kontinents und belegen, dass notwendige Reformen und Ideen aus Afrika für Afrika entstehen müssen. Es sind angepasste Lösungen, nicht ein „one-size-fits-all“, die eine spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen bewirken. Für jene Länder Afrikas, die in ihrer demografischen Entwicklung weniger weit fortgeschritten sind, bieten diese Erfahrungen

²⁷ Klingholz et al. 2020: 7, 72, 77.

²⁸ Kaps et al. 2019: 44

²⁹ Kaps et al. 2019: 45; Klingholz et al. 2020: 30.

wichtige Lehren für eigene bevölkerungspolitische Maßnahmen. Sie können daraus ableiten, wie sich die demografische Zukunft ihrer Länder steuern lässt, und die Weichen für einen sozioökonomischen Aufstieg stellen. Sollten die Fertilitätsraten in Subsahara-Afrika künftig schneller sinken als bisher, dürfte langfristig nicht nur der Versorgungsdruck nachlassen. Mittelfristig würde das auch einen Wandel der Altersstruktur mit sich bringen, der für einen demografiebedingten Entwicklungsschub sorgen kann – vorausgesetzt die nötigen Arbeitsplätze sind vorhanden. Die internationale Staatengemeinschaft sollte die afrikanischen Länder gezielt dabei unterstützen, Fortschritte in den genannten Kernentwicklungsbereichen Gesundheit, Bildung und insbesondere Arbeitsplätze zu erzielen, um damit die Wirtschaft zu befördern und die Geburtenziffern sinken zu lassen. Um Entwicklungssprünge in Afrika zu ermöglichen, müssen außerdem die Rahmenbedingungen stimmen: Nötig sind gute Regierungsführung, verlässliche Institutionen und gute Infrastrukturen. Es ist Aufgabe der afrikanischen Regierungen, die Grundlagen dafür zu schaffen.

Literaturverzeichnis

- Access to Medicine Foundation (2018): Informed Push Model Strengthens Supply Chain for Contraceptives, <https://bit.ly/3dxML4o>, zuletzt aufgerufen am 14.04.2020.
- African Development Bank (2018): Jobs for Youth in Africa. Improve the Quality of Life for the People of Africa, in: [afdb.org](https://www.afdb.org), https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Generic-Documents/Brochure_Job_Africa-En.pdf, zuletzt aufgerufen am 22.04.2021.
- African Health Observatory (2014): Distribution of Causes of Death Among Children Aged Under 5 Years Percent in Ethiopia, in: who.int, <https://www.who.int/data/gho/data/countries/country-details/GHO/ethiopia?countryProfileId=466aa739-b072-4565-a9c4-b7467a35ed5e>, zuletzt aufgerufen am 23.04.2021.
- Bill & Melinda Gates Foundation (2019): Examining Inequality. How Geography and Gender Stack the Deck for (or Against) You, in: Goalkeepers Report 2019, <https://www.gatesfoundation.org/goalkeepers/report/2019-report/#ExaminingInequality>, zuletzt aufgerufen am 23.04.2021.
- Canning, D./Raja, S./Yazbeck, A. (2015): Africa's Demographic Transition. Dividend or Disaster?, The World Bank: Washington D.C.
- Central Statistical Agency Ethiopia & ICF (2017): Ethiopia. Demographic and Health Survey 2016, Addis Ababa, <https://dhsprogram.com/pubs/pdf/FR328/FR328.pdf>, zuletzt aufgerufen am 16.06.2021.
- Cilliers, J. (2019): Getting to Africa's Demographic Dividend. Ambassador Working Lunch, Brussels, 28th January, Institute of Security Studies: Pretoria.
- Cincotta, R. (2017): Opening the Demographic Window: Age Structure in Sub-Saharan Africa, in: New Security Beat vom 26.10.2017, <https://www.newsecuritybeat.org/2017/10/opening-de->

- mographic-window-age-structure-sub-saharan-africa/, zuletzt aufgerufen am 22.04.2021.
- Daff, M./Seck, C./Belkhat, H./Sutton, P. (2014): Informed Push Distribution of Contraceptives in Senegal Reduces Stock-Outs and Improves Quality of Family Planning Services, in: *Global Health: Science and Practice*, 2, S. 245–252.
- DHS Program (o. J.): STATcompiler, www.statcompiler.com/en/, zuletzt aufgerufen am 23.04.2021.
- Fabricius, P. (2020): Africa's Youth Bulge Alone Won't Deliver Economic Growth, in issafrica.org vom 19.03.2020, <https://issafrica.org/iss-today/african-youth-bulge-alone-wont-deliver-economic-growth>, zuletzt aufgerufen am 10.06.2021.
- GBD 2017 SDG Collaborators (2018): Measuring Progress from 1990 to 2017 and Projecting Attainment to 2030 of the Health-Related Sustainable Development Goals for 195 Countries and Territories: A Systematic Analysis for the Global Burden of Disease Study 2017, in: *The Lancet*, 393, S. 2091–2138.
- Guengant, J.-P. (2017): Africa's Population: History, Current Status, and Projections, in: Groth, H./May J. (Hgg.), *Africa's Population. In Search of a Demographic Dividend*, Springer: Berlin/Heidelberg, S. 11–31.
- International Labour Organization (2020): in: ILOSTAT, <https://ilostat.ilo.org/data/>, zuletzt aufgerufen am 22.04.2021.
- Ionesco D./Mokhnacheva D./Gemenne F. (2017): *The Atlas of Environmental Migration, "The Regional Impacts of Climate Change (Africa)"*, Routledge: Abingdon.
- Kaps, A./Reinig, A./Klingholz, R. (2018): Vom Hungerland zum Hoffnungsträger. Wird Äthiopien zum Vorbild für den afrikanischen Aufschwung?, in: berlin-institut.org, September 2018, https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/PDF/BI_VomHungerlandZumHoffnungstraeger_2018.pdf, zuletzt aufgerufen am 26.04.2021.
- Kaps, A./Schewe, A.-K./Klingholz, R. (2019): Afrikas demografische Vorreiter. Wie sinkende Kinderzahlen Entwicklung beschleunigen, in: berlin-institut.org, Juni 2019, https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/PDF/BI_AfrikasDemografischeVorreiter_2019.pdf, zuletzt aufgerufen am 26.04.2021.
- Kitaura, K./Yakita, A. (2010): School Education, Learning-by-Doing, and Fertility in Economic Development, in: *Review of Development Economics*, 14(4), S. 736–749.
- Klingholz, R. (2018): Bevölkerungswachstum. Bildung ist die Lösung, in: *Biologie in unserer Zeit*, 48(1), S. 36–44.
- Klingholz, R./Lutz, W. (2016): *Wer überlebt? Bildung entscheidet über die Zukunft der Menschheit*, Campus Verlag: Frankfurt.
- Klingholz, R./Sütterlin, S./Kaps, A. (2020): Schnell, bezahlbar, nachhaltig. Wie in Afrika große Entwicklungssprünge möglich werden, in: berlin-institut.org, Juli 2020, <https://www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/schnell-bezahlbar-nachhaltig>, zuletzt aufgerufen am 26.04.2021.
- Lenhardt, A./Menocal, A./Engel, J. (2015): *Ghana, The Rising Star, Progress in Political Voice, Health and Education (Development Progress Case Study Report)*, Overseas Development Institute: London.
- Müller, R./Siefert, S./Klingholz, R. (2016): *Krisenregion Mena. Wie demografische Veränderungen die Entwicklung*

- im Nahen Osten und Nordafrika beeinflussen und was das für Europa bedeutet, in: berlin-institut.org, Mai 2016, <https://www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/krisen-region-mena>, zuletzt aufgerufen am 26.04.2021.
- Mwongera, C./Lamanna, C./Kamau, H./Girvetz, E. (2020): Scaling Climate Smart Agriculture for Agricultural Transformation in Southern Africa, in: Sikora R./Terry, E./Viek, P./Chitja, J. (Hgg.). Transforming Agriculture in Southern Africa. Constraints, Technologies, Policies and Processes, Routledge: London, S. 86–96.
- Population Reference Bureau (2018): 2018 World Population Data Sheet. With a Special Focus on Changing Age Structures, in prb.org vom 24.08.2018, <https://bit.ly/3fYZIoL>, zuletzt aufgerufen am 23.04.2021.
- Sippel, L./Kiziak, T./Woellert, F./Klingholz, R. (2011): Afrikas demografische Herausforderung. Wie eine junge Bevölkerung Entwicklung ermöglichen kann, in: berlin-institut.org, September 2011, https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/aeltere_Studien/Afrikas_demographisch_Herausforderung/Afrika_deutsch_final.pdf, zuletzt aufgerufen am 26.04.2021.
- UN DESA (2019): Population Dynamics. World Population Prospects 2019, in: UN DESA, <https://population.un.org/wpp/>, zuletzt aufgerufen am 22.04.2021.
- UNESCO Institute for Statistics (o.J.): UIS Statistics, data.uis.unesco.org/Index.aspx, zuletzt aufgerufen am 22.04.2021.
- Weeks, J. R. (2008): Population. An Introduction to Concepts and Issues, Thomson: Wadsworth.
- Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (2018): Wittgenstein Centre Human Capital Data Explorer, <https://bit.ly/2D7vG3y>, zuletzt aufgerufen am 24.07.2020.
- Woellert, F./Klingholz, R. (2016): Jobs für Afrika. Wie Nahrungsmittelproduktion und erneuerbare Energien Entwicklung beschleunigen können, in: berlin-institut.org, Januar 2016, https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/aeltere_Studien/Jos_fuer_Afrika/BI_JobsFuerAfrika_online_neu_20160211.pdf, zuletzt aufgerufen am 26.04.2021.
- World Health Organization (2018): Global Health Observatory data repository. Probability of dying per 1000 live births, in: who.org, <https://bit.ly/39B2VZD>, zuletzt aufgerufen am 23.04.2021.

Dr. Georg Lammich

(Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen)

China und die afrikanische Sicherheitsarchitektur

Einführung

Zu Anfang des neuen Jahrtausends begann eine Phase der Intensivierung sino-afrikanischer Beziehungen, die sich besonders in einem Ausbau der bilateralen Kontakte zwischen Peking und afrikanischen Staaten ausdrückte. China hat sich zu einem der wichtigsten wirtschaftlichen – und in einigen Fällen auch politischen – Partner afrikanischer Staaten entwickelt, aber auch die Beziehungen zu regionalen Organisationen auf dem Kontinent und insbesondere zur Afrikanischen Union (AU) haben sich intensiviert. Der folgende Artikel beleuchtet die sicherheitspolitische Dimension der sino-afrikanischen Kooperation mit einem besonderen Fokus auf die regionale Ebene. Im ersten Abschnitt werden dafür die institutionellen und politischen Eckpunkte der Beziehungen zwischen China und dem afrikanischen Kontinent umrissen. Im weiteren Verlauf werden die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Auswirkungen für die afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (African Peace

and Security Architecture, APSA), die zentrale Instrumente für Konfliktprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung umfasst, aufgezeigt.

1 China, FOCAC und die Afrikanische Union

Die zentrale Plattform und das wichtigste Gremium für den sino-afrikanischen Dialog bildet das im Jahre 2000 gegründete Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC).¹

¹ Der Ursprung von FOCAC ist in der Literatur umstritten. Je nach Quelle ist er entweder von chinesischer (Taylor 2011: 35–36) oder afrikanischer Seite (Li Anshan 2012: 10; He Wenping 2008: 147) initiiert worden oder die Kulmination von Ereignissen am Ende der Clinton-Ära gewesen (Alden 2007: 30). Nach Auffassung des Autors ist der außenpolitische Schwenk Chinas, unter Berücksichtigung der Situation Ende der 1990er-Jahre, als Echo auf die Forderung afrikanischer Staaten nach einer multilateralen Plattform zu erklären. Eine detaillierte Aufarbeitung der Entwicklung Ende der 1990er-Jahre findet sich u. a. bei Li Anshan 2012.

„This forum is the culmination of half a century of China's active diplomacy on the African continent.“² Neben dem alle drei Jahre stattfindenden Treffen der Staats- und Regierungschefs verfügt FOCAC über verschiedene Follow-up-Strukturen und eine wachsende Zahl an Subkomitees zu unterschiedlichen Themenbereichen. Die Ausgestaltung dieser dem Gipfeltreffen angegliederten Treffen und Plattformen ist dabei teilweise sehr heterogen von chinesischen und afrikanischen Akteuren besetzt, und parallel zu den gemeinsamen sino-afrikanischen Strukturen existieren auf nationaler Ebene unterschiedliche länderspezifische Untergliederungen.

Aufseiten Chinas ist in den letzten Jahren die Zahl der Ministerien und sonstigen Akteure, die im Rahmen des FOCAC Follow-up Committee eingebunden sind, deutlich angestiegen und es ist zu erwarten, dass auch die 2018 gegründete China International Development Cooperation Agency (CIDCA) in den Prozess involviert wird.³ Während der FOCAC-Prozess auf chinesischer Seite eine stark zentralisierte Struktur aufweist, sind die relevanten Akteure auf afrikanischer Seite sehr heterogen, sowohl multilateral als bilateral, zentralisiert und dezent-

ralisiert.⁴ Dabei operieren viele afrikanische Staaten auf verschiedenen Ebenen innerhalb des FOCAC-Prozesses mit jeweils unterschiedlichen Akteuren. Einige Länder haben außerhalb ihrer diplomatischen Vertretung in China keine spezifischen Strukturen für ihre Beziehungen zu China oder FOCAC; andere wie bspw. Südafrika besitzen eine eigene Abteilung, die im Außenministerium angesiedelt ist. Nichtstaatliche Akteure und Vertreter der Zivilgesellschaft bleiben allerdings von der langsamen Erweiterung des Zirkels an FOCAC-Mitgliedern weitgehend unberührt und sind in keinem der Subkomitees integriert.

Im Rahmen des Forums sind verschiedene Policy-Dokumente und eine Vielzahl von Wirtschafts- und Handelsabkommen verabschiedet worden.⁵ Neben diesen Dokumenten und Abkommen, die keiner zeitlichen Routine unterliegen, werden regelmäßig im Rahmen der dreijährigen Gipfeltreffen gemeinsame Erklärungen (Declarations) und Rahmenpläne (Action Plans) verabschiedet. Die Zusagen und Vereinbarungen, die im Rahmen von FOCAC getroffen werden, sind dabei in fünf Kooperationsgebiete unterteilt (Tab. 1).

Der FOCAC-Prozess hat sich in seinen Anfangsjahren vor allem auf den State-to-State-Dialog konzentriert und bietet erst allmählich

² He 2007: 36.

³ Eine ausführliche Beschreibung der chinesischen Akteure in FOCAC bietet etwa Li Anshan 2012.

⁴ Anshan 2012: 31.

⁵ Huse 2008: 12.

Tab. 1: FOCAC Kooperationsgebiete (Quelle: Mackinnon 2016: 1).

Political	Increased diplomatic visits between China and African countries.
Social Development	Medical technology and training; increased scholarships for African students and schools built in Africa; joint environmental research.
Economic	Increased trade, foreign investment and official development assistance; agricultural technology and knowledge sharing with a focus on FAO programs.
Cultural	Increased Chinese tourism to Africa, cultural exchange through arts and youth festivals, and women's cooperation.
Security	Military assistance, intelligence exchange, international law research, preventing transnational crime and anti-terrorism.

Raum für eine Ausweitung der Beziehungen auf eine regionale oder kontinentale Policy-Ebene.

Im Jahre 2006, nach einer gewissen Konsolidierung der Afrikanischen Union, kam es zu einer substantziellen Annäherung zwischen China und AU-Institutionen. In dem 2006 verabschiedeten White Paper ‚China's African Policy‘ wird die Nutzung regionaler und multilateraler Kanäle in Afrika angeregt und das Interesse an der Zusammenarbeit mit Regionalen Organisationen und besonders der Afrikanischen Union ausdrücklich betont. „China appreciates the significant role of the AU in safeguarding peace and stability in the region and promoting African solidarity and development. China values its friendly cooperation with the AU in all fields, supports its positive role in regional and international affairs and stands ready to provide the AU assistance to the

best of its capacity.“⁶ In Einklang mit seinem zunehmend flexiblen geopolitischen Ansatz weitet China sein Afrikaengagement auf die regionale Dimension aus und bewertet die AU nun als möglichen Kooperationspartner für die Umsetzung chinesischer Interessen in Afrika. Regionale Organisationen werden als potenziell gewinnbringend für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas, die zunehmend ein strategisches Interesse Chinas darstellt, angesehen. Die Neubewertung Regionaler Organisationen ist dabei auch der Erkenntnis geschuldet, dass Konflikte und andere transnationale Faktoren, die eine wachsende Bedrohung für die steigende Zahl chinesischer Investitionen in Afrika repräsentieren, nicht auf rein bilateraler Ebene bearbeitet werden können. Die AU und andere subregionale Organisationen sind damit in erster Linie als zusätzliche

⁶ China's African Policy 2006: Part IV.

Instrumente zur Sicherung eines günstigen Investitionsumfeldes für China zu verstehen.

Am Vorabend des sechsten FOCAC-Treffens 2015 in Johannesburg veröffentlichte Peking sein zweites Policy-Dokument zur chinesischen Afrikapolitik. Während die im Rahmen von FOCAC verabschiedeten Erklärungen – üblicherweise eine Deklaration und ein Action Plan – auf einen 3-Jahres-Horizont beschränkt sind, bezieht sich die neue *African Policy* auf einen deutlich längeren Planungshorizont.⁷ Im Vergleich zu dem Strategiepapier von 2006 ist das neue Dokument deutlich umfangreicher und zeigt mehr Detailschärfe. In dem Dokument werden konkrete Projekte und Maßnahmen im Kontext der zukünftigen sino-afrikanischen Kooperation benannt, Elemente aus den FOCAC-Rahmenplänen aufgegriffen und Parameter für die künftige Ausrichtung des Forums gesetzt.⁸ Obwohl Chinas zweite Afrika-Policy wieder im Kern eine Leitlinie für die bilateralen Beziehungen zwischen Peking und den afrikanischen Staaten ist, verweist sie besonders im Bereich der regionalen Entwicklung und Sicherheitskooperation auf interregionale Ansätze und widmet sich im letzten Abschnitt der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen China und Regionalen Organisatio-

nen. „China values and supports the AU’s leadership in building a united and strong Africa and promoting African integration, its centrality in safeguarding peace and security in Africa, as well as a bigger role for the organization in regional and international affairs.“⁹

Trotz der schrittweisen Aufwertung der AU in der chinesischen Afrikapolitik hat sich auch deren Verknüpfung mit nationalen chinesischen Entwicklungsstrategien verstärkt, was sich besonders in einem Ausbau von Produktionskapazitäten in Afrika bzw. der Verlagerung chinesischer Produktionsstätten in afrikanische Niedriglohnländer niederschlägt und nicht unbedingt kompatibel mit den Vorstellungen der Afrikanischen Union ist. Die zentrale AU-Entwicklungsstrategie ‚Agenda 2063‘ zeigt eine Reihe von Handlungsfeldern auf, die vom Aufbau der Agrarindustrie über regionale Marktintegration bis zum Ausbau des Bildungssektors reicht. Ein Großteil der Bereiche, die die Agenda für die erste Implementierungsphase vorsieht, konzentriert sich dabei auf eine Verbesserung der sozioökonomischen Verhältnisse in Afrika und weist kaum Überschneidungen mit der chinesischen Wirtschaftspolitik der „industrial capacity cooperation“ und „strategic complementarity“ auf.¹⁰ Neben einer

⁷ Wekesa 2015.

⁸ Mthembu 2016: 2.

⁹ China’s African Policy 2015.

¹⁰ Ndzendze 2019: 5.

Vielzahl ‚weicher‘ Infrastrukturprojekte setzt die ‚Agenda 2063‘ aber auch auf den Ausbau der kontinentalen Transportnetzwerke mit dem Ziel einer „[...] world class, integrative infrastructure that criss crosses the continent.“¹¹ Hier bietet sich für China ein Anknüpfungspunkt zu einer der wichtigsten chinesischen Entwicklungsstrategien – der 2013 von Xi Jinping verkündeten Belt and Road Initiative (BRI), die unter anderem auf den Ausbau interkontinentaler Handelsrouten abzielt.¹² „The scale and scope of the Belt and Road initiative is staggering. Estimates vary, but over \$300 billion have already been spent, and China plans to spend \$1 trillion more in the next decade or so.“¹³ Während der Ausbau der afrikanischen Infrastruktur spätestens seit dem Bau der Eisenbahnlinie zwischen Tansania und Simbabwe in den 1970er-Jahren mit Investitionen aus China verknüpft ist, waren die meisten Bauprojekte

weder auf chinesischer noch afrikanischer Seite in einen größeren strategischen Rahmen eingebettet. Die Belt and Road Initiative ermöglicht es China nun, seine zahlreichen Aktivitäten in diesem Bereich, aber auch darüber hinausgehende Projekte – wie die Sicherung internationaler Seerouten – nicht nur in seine eigenen geopolitischen Zielsetzungen zu integrieren, sondern durch die starke Betonung der Komplementarität zur ‚Agenda 2063‘ auch als legitimen Beitrag zur kontinentalen afrikanischen Entwicklung zu vermarkten.

Die Verlagerung von bestimmten Kooperationsfeldern auf die regionale Ebene stärkt – im Vergleich mit einem strikt bilateralen Format – zumindest aus theoretischer Perspektive die Verhandlungsmacht der afrikanischen Seite. China sieht aber trotz einer möglichen Eigenbegrenzung durchaus strategische Vorteile in der Bündelung afrikanischer Positionen. Die AU fungiert in einem solchen Setting als Katalysator für die afrikanischen Interessen und reduziert dadurch (im Vergleich zu 54 individuellen Dialogen) für die chinesische Seite die Komplexität und die Kosten der Verhandlungen. Neben einer erhöhten Effizienz hat die Einbeziehung regionaler Organisationen auch einen legitimato­rischen Effekt für das chinesische Afrikaengagement. China sieht allerdings noch starke strukturelle Defizite bei der Afrikanischen Union und zweifelt daran, dass die AU ih-

¹¹ Agenda 2063: 5.

¹² Im Gegensatz zur ‚Agenda 2063‘ handelt es sich bei der BRI um keine ausformulierte Einzelstrategie, sondern eine Kombination unterschiedlicher Projekte, Maßnahmen und Mechanismen, die sich auf die Vision von Xi Jinping von einer von China gesteuerten globalen Wirtschaftsintegration beziehen. Neben dem Ausbau physischer Infrastruktur umfasst die Initiative auch wirtschaftliche, politische, diplomatische und militärische Elemente.

¹³ Manuel 2017: 1.

ren regionalen Führungsanspruch gegenüber nationalstaatlichen Interessen durchsetzen kann. Bilaterale Kooperation ist aus Sicht Pekings nach wie vor die praktikabelste und pragmatischste Lösung, das chinesische Engagement in Afrika voranzutreiben.

Trotzdem haben sich die Beziehungen zwischen der AU und China in den letzten zehn Jahren deutlich verstärkt und China hat seine finanzielle Unterstützung für die AU massiv ausgebaut. Das gründet sich einerseits auf der Hoffnung Pekings, dass sich die AU langfristig zu einem starken Akteur in Afrika entwickeln wird, andererseits auf verschiedenen Initiativen der AU, die eine stärkere Rolle im sino-afrikanischen Dialog für sich einfordert. China gewinnt durch die frühe Unterstützung der AU einen potenziellen Verbündeten bei zukünftigen Projekten in Afrika und kann wie bei der Verknüpfung der BRI mit der ‚Agenda 2063‘ seine Afrikapolitik in Kontext zu afrikanischen Entwicklungsstrategien setzen. Die Annäherung an die Afrikanische Union hat damit – auch ohne große Fortschritte in der angestrebten Rationalisierung der Beziehungen zum afrikanischen Kontinent – einen Legitimationseffekt gegenüber afrikanischen und westlichen Kritikern. Auch die Resilienz des chinesischen Afrikaengagements wird durch einen Transfer von Gestaltungskompetenzen, wie etwa im Hinblick auf die Beteili-

gung der Afrikanischen Union an der Ausgestaltung der FOCAC-Rahmenpläne, und eine Diversifizierung der Akteurskonstellation gestärkt. Die Dominanz Chinas im FOCAC-Prozess und anderen sino-afrikanischen Dialogforen, in Verbindung mit dem Versprechen einer Win-win-Situation für beide Seiten und der Betonung der ökonomischen Potenziale Afrikas, erzeugt eine hohe Erwartungshaltung aufseiten der afrikanischen Partner. Durch eine Einbindung afrikanischer Entwicklungspläne und die Stärkung multilateraler Partizipationsmechanismen entlastet sich China zu gewissen Teilen von der Verantwortung bei einem ausbleibenden wirtschaftlichen Erfolg chinesischer Investitionen. Die Beteiligung oder zumindest der Anschein der Beteiligung afrikanischer Akteure an der Ausgestaltung von Investitionsstrategien und spezifischen Projekten ist dabei für China ein wichtiges Argument gegen die wachsende Beunruhigung über eine chinesische „debt-trap diplomacy“ und damit verbundene anti-chinesische Ressentiments in vielen afrikanischen Staaten.¹⁴

2 Interregionale Sicherheitskooperation

Die Friedens- und Sicherheitspolitik bildet nicht nur einen Schwerpunkt in den Aufgabenbereichen der Afri-

¹⁴ Dahir 2019.

kanischen Union, sondern ist auch ein zentrales Element der interregionalen Kooperation mit China. Während alle Ebenen des chinesischen Sicherheitsengagements in Afrika, von der multilateralen über die regionale und subregionale bis zur bilateralen Ebene, Auswirkungen auf die Rolle und Funktion der AU als einer der zentralen Sicherheitsakteure in Afrika haben, werden im Folgenden besonders die internationale und die regionale Ebene betrachtet. Neben der Erörterung der sicherheitsrelevanten Interaktionen und Strukturen zwischen China und der AU stehen dabei besonders die Kooperationsmotive sowie die normativen Aspekte der beteiligten Akteure im Vordergrund.

Auf internationaler und UN-Ebene kann die AU in vielen Politikfeldern, die in Einklang mit chinesischen Interessen sind bzw. keine strategischen Kerninteressen Chinas tangieren oder zumindest nicht konträr zur chinesischen Außenpolitik stehen, auf die Unterstützung Pekings bauen. Im Bereich der Konfliktbearbeitung verfolgt die AU mit ihrem Prinzip der verpflichtenden Intervention und dem Leitsatz der ‚non-indifference‘ einen deutlich aktiveren Kurs als China, das sich immer noch dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten verpflichtet fühlt.¹⁵ Trotz dieser zunächst einmal konträren

Positionen gibt es in Bereichen wie der Bewahrung nationalstaatlicher Souveränität und der Lösung zwischenstaatlicher Konflikte eine gewisse Deckungsgleichheit. Viele der AU-Mitgliedsstaaten vertreten eine eher ablehnende Haltung gegenüber externen Konfliktlösungsinstrumenten und solidarisieren sich häufig mit Regimen, die von westlichen Staaten oder internen Gegenspielern unter Druck gesetzt werden. Durch diesen Widerspruch zwischen der regionalen und der nationalen Ebene tendieren viele Ergebnisse des AU-internen Verhandlungsprozesses hinsichtlich des Umgangs mit Krisen auf dem Kontinent zu einem Kompromiss des kleinsten gemeinsamen Nenners.¹⁶ Die Ergebnisse diplomatischer Prozesse innerhalb der Afrikanischen Union konvergieren dadurch häufig mit den Vorstellungen Chinas über geeignete Lösungswege komplexer afrikanischer Krisensituationen; allerdings nutzt China auch die fehlende Entschlossenheit innerhalb der AU, um eigene Entscheidungen zu legitimieren. In einigen Fällen, wie etwa bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über den Umgang mit den autoritären Regimen in Simbabwe und Libyen, deren Machthaber zum jeweiligen Zeitpunkt enge Beziehungen zu Peking pflegten, bot sich der chinesischen Regierung mit dem Verweis auf die AU eine simple Möglichkeit, die eigene Zurückhal-

¹⁵ Lammich 2019: 76.

¹⁶ Vgl. Hoeymissen 2010: 12.

tung auf internationaler Bühne zu begründen. Unter Berücksichtigung der chinesischen Doktrin der ‚Nichteinmischung in innere Angelegenheiten‘ und der guten bilateralen Beziehungen, die China zu den meisten international eher kritisch beäugten Regimen unterhält, ist im Falle einer Ablehnung von Sanktionen also eher fraglich, ob die Einbeziehung afrikanischer Positionen überhaupt einen Einfluss auf die chinesische Entscheidungsfindung hat oder vielmehr nur zur nachträglichen Legitimation genutzt wird.

Allerdings hat China auch in einigen Fällen Sanktionen oder sogar Interventionen in afrikanische Staaten mit Verweis auf die AU unterstützt und damit die multilaterale afrikanische Entscheidungsebene über eigene außenpolitische Prinzipien und bilaterale Beziehungen zu afrikanischen Regimen gestellt. China erachtet eine Intervention im Rahmen eines „African Consensus“¹⁷ als legitim und unterstützt die Afrikanische Union auch bei Maßnahmen, die einer orthodoxen Interpretation des chinesischen Nichteinmischungsprinzips widersprechen. „Most probably, this duality [the right to intervene] in the founding principles of the African Union has contributed to changing and softening the stance of Beijing in relation to not getting involved in internal African affairs.“¹⁸

¹⁷ Hoeymissen 2010: 11.

¹⁸ Olsen 2015: 17.

2.1 Chinas direkte Unterstützung der AU-Sicherheitsarchitektur

Neben dieser Unterstützung auf multilateraler und diplomatischer Ebene erkennt China auch zunehmend die Rolle der AU bei der aktiven Konfliktlösung an und hat wiederholt seine Bereitschaft gezeigt, die kollektiven afrikanischen Sicherheitsmechanismen auch durch konkrete Maßnahmen zu stärken: „[...] the past five years has seen a deepening cooperation between China and regional organizations such as the AU, which are largely centered on conflict management and resolution primarily through offering support to peacekeeping, humanitarian and mediation efforts.“¹⁹ Chinas direkter Beitrag zur AU-Sicherheitsarchitektur ist allerdings im internationalen Vergleich bisher relativ moderat und beschränkt sich wie auch in anderen Sektoren auf singuläre, häufig ereignisbezogene Unterstützung. Nennenswerte Zuwendungen erhielten nur die beiden AU- bzw. hybriden AU/UN-Missionen im Sudan (AMIS/UNAMID) und in Somalia (AMISOM) sowie die im Aufbau befindliche African Standby Force (ASF).

AMISOM: Im Januar 2007 beschloss die AU die Einrichtung der African Union Mission in Somalia (AMISOM) als Substitut der IGAD Peace Support Mission to Somalia (IGASOM). Das multidimensionale Mandat von AMISOM umfasst nach

¹⁹ Aubyn 2013: 17.

einigen Erweiterungen inzwischen sowohl die Bekämpfung der Al-Shabab-Miliz und anderer bewaffneter oppositioneller Gruppen als auch die Stärkung regulärer somalischer Einheiten und die Hilfestellung beim Wiederaufbau in Somalia.²⁰ China hat sich im Sicherheitsrat schon früh für eine Unterstützung der AMISOM durch die Vereinten Nationen bzw. sogar für die komplette Übernahme der Mission durch die UN ausgesprochen. China bezog sich dabei besonders auf den Friedens- und Sicherheitsrat der AU, der ebenfalls eine Einbindung der UN wollte. „An important factor behind China’s position was that the African Peace and Security Council for a long time had pushed for a UN takeover of the AU mission in Somalia.“²¹ Im Bereich der direkten finanziellen und technischen Unterstützung hatte Chinas Beitrag aber eher eine deklarative Natur und beschränkt sich neben sporadischen finanziellen Zuwendungen auf die Bereitstellung von Ausrüstungsteilen.²² Im Jahr 2009

unterstützte China AMISOM direkt mit 300.000 US-Dollar und stellte den AMISOM-Kontingenten aus Uganda und Burundi logistische Hilfestellung im Wert von ca. 600.000 US-Dollar zur Verfügung.²³ Im Jahre 2010 sagte China AMISOM eine einmalige Unterstützung in Höhe von 30 Millionen RMB (ca. 4,5 Millionen US-Dollar) für Ausrüstung und Material zu; die Auszahlung wurde Ende 2011 durchgeführt.²⁴ Die nächste nennenswerte Finanzierung durch China erfolgte dann erst wieder im Jahre 2015 mit der Zusage über 2,2 Millionen US-Dollar, wovon 1,2 Millionen US-Dollar direkt für die Verbesserung der Einsatzbedingungen für AMISOM-Kräfte und 1 Million US-Dollar für den Bau von Waffenlagern für die reguläre somalische Armee (SNAF) vorgesehen waren.²⁵ Im Jahr 2016 spendete China einige Ausrüstungsteile für AMISOM und die SNAF, darunter drei Suppenküchen sowie Schlafsäcke und Helme.²⁶ Chinas finanzielle und technische Unterstützung für die AMISOM-Truppen ist allerdings im internationalen

20 AMISOM-Mandat, <http://amisom-au.org/amisom-mandate/>, zuletzt aufgerufen am 24.02.2021.

21 Olsen 2015: 8.

22 Indirekt unterstützt China AMISOM auch durch seinen finanziellen Beitrag zu UNSOM, der UN-Unterstützungsmission für AMISOM. China finanziert diese Art von Special Political Missions des United Nations Department for Field Support (DFS) mit einem Anteil von 5,15% (DFS Fact-Sheet 2014).

23 „China supports AMISOM Mission“, <http://et.china-embassy.org/eng/zgxx/zgxw/t531472.htm>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.

24 „China grants 30 million RMB to the African Union Mission in Somalia“, <http://china.aiddata.org/projects/41113>, zuletzt aufgerufen am 24.02.2021.

25 African Union 2015.

26 AMISOM 2017.

Vergleich kaum wahrnehmbar. Die Europäische Union, neben den USA und Großbritannien einer der größten externen Geber für die AU-Mission, hat im Zeitraum 2007–2017 etwa 2 Mrd. US-Dollar beigesteuert.²⁷

AMIS: Die im Jahr 2006 eingeleitete AU-Mission im Sudan erhielt im selben Jahr von China eine einmalige Zuwendung von 3,5 Millionen US-Dollar, was in etwa einem Anteil von 0,75% des jährlichen Gesamtbudgets entsprach.²⁸ Während China auch in den folgenden Jahren die Friedensmissionen im Sudan unterstützte, ist aufgrund des hybriden Charakters der AMIS-Folgemission UNAMID keine klare Trennung zwischen den Ressourcen möglich, die China für die AU bzw. für die UN bereitstellt.

Trotz der im Vergleich zu anderen Gebern deklarativen Natur dieser Zuwendungen impliziert die direkte Hilfestellung Chinas eine Anerkennung der Rolle der AU als Friedensmacht in Afrika. China unterstützt – wenn auch nur in geringem Maße – den Aufbau militärischer Kapazitäten, die direkt bei der AU angesiedelt sind und nicht bei nationalen Streitkräften oder auf UN-Ebene liegen.

²⁷ Williams 2017.

²⁸ Ayenagbo 2012: 29; Hoeymissen 2011: 100.

2.2 Institutionalisierte Kooperationsmechanismen im Sicherheitssektor

China hat seine verstärkte Unterstützung regionaler und multilateraler Organisationen als Sicherheitsakteure in Afrika erstmals 2006 in seinem African Policy Paper offiziell formalisiert: „[...] China supports the positive efforts by the AU and other African regional organizations and African countries concerned to settle regional conflicts and will provide assistance within our own capacity. It will urge the UN Security Council to pay attention to and help resolve regional conflicts in Africa. It will continue its support to and participation in UN peacekeeping operations in Africa.“²⁹

Auch in seinem zweiten Policy-Dokument zu Afrika 2015 betont China sowohl die eigene Rolle als Sicherheitsakteur in Afrika als auch die Notwendigkeit der Verstärkung institutioneller Sicherheitskooperation. „It will implement the Initiative on China-Africa Cooperative Partnership for Peace and Security and continue to provide, within its capabilities, support to Africa for its development of collective security mechanisms such as the African Standby Force and the African Capacity for Immediate Response to Crises.“³⁰ Allerdings steht dabei besonders die bilaterale militärische

²⁹ China's African Policy 2006.

³⁰ China's African Policy 2015: 6.1.

Kooperation im Vordergrund: „China will further strengthen military exchanges and cooperation with African countries. [...] It will continue to help African countries enhance their capacity building in national defense and peacekeeping to safeguard their own security and regional peace.“³¹ Dieser Fokus auf staatliche Sicherheitskapazitäten spiegelt auch die Realität chinesischer Militärkooperationen auf dem Kontinent wider, die überwiegend auf bilaterale Partnerschaften setzen. Trotz der nach wie vor bestehenden Dominanz nationalstaatlicher Zusammenarbeit haben sich aber auch auf regionaler Ebene inzwischen neue Strukturen und Institutionen gebildet. Zwölf Jahre nach Chinas ersten Schritten in Richtung interregionaler Sicherheitskooperation reichen die sicherheitsrelevanten Arrangements zwischen China und der AU von ‚weichen‘ vertrauensbildenden Maßnahmen und vorbeugender Diplomatie bis zu spezifischen Mechanismen zur Konfliktlösung und direkter militärischer Unterstützung. Einen zentralen Aspekt bilden dabei verschiedene verstetigte Dialog- und Konsultationsmechanismen zwischen Peking und dem AU-Hauptsitz in Addis Abeba. Neben dem 2008 gegründeten Strategic Dialogue Mechanism, der zum Austausch über „major international and regional

issues of common concern“³² dient, ist die AU auch an der Initiative ‚China-Africa Cooperative Partnership for Peace and Security‘ (ICACPPS) beteiligt, in der sich China laut Gründungserklärung regelmäßig mit den afrikanischen Außenministerien über Fragen der gemeinsamen Strategie für militärische Missionen, aber auch sensible Themen wie Kriterien und Normen für eine Intervention austauschen soll.³³ „In all, the launch of ICACPPS and other FOCAC-inspired initiatives marked a conscious decision to reinvigorate China’s engagement with the AU on peace and security issues which had until then, only tangentially been touched upon in China’s African policy.“³⁴ Seit dem offiziellen Start von ICACPPS im Jahre 2012 bleibt die genaue Struktur aber unklar und abgesehen von einer kurzen Erwähnung im Rahmen des FOCAC-Gipfeltreffens 2015 blieb es weitestgehend ruhig um diese Partnerschaft.

Auch im Rahmen des FOCAC-Treffens werden regelmäßig sicherheitsbezogene Themen diskutiert und neue gemeinschaftliche Initiativen für die Konfliktbearbeitung in Afrika initiiert. So wurde auf dem FOCAC-Treffen 2012, bei dem die AU erstmalig als reguläres Mitglied teilnahm, ein Paket an sicherheitsbezo-

31 China’s African Policy 2015: 6.2.

32 Ministry of Foreign Affairs of the People’s Republic of China 2011.

33 Huang 2011: 264–265; Zhang 2016: 40.

34 Ukeje 2018: 304.

genen Maßnahmen verabschiedet. Von chinesischer Seite wurden der Start von ICACPPS bekannt gegeben, finanzielle Unterstützung für die AU-Friedensmissionen und den Aufbau der ASF versprochen und Zusagen über zusätzliche Trainingsmaßnahmen für AU-Peacekeepers und -Sicherheitsexperten gemacht. „To enhance cooperation with Africa on peace and security issues, the Chinese side will launch the ‚Initiative on China-Africa Cooperative Partnership for Peace and Security‘ and will provide, within the realm of its capabilities, financial and technical support to the African Union for its peace-support operations, the development of the African Peace and Security Architecture, personnel exchanges and training in the field of peace and security and Africa’s conflict prevention, management and resolution and post-conflict reconstruction and development.“³⁵

Diese Zusagen aus dem Action Plan wurden dann im gleichen Jahr im Rahmen eines Treffens zwischen dem Vizevorsitzenden der Kommission der AU Erastus Mwencha und dem chinesischen Konteradmiral Guan Youafei in Addis Abeba konkretisiert. Es wurde eine Vereinbarung über die Stärkung der Kooperation im Bereich Frieden und Sicherheit unterzeichnet und China verpflichtete sich zur Zahlung von 80 Millionen RMB (ca. 12,5 Millionen US-Dol-

lar) für die logistische Unterstützung von AU-Missionen.³⁶

Das China Africa Defense and Security Forum (CADSF), das im September 2018 in Peking unter Beteiligung von Delegationen aus 49 Staaten und der AU eingeweiht wurde, ist ein weiteres Beispiel für die Institutionalisierung und Militarisierung der sino-afrikanischen Sicherheitskooperation unter Mitwirkung der AU. Das Forum, dem Hu Changming, (Leiter des Büros für internationale Militärkooperation der Zentralkommission der PLA) vorstand, diskutierte Fragen regionaler Sicherheit und zukünftiger Kooperation. Das Format ist dabei – anders als die ‚Initiative on China-Africa Cooperative Partnership for Peace and Security‘ – nicht auf den politischen, sondern auf den militärischen Sektor ausgerichtet und es wird erwartet, dass es in Zukunft als ein permanenter Bestandteil der sino-afrikanischen Dialogstruktur verankert wird und sich am Sitzungsturnus der FOCAC-Gipfeltreffen orientiert.³⁷

³⁵ FOCAC Action Plan 2012: 2.6.3.

³⁶ „AU Press Release N° 126/2012“, https://au.int/sites/default/files/newsevents/pressreleases/26582-pr-pr_n._126-auc_and_china_sign_peace_and_security_agreements.pdf, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.

³⁷ „China-Africa defense, security forum opens in Beijing“, http://eng.chinamil.com.cn/view/2018-06/27/content_8071089.htm, zuletzt aufgerufen am 25.02.2021; Kovrig 2018.

Aber auch außerhalb von FOCAC und anderen strukturierten Dialogen, etwa im Kontext von Afrikareisen chinesischer Politiker oder im Vorfeld wichtiger Treffen, bekräftigt China seine Unterstützung für die AU als Sicherheitsakteur regelmäßig durch neue Maßnahmen sowie finanzielle und technische Hilfe. Im September 2015 verkündete der chinesische Präsident Xi, dass China „military aid“ in einem Umfang von 100 Millionen US-Dollar über einen Zeitraum von vier Jahren an die AU leisten werde, um den Aufbau der African Standby Force und deren Interimsmechanismus African Capacity for Immediate Response to Crises (ACIRC) zu fördern.³⁸ Drei Monate später, beim 2015 FOCAC-Gipfel in Johannesburg, bestätigte China seine Zusicherung, die Kapazitäten der AU im Bereich Frieden und Sicherheit zu stärken, und erweiterte seine finanziellen Zusagen noch einmal um 60 Millionen US-Dollar zur Unterstützung der ASF und des ACIRC.³⁹

Zusätzlich zur direkten finanziellen und logistischen Förderung der AU-Sicherheitsarchitektur leistet China auch einen indirekten Bei-

trag zur militärischen Kapazität der AU, indem es bilaterale Abkommen über „military aid“ in einigen Fällen mit der Beteiligung der jeweiligen Staaten an AU-Friedensmissionen verknüpft. So hat China seine erweiterte Unterstützung für den Militärapparat verschiedener Länder, darunter Südafrika, Tansania, Burundi, Nigeria und Uganda, mit deren regionalem Engagement und der Beteiligung an regionalen Sicherheitsstrukturen begründet, dieses allerdings nicht weiter präzisiert.⁴⁰ Die massive Ausweitung der chinesischen Militärkooperation in den letzten Jahren und Formate wie das CADSF scheinen allerdings weitestgehend unabhängig vom regionalen Engagement der afrikanischen Staaten zu sein und unterschiedlichen strategischen Interessen zu folgen. Neben der Konfliktbewältigung auf dem afrikanischen Kontinent, bei der China regionale Sicherheitsstrukturen unterstützt, ist etwa der Ausbau chinesischer Rüstungsexporte nach Afrika ein zentrales Anliegen Pekings und auch Staaten, die sich nicht an regionalen Friedensmissionen beteiligen, werden hierfür umworben.⁴¹ Laut Kovrig⁴² bilden Angola, die DR Kongo und Simbabwe die Schwerpunkte chinesischer Investitionen in die jeweiligen na-

38 „China is Here for Peace“, Remarks by Xi Jinping at the United Nations Peacekeeping Summit 2015/09/28, http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjdt_665385/zyjh_665391/t1302562.shtml, zuletzt aufgerufen am 25.02.2021.

39 SAIIA 2017: 8.

40 Shinn 2008.

41 DIA 2019: 108.

42 Kovrig 2018.

tionalen Militärapparate, wobei die Gründe hier von wirtschaftlichen Interessen bis zu persönlichen Beziehungen reichen.⁴³

Während die militärischen Kapazitäten der AU in den vergangenen Jahren sicherlich von der Unterstützung Chinas profitiert haben, ist das chinesische Engagement nicht an ein spezifisches langfristiges Programm oder Konzept gebunden und damit für die Empfängerseite wenig berechenbar.⁴⁴ Anders als etwa bei den USA, die feste finanzielle Zusagen zum Aufbau einer afrikanischen Sicherheitsarchitektur an längerfristige Rahmenprogramme wie die Global Peace Operations Initiative (GPOI)⁴⁵ gekoppelt haben, finden sich aufseiten Chinas nur wenig konkrete Zusagen in entsprechenden Rahmendokumenten. Technische und finanzielle Unterstützung spiegelt häufig aktuelle Entwicklungen der chinesischen (Außen-)Politik wider oder ergeht im Umfeld großer Ereignisse wie der FOCAC-Treffen oder Top-Level-Besuchen chinesischer Politiker bei der AU. So kann etwa die Beteiligung Chinas an der AU-Missi-

on in Darfur als eine Reaktion auf zunehmende internationale Kritik an der engen Beziehung zwischen Peking und Khartum interpretiert werden. Ebenso lässt sich die Partizipation an AMISOM als unmittelbarer Versuch, chinesische Handelsrouten zu schützen, verstehen.⁴⁶ Diese stark reaktive und flexible Strategie Chinas verhindert aufseiten der Afrikanischen Union eine langfristige Kalkulation und Einplanung chinesischer Unterstützung für den Kapazitätsaufbau sowie die Berücksichtigung Chinas bei der Verstetigung einer regionalen Sicherheitsinfrastruktur.⁴⁷

2.3 Die internationale Dimension sino-afrikanischer Sicherheitskooperation

Die aktive Teilnahme der AU an den verschiedenen bilateralen Dialogforen zwischen China und den afrikanischen Staaten wird vonseiten Pekings befürwortet, wobei die Aufwertung der AU als Vollmitglied im FOCAC-Dialog eines der prominentesten Beispiele für die potenzielle Rolle der AU als Vermittler zwischen

⁴³ So weist Walsh etwa darauf hin, dass der ehemalige kongolesische Präsident Joseph Kabila, der von 2001–2019 im Amt war, eine militärische Ausbildung in China absolviert hatte (Walsh 2019: 975).

⁴⁴ Hoeymissen 2011: 100.

⁴⁵ <https://www.state.gov/t/pm/gpi/gpoi/c20197.htm>, zuletzt aufgerufen am 01.07.2019.

⁴⁶ Shichor 2007: 8.

⁴⁷ Die EU etwa finanziert AU-Friedenseinsätze über das 2004 gegründete African Peace Facility Project (APF), das aus dem European Development Fund (EDF) finanziert wird und fester Bestandteil des mehrjährigen Finanzrahmens der EU (MFR) ist (https://ec.europa.eu/europeaid/regions/africa/continental-cooperation/african-peace-facility_en, zuletzt aufgerufen am 25.02.2021).

China und den afrikanischen Staaten ist.

Durch die Inklusion der AU in multilaterale Dialoge verbessert sich die Möglichkeit afrikanischer Staaten, regionale Positionen zu finden, was zu einer Stärkung der Verhandlungsmacht gegenüber China führen kann. Gleichzeitig reduziert die AU auch die Komplexität und Kosten von Verhandlungen zwischen China und Afrika und legitimiert die Arrangements zwischen China und afrikanischen Staaten durch eine Integration in regionale Kontexte. Chinas intensive Beziehungen zu autoritären Regimen in Afrika, wie etwa Sudan, Angola oder Simbabwe, sind in der Vergangenheit von westlichen, aber auch afrikanischen Akteuren massiv kritisiert worden. Besonders in sensiblen Bereichen wie der militärischen Unterstützung oder dem Ausbau digitaler staatlicher Infrastruktur schwächen die Einbettung in regionale Kontexte und die Bündelung von Kooperationsabkommen die negative Außenwahrnehmung gegenüber klar bilateral verhandelten Abkommen ab.

Die Annäherung der AU an China hat neben regionalen Effekten wie der kollektiven Vertretung afrikanischer Interessen gegenüber China und dem daraus resultierenden Kapazitätsgewinn regionaler Strukturen auch eine globale Dimension. In gewissen Teilbereichen internationaler Politik nehmen sowohl China als auch die AU eine Überlappung

zwischen chinesischen und afrikanischen Positionen wahr, die konträr zu den Diskursen vieler westlicher Akteure steht. Die afrikanische Seite sieht in China etwa im Rahmen der WTO (World Trade Organization) einen Verbündeten bei der Durchsetzung von Wirtschaftsmodellen, die sich nicht an einer hierarchischen Nord-Süd-Handelsbeziehung orientieren, sondern auch neue Konzepte wie die Süd-Süd-Kooperation stärker berücksichtigen.⁴⁸ Im Bereich der Sicherheitspolitik wird eine ähnliche Allianz zumindest vonseiten Chinas auch für die Gestaltung internationaler Normen angestrebt. Paltiel⁴⁹ und einige chinesische Wissenschaftler sehen in der Annäherung Chinas an die AU und RECs den Versuch, eine „favourable interpretative community“ zu schaffen, die China dabei stützt, den internationalen Konsens über staatliche Souveränität neu zu verhandeln. China bezieht sich dabei auf Überschneidungen eigener Positionen mit jenen der regionalen Akteure in Afrika, die oft nicht der Auffassung westlicher Staaten entsprechen.

Zusätzlich dient die AU China als positives Beispiel für alternative Modelle zu Konfliktlösung und interna-

⁴⁸ Für eine ausführliche Diskussion der chinesischen Allianzbildung mit IBSA, der Verhandlungsgruppe der Entwicklungsländer bei der WTO, siehe Chakraborty 2012; Ismail 2017: 2–6.

⁴⁹ Paltiel 2007: 205.

tionaler Schutzverantwortung (R2P), die nationalstaatliche Souveränität respektieren.⁵⁰ Ein wahrnehmbarer Effekt der chinesischen Unterstützung Regionaler Organisationen in Afrika ist die Etablierung regionaler Körperschaften als Foren für die Normensetzung bei internationalen Interventionen in Afrika. Die AU gewinnt durch die chinesische Rückendeckung an Profil und kann sich gegenüber ihren Mitgliedsstaaten und externen Akteuren als regionaler Einflussfaktor behaupten. China leistet somit einen indirekten Beitrag zur Aufwertung der Afrikanischen Union als Schlüsselakteur in der Region und stärkt ihre Rolle auch außerhalb der sino-afrikanischen Kooperation. „An increasingly important way China attempts to deflect international criticism is by closely aligning its policies with those of the AU or a relevant regional organization and pointing out where its views and those of key African players converge on a conflict issue.“⁵¹

Durch die zunehmende Ausweitung chinesischer Investitionen in Afrika ist auch die internationale Erwartungshaltung im Hinblick auf eine stärkere Einbindung Chinas in internationale Konfliktlösungen gewachsen. Für China stellt dabei die Partizipation an internationalen Friedensmissionen eine Möglichkeit

dar, sein in Teilen negatives Image in Afrika aufzupolieren und nicht länger nur als Rohstoffexporteur gesehen zu werden. Die Unterstützung von AU-Missionen repräsentiert zwar eine Abkehr von der präferierten bilateralen Linie, gibt China aber eine Gelegenheit zur aktiven Mitwirkung bei der Sicherung einer einigermaßen stabilen Investitionslage und zu einem breiten Reputationsgewinn bei afrikanischen Partnern.

3 Fazit

Als China im Jahre 2006 mit seiner ersten ‚African Policy‘ den Grundstein für die Annäherung an die Afrikanische Union legte, spielten sicherheitspolitische Erwägungen – wie im Hinblick auf den Kampf gegen den internationalen Terrorismus – keine entscheidende Rolle in der chinesischen Afrikapolitik. Der graduelle Ausbau der sicherheitspolitischen Komponente in den sino-afrikanischen Beziehungen wurde erst in den Folgejahren durch verschiedene Vorfälle wie die Attacke auf ein chinesisches Ölfeld in Ogaden im Jahre 2007 angeregt und ist inzwischen ein zentrales Element der interregionalen Beziehungen zwischen China und der AU. Chinas wachsendes Engagement für multilaterale und regionale Mechanismen zur Konfliktbewältigung ist dabei sowohl eine Reaktion auf lokale Entwicklungen und neue internationale Sicherheitsrisiken als auch Teil einer

⁵⁰ Hoeymissen 2011: 109.

⁵¹ Hoeymissen 2011: 102.

längerfristigen Strategie, die eng mit anderen Teilen der chinesischen Afrikapolitik verzahnt ist. Konflikte und instabile Regime bedrohen die chinesische Investitionsstrategie in Afrika und zwingen China in eine aktivere Rolle bei der Konfliktlösung auf dem Kontinent. Die Afrikanische Union als einer der wichtigsten Akteure für die Konfliktprävention und -bewältigung in Afrika wird in diesem Kontext von Peking als ein Instrument zur Sicherung und Verbesserung des Investitionsklimas für chinesische Unternehmungen betrachtet. Zugleich dient die Unterstützung regionaler Friedensbemühungen dazu, Befürchtungen westlicher Mächte vor einem international operierenden chinesischen Militärapparat abzuschwächen und dem Verdacht neokolonialer Ambitionen auch auf afrikanischer Seite entgegenzuwirken. Die inzwischen von China eingenommene Position, dass militärische Operationen in Afrika zwar notwendig sind, aber von Afrika initiiert, verabschiedet und durchgeführt werden sollten, kann dabei als Eingeständnis angesehen werden, dass das Prinzip der Nichteinmischung in seiner Reinform angesichts der komplexen afrikanischen Konfliktszenarien nicht aufrechterhalten werden kann und dass Chinas Wunsch nach Minimierung politischer und wirtschaftlicher Risiken gegenüber der orthodoxen Auslegung außenpolitischer Grundsätze überwiegt. Obwohl China sei-

ne Unterstützung für die regionale Sicherheitsarchitektur weiterhin ausbaut, gibt es Bedenken in Peking, ob die AU ihren selbstgesteckten sicherheitspolitischen Zielen gerecht werden kann. Die strukturellen und kapazitären Defizite innerhalb der AU, eine unzureichende Koordination zwischen den verschiedenen Akteursebenen und die Präferenz afrikanischer Staaten für nationale statt regionale Lösungsansätze hemmen dabei das chinesische Engagement. Während die AU und regionale Mechanismen zur Konfliktlösung in den letzten Jahren deutlich an Relevanz für das chinesische Engagement in Afrika gewonnen haben, ist China umgekehrt für die afrikanische Sicherheitsarchitektur nur ein Partner unter vielen. Obwohl der Sicherheitssektor einen der Bereiche interregionaler Zusammenarbeit mit den am stärksten ausgeprägten Dialog- und Kooperationsstrukturen zwischen China und der AU darstellt, fällt die Bilanz dieser Kooperation für die militärische Kapazitätsentwicklung der AU vergleichsweise ernüchternd aus. Chinas direkter finanzieller und militärischer Beitrag zur afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur ist zwar in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen und eine weitere Zunahme ist zu erwarten; allerdings bleibt die Unterstützung erratisch und hat, wie gezeigt, teilweise einen eher symbolischen Charakter. Westliche Partner, allen voran die Euro-

päische Union, sind die wichtigsten externen Unterstützer der AU und haben den größten Einfluss auf die strategische Ausrichtung der Organisation.⁵² Die Resultate der interregionalen Sicherheitskooperation für die Afrikanische Union zeigen sich eher als indirekte Effekte in anderen Bereichen der funktionalen Leistungsbilanz. Die unterschiedlichen sicherheitsbezogenen Strukturen, die in den letzten Jahren entstanden sind, tragen zum interregionalen Institution Building bei und eröffnen der AU neue Optionen für den Ausbau ihrer Handlungskompetenzen in diesem Sachgebiet. Dass China – auf bilateraler und multilateraler Ebene bereits einer der wichtigsten externen Sicherheitsakteure in Afrika – seine Interaktionen mit der AU konstant erweitert, stärkt zusätzlich die Wahrnehmung der AU als sicherheitspolitischer Akteur aufseiten ihrer Mitgliedsstaaten, aber auch seitens externer Partner.

Literaturverzeichnis

- African Union (2015): The People's Republic of China extends financial support to the African Union Mission in Somalia, <http://www.peaceau.org/en/article/the-people-s-republic-of-china-extends-financial-support-to-the-african-union-mission-in-somalia>, zuletzt aufgerufen am 24.02.2021.
- African Union (2013): Agenda 2063: The Africa We Want, <https://au.int/en/agenda2063/overview>, zuletzt aufgerufen am 24.02.2021.
- Alden, Chris (2007), *China in Africa*, Zed Books: London.
- AMISOM Press release (049/2017): <http://amisom-au.org/2017/05/amisom-hands-over-part-of-the-chinese-donated-equipment-to-the-somali-national-army-sna/>, zuletzt aufgerufen am 24.02.2021.
- Aubyn, Festus (2013): China's Foray into African Security and the Question of Non-Interference, in: *African East Asian Affairs, The China Monitor*, Issue 3. Centre for Chinese Studies at Stellenbosch University: South Africa S. 9–30.
- Ayenagbo, Kossi/Njobvu, Tommie et al. (2012): China's Peacekeeping Operations in Africa: From Unwilling Participation to Responsible Contribution, in: *African Journal of Political Science and International Relations* Vol. 6 (2), S. 22–32.
- Chakraborty, Debashi/Banerjee, Pritam et al. (2012): Developing Country Coalitions in WTO Negotiations: How Cohesive Would IBSAC (India, Brazil, South Africa, China) be?, Working Papers 1212, Indian Institute of Foreign Trade.
- China's African Policy (2006): White Paper on China's African Policy, <https://journals.sagepub.com/doi/>

⁵² Stapel 2017: 13.

- pdf/10.1177/000944550704300309, zuletzt aufgerufen am 20.03.2021.
- Chinese Government (2015): China's Second Africa Policy Paper 2015, in: China.org.cn vom 05.12.2015, http://www.china.org.cn/world/2015-12/05/content_37241677.htm, zuletzt aufgerufen am 04.03.2021.
- Dahir, Abdi Latif (2019): The "debt-trap" Narrative Around Chinese Loans Shows Africa's Weak Economic Diplomacy, in: Quartz Africa Februar 2019, <https://qz.com/africa/1542644/china-debt-trap-talk-shows-africas-weak-economic-position/>, zuletzt aufgerufen am 24.02.2021.
- DIA (2019): China Military Power Report, US Defense Intelligence Agency, https://media.defense.gov/2019/May/02/2002127082/-1/1/2019_CHINA_MILITARY_POWER_REPORT.pdf, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Forum on China–Africa Cooperation (FOCAC) (2000): Beijing Declaration of the Forum on China–Africa Cooperation, http://www.focac.org/eng/zywx_1/zywj/t606796.htm, zuletzt aufgerufen am 20.03.2021.
- Forum on China–Africa Cooperation (FOCAC) (2012): Beijing Action Plan 2013–2015, http://www.focac.org/eng/zywx_1/zywj/t954620.htm, zuletzt aufgerufen am 20.03.2021.
- Forum on China–Africa Cooperation (FOCAC) (2015): Johannesburg Action Plan (2016–2018), http://www.focac.org/eng/zywx_1/zywj/t1327961.htm, zuletzt aufgerufen am 20.03.2021.
- Forum on China–Africa Cooperation (FOCAC) (2018): Beijing Declaration-Toward an Even Stronger China–Africa Community with a Shared Future, http://www.focac.org/eng/zywx_1/zywj/t1594324.htm, zuletzt aufgerufen am 20.03.2021.
- Forum on China–Africa Cooperation (FOCAC) (2018): Beijing Action Plan (2019–2021), www.focac.org/eng/zywx_1/zywj/t1594297.htm, zuletzt aufgerufen am 20.03.2021.
- He Wenping (2008): China's Perspective on Contemporary China-Africa relations, in: C. Alden, D. Lae et al. (Hgg.), *China Returns to Africa-A Rising Power and a Continent Embrace*, Cambridge University Press: Cambridge, S. 143–166.
- He Wenping (2007): The Balancing Act of China's Africa Policy, in: *China Security*, Vol. 3 (3), S. 23–40.
- Hoeymissen Van, Sara (2011): Regional Organizations in China's Security Strategy for Africa: The Sense of Supporting "African Solutions to African Problems", in: *Journal of Current Chinese Affairs*, Vol. 40 (4), S. 91–118.
- Hoeymissen Van, Sara (2010): China's Support to Africa's Regional Security Architecture: Helping Africa to Settle Conflicts and Keep the Peace?, in: *New Avenues for Sino-African Partnership & Co-operation – China & African Regional Organisations*, The China Monitor, Issue 49, S. 10–14.
- Huang, Chin-Hao (2011): Principles and Praxis of China's Peacekeeping, in: *International Peacekeeping* Vol. 18 (3), S. 257–270.
- Huse, Martine D./Muyakwa, Stephen L. (2008): *China in Africa: Lending, Policy Space and Governance*. Norwegian Campaign for Debt Cancellation and Norwegian Council for Africa, Oslo.
- Ikome, Francis (2010): The role and place of the African Union in the emerging China-Africa partnership, in: A. Harneit-Sievers, S. Marks und S. Naidu (Hgg.), *Chinese and African Perspectives on China in Africa*, Pambazuka Press: Kapstadt, S. 208–211.

- Ismail, Faizel (2017): The Changing Global Trade Architecture: Implications for Africa's Regional Integration and Development, in: *Journal of World Trade* Vol. 51 (1), S. 1–22.
- Kovrig, Michael (2018): China Expands Its Peace and Security Footprint in Africa, in: Crisis Group, <https://www.crisisgroup.org/asia/north-east-asia/china/china-expands-its-peace-and-security-footprint-africa>, zuletzt aufgerufen am 24.02.2021
- Lammich, Georg (2019): China and Regional Security in Africa, in: Christof Hartmann und Nele Noesselt (Hgg.): *China's New Role in African Politics: From Non-Intervention towards Stabilization?*, Routledge: New York, S. 70–92.
- Li, Anshan (2012): The Forum on China-Africa Cooperation: From a Sustainable Perspective, Report Center for African Studies, Beijing, http://awsassets.panda.org/downloads/the_forum_on_china_africa_cooperation_1.pdf, zuletzt aufgerufen am 24.02.2021.
- Mackinnon, Tara (2016): The Forum on China Africa Cooperation (FOCAC), BRICS Policy Center Fact Sheet 2016, <http://www.bricspolicycenter.org/download/6186/>, zuletzt aufgerufen am 25.02.2021.
- Manuel, Anja (2017): China Is Quietly Reshaping the World, in: *The Atlantic* vom 17.10.2017, <https://www.theatlantic.com/international/archive/2017/10/china-belt-and-road/542667/>, zuletzt aufgerufen am 25.02.2021.
- MOFA, Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2011): China, AU Hold the Fourth Strategic Dialogue, <http://rw.china-embassy.org/eng/gnzyxw/t820459.htm>, zuletzt aufgerufen am 25.02.2021.
- Mthembu, Philani (2016): Reflecting on the Johannesburg Summit of the Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC). Where to from Here?, Global Insight Discussion Paper, Issue 125/March 2016, Institute for Global Dialogue (IGD) and Friedrich-Ebert- Stiftung (FES): Pretoria/Berlin.
- Ndzendze, Bhaso/Monyae, David (2019): China's Belt and Road Initiative: Linkages with the African Union's Agenda 2063 in Historical Perspective, in: *Transnational Corporations Review*, <https://doi.org/10.1080/19186444.2019.1578160>, zuletzt aufgerufen am 24.02.2021.
- Olsen, Gorm Rye (2015): Providing security in a liberal world order: The only tool left for European Union in Africa? Paper prepared for the EUSA Fourteenth Biennial Conference, Boston, 5-7 March 2015, <http://aei.pitt.edu/79454/1/Olsen.pdf> zuletzt aufgerufen am 24.02.2021.
- Paltiel, Jeremy (2007): The Empire's New Clothes Cultural Particularism and Universal Value, in: *China's Quest for Global Status*, Palgrave Macmillan: London.
- SAIIA (2017): China-Africa Factsheet, South African Institute of International Affairs, <https://www.saiia.org.za/wp-content/uploads/2015/02/China-Africa-Factsheet.pdf>, zuletzt aufgerufen am 18.03.2021.
- Shichor, Yitzhak (2007): China's Darfur Policy, in: *China Brief* Vol. 7 (7), S. 5–8.
- Shinn, David (2008): Military and Security Relations: China, Africa, and the Rest of the World, in: R. Rotberg (Hg.), *China Into Africa: Trade, Aid, and Influence*, Brookings Institution Press, Washington, D.C., S. 155–196.

- Stapel, Sören/Söderbaum Frederik (2017): Mapping and Problematizing External Funding to the AU and the RECs, GCGD Conference Paper, 6–7 November 2017.
- Taylor, Ian (2011): *The Forum on China–Africa Cooperation (FOCAC)*, Routledge: Oxford.
- Ukeje, Charles/Tariku, Yonas (2018): Beyond Symbolism: China and the African Union in African Peace and Security, in: C. Alden C., A. Alao et al. (Hgg.), *China and Africa – Building Peace and Security Cooperation on the Continent*, Palgrave Macmillan, London, S. 289–309.
- United Nations, DFS Factsheet (2014): Field Support Fact Sheet, Key Facts and Figures for the United Nations Department of Field Support vom 31.12.2014, www.un.org/files/DFS_Factsheet_Draft_150106.pdf, zuletzt aufgerufen am 04.03.2021.
- Williams, Paul D. (2017): Paying for AMISOM: Are Politics and Bureaucracy Undermining the AU’s Largest Peace Operation?, in: IPI Global Observatory vom 11.01.2017, <https://theglobalobservatory.org/2017/01/amisom-african-union-peacekeeping-financing/>, zuletzt aufgerufen am 24.02.2021.
- Wekesa, Bob (2015): China’s Africa Policy 2015: New Policy for New Circumstances, Africa- China Reporting Project, <http://africachinareporting.co.za/2015/12/chinas-africa-policy-2015-new-policy-for-new-circumstances/>, zuletzt aufgerufen am 25.02.2021.
- Zhang, Chun (2016): Thinking Strategically on China-Africa Peace and Security, in: *Europe, China and Africa – New Thinking for a Secure Century*, Friends of Europe Discussion Paper, S. 39–44.
- Walsh, Barney (2019): China’s Pervasive yet Forgotten Regional Security Role in Africa, *Journal of Contemporary China*, 28(12), S. 965–983.

Afrika ist nah und fern zugleich: ein Kontinent, der in unserer unmittelbaren Nachbarschaft liegt, der uns aber immer noch fremd ist und über den wir wenig wissen. In besonderem Maße gilt das für die Verknüpfung außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischer Aspekte. Hier zeigt sich wie durch ein Brennglas, dass Afrika nicht nur ein Kontinent der Widersprüche, sondern auch der Hoffnungen und Chancen ist. Das German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) hat im November 2019 unter dem Thema „Afrika im Aufbruch?! – Sicherheits- und stabilitätspolitische Herausforderungen in einem Kontinent im Umbruch. Der Einfluss zentraler Entwicklungsfaktoren im Afrika vom Maghreb bis zum Äquator“ zahlreiche internationale Fachleute aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Militär eingeladen, um das Thema näher zu beleuchten. Einige gewichtige Beiträge dieser Konferenz finden sich nun im vorliegenden Tagungsband.